6. Widerstandsformen in den Betrieben

Bei Kriegsausbruch waren etwa 300 000 Menschen auf Grund ihrer politischen Gegnerschaft zum NS-Regime inhaftiert. Eine Million Deutsche waren seit dem März 1933 verurteilt, in Haft oder "Schutzhaft" genommen oder in ein KZ gebracht worden.(235) Längst war der zweite Versuch aus den Jahren 1934/35 - nach dem Untergang der Arbeiterorganisationen 1933 - einen illegalen Widerstand aufzubauen, gescheitert. Diese kleinen Widerstandszirkel waren fast ausnahmslos in Kürze von der Gestapo unterlaufen und zerschlagen worden.(236)
Die anfänglichen Kriegserfolge hatten die Realität in den Betrieben verändert und jede Agitation und jeden Widerstand gegen die NS-Herrschaft erschwert. Der Kampfzyklus der deutschen Arbeiter war mit Beginn des Kriegs

(235) Zit. nach P.Auerbach, Wesen und Formen des Widerstandes im Dritten Reich, Diss. Erlangen 1949, S.121.

(236) Vgl. u.a.: H.Bretschneider, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933-1945, München 1968; W.Bohn, Transportkolonne Otto, Frankfurt 1970; G.Meyer, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933-1945, Frankfurt 1971; H.J.Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, Hannover 1969; H.P.Görgen, Düsseldorf und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1969; K.Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945, Hannover 1969; M.Weissbecker, Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933-1935, Berlin 1955.

gebrochen, und das System der Zwangsarbeit für die ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen hatte die soziale Zusammensetzung der gesamten Arbeiterklasse umgewälzt und damit auch neue soziale Widersprüche geschaffen. Die ausländischen Zwangsarbeiter brachten als spottbillige Arbeitskräfte nicht nur den Industriellen ungeahnte Extraprofite, sondern sie waren in diesem auf europäischer Ebene angelegten System der Klassenspaltung politisches Ventil für die bis zum Kriegsausbruch desintegrierte deutsche Arbeiterklasse. Die Besserstellung der deutschen Arbeiter in der Produktion und ihre zunehmende Kontrollfunktion denjenigen gegenüber, die jetzt zum eigentlichen Ausbeutungsobjekt wurden, konnte auf ihr Kampfverhalten nicht ohne Auswirkung bleiben. Der Widerstand in den Betrieben, dort, wo er Massencharakter trug, ging nicht von den deutschen, sondern von den ausländischen Arbeitern aus. Leider ist bislang in der Literatur, die überhaupt den Widerstand in den Betrieben untersucht hat, das politische Verhalten der deutschen Arbeiter nicht im Zusammenhang mit dem Zwangsarbeitssystem für die ausländischen Arbeiter diskutiert und gesehen worden. (237) Weil wir im Rahmen dieses Aufsatzes weitgehend auf eigene Quellenstudien verzichtet haben, sind wir zum Teil auf Rückschlüsse angewiesen. Die bislang bekannten Fakten über den Organisationsgrad unter den ausländischen Arbeitern und die Tatsache, daß die ausländischen Arbeiter zahlenmäßig in weit größerem Umfang von der betrieblichen und gesellschaftlichen Unterdrückung betroffen waren, sprechen für ihren Widerstand. Zwar gab es auch in der Blitzkriegsphase Widerstandsversuche und -aktionen, aber sie blieben meist auf kleine Gruppen beschränkt und diese kamen über Parolen-Malen, Flugblätter-Verteilen und Agitationsmaterial-Verschicken nicht hinaus. Diese angesichts des Ziels, das verhaßte Regime zu stürzen, recht bescheidenen Widerstandsformen setzten dennoch innerhalb der Gruppen einen hohen Organisationsgrad und eine beträchtliche Erfahrung in der illegalen Arbeit voraus. Die Gestapo und ihre vielen Helfershelfer, die bezahlten und die unbezahlten Spitzel waren überall gegenwärtig. Eine Festnahme bedeutete für den einzelnen in jedem Fall Gestapofolter, langjährige Haft, KZ und oftmals auch den Tod.
Trotzdem schafften es einzelne Gruppen, in dieser ersten Kriegsphase größere Widerstandszellen in den Betrieben zu organisieren. Meist wurden sie von Arbeitern getragen, die als ehemalige Mitglieder der KPD, SPD, Gewerkschaften oder kleinerer Organisationen (KPO, SAP, ISK) schon eine längere Haftzeit hinter sich hatten und die Grausamkeit ihrer Folterer zur Genüge kannten. In den Jahren 1941/42 hatte die "Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe" in über 30 Hamburger Großbetrieben und in den Werften Wider-

(237) Vgl. hierzu die bibliographischen Angaben in: Faschismus und Widerstand 1933-1945. Ein Literaturverzeichnis, bearbeitet v. U. Hochmuth, Frankfurt 1973; s. vor allem Abschnitt V: Deutscher Widerstand - Querschnitt und allgemeine Werke einschließlich zur Arbeiterbewegung, S. 83 ff.

standsgruppen aufgebaut. (238) Bei "Blohm & Voss" waren 60 bis 80 Arbeiter in von einander unabhängig und illegal operierenden Dreiergruppen erfaßt; auf der "Howaldt-Werft" bestanden 6 Gruppen mit über 30 Arbeitern und zu den anderen Werften waren Kontakte zu kleinen Widerstandsgruppen vorhanden. In allen großen Hamburger Metallbetrieben hatte die "Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe" illegale Betriebsgruppen: u.a. bei den "Vereinigten Deutschen Metallwerken", "Heidenreich und Harbeck", "Kampnagel" und "Hans Still". Die "ABC-Kolonne" (genannt nach den Anfangsbuchstaben ihrer aktivsten Kader Abshagen, Bretschneider und Christoffers) versuchte unter den Bauarbeitern eine Widerstandsbasis zu entwickeln. In den Industriegruppen "Hafen", "Lebenswichtige Betriebe" und "Chemie" war der Aufbau von Dreier-Betriebsgruppen noch in den Anfängen, als im Oktober 1942 die große Verhaftungswelle und Zerschlagung der Gruppe begann. (239) Die Mitglieder der Betriebsgruppe mußten "genaue Berichte über ihre örtliche Situation geben, d.h. über die Stimmung unter den Arbeitern, Zusammensetzung der Belegschaft, Löhne, Produktion, Lage der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen und anderes mehr" (240). Diese konkreten Informationen bildeten die Grundlage für die Agitation in den Betrieben. Die Unzufriedenheit der Arbeiter über die steigenden Preise und die mindere Qualität der Lebensmittel seit Kriegsausbruch waren für die Widerstandsgruppe immer wieder Anlaß, um in den Betrieben über die arbeiterfeindliche NS-Politik zu diskutieren. Die "Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe" forderte die deutschen Arbeiter in Flugblättern auf, sich solidarisch gegenüber den ausländischen Arbeitern zu verhalten und ihnen zumindest mit zugesteckten Tabak-, Eßwaren und Kleidung ihr Los zu erleichtern Aber die Agitation dieser kleinen deutschen Arbeitergruppen gegen Krieg und die Zwangsverschleppung von Millionen Menschen führte zu keinem breiteren Massenwiderstand unter den deutschen Arbeitern. Die inszenierte und mit allen Mitteln betriebene Klassenspaltung verhinderte jeden politisch wirksamen Solidarisierungsprozeß zwischen den deutschen und ausländischen Arbeitern. Diese neu geschaffene Realität in den Betrieben war mächtiger als die vereinzelte, wenn auch sehr mutige Agitation gegen das verbrecherische Zwangsarbeitssystem. Auch wenn an einen gemeinsamen Widerstand aller Arbeiter in den Jahren der Kriegserfolge nicht zu denken war mußte jede Widerstandsarbeit, die auf dieses Ziel hinarbeitete, den deutschen Arbeitern die Unterdrückung und Entrechtung der Zwangsarbeiter entgegen der nazistischen Propaganda von den "Hilfsvölkern" immer wieder vor Augen halten.

(238) U. Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1959. Vgl. den Abschnitt: "Widerstandskampf in den Hamburger Großbetrieben", S. 50 ff., und G. Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, Frankfurt 1969, vgl. Abschnitt: "Widerstandsorganisation Bästlein-Jacob-Abshagen", S. 341 ff.

(239) U. Puls, op. cit. S. 50 ff.

(240) Ebd. S. 54.

Vereinzelt kamen in diesen Jahren Sabotageaktionen in den Rüstungsbetrieben vor. Sie wurden aber ausschließlich von dem "harten Kern" der Widerstandsgruppen getragen und durchgeführt. In den "Vereinigten Deutschen Metallwerken" wurden beispielsweise Feuerwehrschläuche beschädigt, auf den "Howaldt-Werften" manche E-Schweißmaschine ins Wasser geschoben, auf der "Deutschen Werft" Material verschnitten und bei der "DAG Düneberg" verdarben einige Tonnen Pulver. (241) Hinweise auf den Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter in Hamburg lassen Rückschlüsse auf die Breite und Qualität des von ihnen getragenen Widerstands zu. Bereits Ende 1942 wurde von dem Großlager Rütersberg aus, in dem Zwangsarbeiter aus 14 Nationen untergebracht waren, mit dem Aufbau einer illegalen Leitung des Widerstands aller ausländischen Arbeiter begonnen. (242) Französische Arbeiter hatten erfolgreich für folgende Forderungen gestreikt: Unterbringung in einem Lager mit Bombenunterstand, bessere Verpflegung, Einrichtung einer Theaterbühne und den unkontrollierten Verkehr zwischen dem Lager Lattenkamp und der Fabrik für ihren Vertrauensmann, den französischen Widerstandskämpfer Fridana. (243) Die französischen Kriegsgefangenen nutzten "Unterhaltungsgruppen" und Sportveranstaltungen für ihre Widerstandsarbeit und Kontakte zu anderen Lagern aus. Rückblickend schrieb Fridana, daß seine "Genossen ein großes Verdienst darin (hatten), daß sie einen ganzen Tag an der Maschine standen, sie laufen ließen, um fast nichts zu produzieren" (244).
In Mannheim war in den Jahren 1940/41 die "Lechleiter-Gruppe" aktiv. Sie hatte in vielen Mannheimer Großbetrieben, u.a. bei "Lanz", "Brown, Boveri & Cie" und "Daimler Benz" kleine Widerstandszellen. Nach außen traten sie mit der Zeitschrift "Der Vorbote" in Erscheinung. Jede Nummer enthielt Artikel zur militärischen Lage, wirtschaftlichen Situation in Deutschland und in den besetzten Gebieten und sie schloß immer mit "Hinweisen auf die Notwendigkeit einer systematischen Verbesserung der organisierten Tätigkeit der Betriebszellen der KPD und der antifaschistischen Gruppen" (245).
Mit der gleichen Zielsetzung und unter den gleichen Bedingungen wie die bisher genannten Gruppen arbeitete die "Uhrig-Gruppe" in Berlin. Sie hatte in 22 Berliner Betrieben Zellen, darunter bei der "AEG", im "Siemens-Schaltwerk", bei "Osram" und in den "Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken". (246)

(241) Ebd. S.63-66.
(242) Ebd. S.90.
(243) Aus einem Bericht des französischen Widerstandskämpfers Fridana, abgedruckt in: U.Puls, op.cit. S.152 f.
(244) Ebd. S.148.
(245) M.Oppenheimer, Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Frankfurt 1970, vgl. Abschnitt: "Krieg und Innere Front", S.33 ff.
(246) O.Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945, Düsseldorf 1955, S.196.

Ein Gestapobericht von 1941 charakterisierte die Aktivität einer in den Großbetrieben Thüringens operierenden Widerstandsgruppe: "Folgende Probleme sind vorwiegend Gegenstand der Kritik und damit Ausgangspunkt für die beabsichtigte Stimmungsmache: Fragen des täglichen Lebens, und zwar die Verknappungserscheinungen bei Lebens- und Verbrauchsgütern, Mängel in der Verteilung, die allgemeine Verteuerung und gleichzeitige Qualitätsverschlechterung. Berufsfragen, wie Maßnahmen des Arbeitseinsatzes, ungünstige Arbeitsbedingungen, Überspannungen des Arbeitstempos bei gleichzeitiger Verringerung der Akkord- und Prämiensätze und Lohnfragen überhaupt. Soziale Fragen wie die Höhe der sozialen Abgaben, insbesondere die Beibehaltung des Abzuges für die Arbeitslosenversicherung, Vergleiche zwischen der früheren Gewerkschaft und der DAF, die nur ein 'teuerer Verein' sei, und insbesondere das Thema Betriebsobleute, die als ungeeignete Vertreter der Interessen der Gefolgschaft bezeichnet werden, weil sie von der Betriebsführung abhängig sind. Militärische Fragen, wobei die Sowjetunion als unschlagbar bezeichnet wird und die Presse und z.T. auch die OKW-Berichte hinsichtlich der Angaben über die Verluste an Menschen und Material und über die bei Feindflügen angerichteten Schäden in Zweifel gezogen werden." (247) Dieser Bericht vermittelt durchaus realistisch und auch für die anderen Widerstandsgruppen exemplarisch, wie die deutschen Widerstandsgruppen nur über das ständige, konkrete Eingehen auf die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen der deutschen Arbeiter hoffen konnten, allmählich eine breitere Widerstandsbasis unter ihnen zu entwickeln. Alle diese deutschen Arbeitergruppen wurde meist durch Verrat von Spitzeln und eingeschleusten V-Leuten in den Jahren 1941/42 von der Gestapo aufgerollt.

Dieser Schlag gegen die ersten keimhaften Ansätze eines möglichen breiteren Widerstands unter den deutschen Arbeitern fiel nicht zufällig in die Zeit, in der die Konzeption des Blitzkriegs gegen die UdSSR versagte, die Reorganisation und Zentralisation der gesamten Rüstungswirtschaft, die massive Rationalisierung der Rüstungsproduktion und die verschärfte Mobilisierung aller deutschen und ausländischen Arbeitskraftreserven durch die Sauckel-Behörde begannen. Die ersten Niederlagen der deutschen Wehrmacht nahmen ihr den Nimbus der Unbesiegbarkeit und verstärkten die Hoffnungen der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen auf Befreiung aus ihrem Knechtschaftsdasein. Diese militärisch veränderte Situation gab dem Widerstandskampf der ausländischen Arbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie neuen Auftrieb und Verbreiterung. Die durch die Rationalisierung der Produktion vermehrte Arbeitshetze und noch unerträglicher gewordene Arbeitssituation vergrößerte trotz der angewandten Taktik von Zuckerbrot und Peitsche die Widerstandsbasis in den Betrieben. Weder die mit

(247) Lagebericht der Gestapo von 1941, zit. nach G. Glondajewski und H. Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischem Kampfes (Thüringen 1939 bis 1945), Berlin 1957, S.43 f.

unerhörter Brutalität angewandte betriebliche Unterdrückung noch die partiellen Zugeständnisse an die ausländischen Arbeiter (Prämien in Form von Tabak- oder Eßwaren, vermehrter Ausgang usw.), um ihre Arbeitsleistung zu steigern, vermochten den vermehrten Widerstand vor allem unter den ausländischen Arbeitern in der Phase des "totalen Kriegs" Einhalt zu gebieten. Das Abhören ausländischer, illegaler Radiosendungen war eine verbreitete Form des passiven Widerstands. Die Zahl der Sender, die zum Widerstand gegen das NS-Regime aufriefen und über den tatsächlichen Verlauf des Kriegsgeschehens berichteten, nahm in der zweiten Hälfte des Kriegs ständig zu, und trotz drastischer Strafandrohung hörten immer mehr Arbeiter und auch weite Teile anderer Bevölkerungsschichten diese illegalen Sendungen. Für die ausländischen Arbeiter waren diese Sendungen oft die einzige Verbindung zur Heimat; über sie erhielten sie Informationen über den Frontverlauf und konnten Mut und Hoffnung auf ihre eigene baldige Befreiung schöpfen.
Neben den am weitesten verbreiteten Sendungen von Radio Moskau, London und Beromünster zählte ein Gestapobericht noch folgende Sendestationen auf: "Sender Freies Deutschland" (Nationalkomitee Freies Deutschland), "Sudetendeutscher Freiheitssender", "Sender Österreich", "Sender der europäischen Revolution" (wahrscheinlich Vertreter der Linken innerhalb der SPÖ, der Sender wandte sich an die "revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben"), "Radio Wien" (Sender der österreichischen Sozialisten), "Radio Espana Independiente", "Sender Daventry GSA (Großbritannien), "Sambre et Meuse" (248). Die in verschiedenen Sprachen gebrachten Sendungen enthielten Informationen über: "außenpolitische und militärische Ereignisse; Appelle an die Solidarität und den proletarischen Internationalismus, besonders der Zusammenarbeit der ausländischen und deutschen Arbeiter; Anweisungen für die illegale Arbeit; Aufruf zur Verstärkung der Antihitlerkoalition der Völker; Organisierung des Widerstandes gegen die Deportation; Anweisung zur Anleitung der Langsamarbeitsbewegung, der Sabotage, des Streiks und Berichte über einzelne Erfolge, Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand; Schutz der Betriebe, Verkehrslinien usw. als die Hitlerfaschisten 1944/45 auf das eigene Territorium zurückgeschlagen wurden und die Vernichtung der deutschen Wirtschaft planten (Unternehmen Nero)" (249). Immer wieder wurden die deutschen Arbeiter zur Solidarität mit den ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aufgerufen, so schloß z.B. die Sendung "Mit den ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen gegen Hitler" mit den Worten: "Ihr Schaffenden in Stadt und Land, sorgt heute dafür, daß die Millionen ausländischen Arbeiter eines Tages Grund haben, vor dem Gericht der Völker für Euch zu sagen: Diese da kämpfen für die

(248) J.Schmelzer, Das hitlerfaschistische Zwangsarbeitssystem und der antifaschistische Widerstandskampf der ausländischen Gefangenen und Deportierten, Diss. Halle, S.139.
(249) Aus Akten des Reichssicherheitshauptamtes über die Jahre 1941/42, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.138.

Ehre des deutschen Volkes - gegen Hitler!" (250) Immer wieder gingen die Sendungen darauf ein, daß jede Schädigung der Kriegsproduktion den Krieg schneller beenden helfe. In einem Aufruf z.B. hieß es: "Wenn alle ausländischen Bergarbeiter in Deutschland und alle Arbeiter in den von den Deutschen besetzten Gebieten nur eine halbe Minute vergeuden, dann verlieren die Deutschen so viel Kohle, wie notwendig wäre, um Treibstoff für einen Luftangriff auf London durch 500 Flugzeuge herzustellen. Wenn ausländische Arbeiter in Deutschland in der Flugzeugindustrie beschäftigt sind und es zuwege bringen, an irgendeinem Tag der Woche zehn Minuten der Arbeitszeit zu verschwenden, dann wird es eine Me 110 weniger in der Luft geben." (251)
Vermehrt tauchten in dieser Phase des Kriegs Flugblätter, Tarnschriften oder gemalte Parolen in den Betrieben auf. Diese Agitation ging auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen und deutschen Arbeiter ein, prangerte das verbrecherische Kriegstreiben an und forderte zur direkten Sabotage der Rüstungsproduktion auf. Diese illegalen Schriften und Flubblätter propagierten, bewußt langsam zu arbeiten, Ausschuß zu produzieren oder Material und Maschinen zu beschädigen. Immer wieder ermahnten sie die deutschen Arbeiter, sich solidarisch gegenüber den ausländischen Arbeitern zu verhalten und gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung zu beginnen. Ein in deutscher und polnischer Sprache verfaßtes Flugblatt ging auf die politische Rolle der ausländischen Arbeiter und den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter ein: "Der Stein ist im Rollen! (...) (Die Fremdarbeiter) bilden einen Teil der Massen innerhalb des Reiches, die dazu beitragen können, den Zusammenbruch Hitlers zubeschleunigen. Die Fremdarbeiter in Deutschland sind heute ein Faktor von allergrößter politischer Bedeutung. Es ist unzweifelhafte Pflicht der deutschen Arbeiter, in jeder Weise mit ihnen zusammenzuarbeiten und wenn nötig ihrer Führung zu folgen. Der Stein ist im Rollen, die deutschen Arbeiter müssen ihn weiterstoßen." (252) Ein anderes Beispiel für ein Flugblatt, das zur Sabotage der Rüstungsproduktion aufrief, aus einem Leipziger Rüstungsbetrieb: "In jedem Betrieb die 72-Stunden-Woche ablehnen! Arbeitet langsamer! Brandmarkt die faschistischen Antreiber! Meldet euch krank! Werdet ihr durch den Vertrauensarzt gesund geschrieben, so meldet euch erneut krank oder bleibt der Arbeit fern! (...) Treibt Sabotage an Maschinen und Werkzeugen! Übt passive Resistenz in jeder Form! Tut alles, was dem Krieg schadet und ihn schnell beendet! (...) Beweist, daß wir in der Lage sind, ein freies, demokratisches Deutschland aufzubauen." (253)

(250) G.Wangenheim in einer Sendung des "Nationalkomitees Freies Deutschland" v. 11.9.1944, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.144.
(251) E.Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964, S.232.
(252) Zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.147.
(253) I.Krause, Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig - 1943-1945), Berlin 1960, S.27.

Mit den zunehmenden alliierten Luftangriffen erschienen Flugblätter wie dieses: "(...) Schützt Euch gegen Luftangriffe! Verlaßt die Betriebe, wenn die Sirenen heulen! Sucht Eure Wohnungen und Familien auf, wenn die Angriffe vorüber sind. Laßt Betriebe brennen, aber rettet eure Wohnungen!" (254)
Immer häufiger tauchten, meist im Ausland gedruckte Tarnschriften auf. Nach Gestapounterlagen wurden in den Jahren 1933 bis 1945 insgesamt 590 Tarnschriften mit einer durchschnittlichen Auflage von 10 000 Stück erfaßt; die tatsächliche Zahl muß natürlich höher geschätzt werden. (255) Die ausländischen Arbeiter hatten ihre eigenen Widerstandsschriften; z.B. ist ein "Handbuch für französische Arbeiter in Deutschland" bekannt, in dessen Mittelpunkt die politische Zusammenarbeit aller Arbeiter stand: "Willst Du ein neues Europa schaffen, ein befreites Europa, dann fange damit an, es in Deutschland zu schaffen, im brüderlichen Kampf, Seite an Seite mit den ausländischen Deportierten, den Belgiern, Holländern, Rumänen, Norwegern und Russen und im engsten Kampfbündnis mit den Antifaschisten in Deutschland selbst. Dann wird auch der deutsche Arbeiter in Dir seinen Bundesgenossen gegen seinen Feind sehen, der auch Dein Feind ist, gegen Hitler." (256)
Diese Agitation und die Widerstandsaktionen wurden in erster Linie von den ausländischen Arbeitern, den meist 1942 entstandenen großen ausländischen und deutschen Widerstandsorganisationen getragen und initiiert. Durch organisierte Arbeitsverweigerung, Sabotage der Rüstungsproduktion und Vorbereitung von bewaffneten Widerstandsaktionen wollten sie dazu beitragen, den Krieg schneller zu beenden, das Nazi-Regime und die kapitalistische Herrschaft zu stürzen. In Berlin konstituierte sich zum Teil - soweit sie der Verhaftungswelle entgangen waren - aus den alten Betriebszellen der "Uhrig-Gruppe" die Widerstandsgruppe "Saefkow-Jacob-Bästlein". In 30 Berliner Großbetrieben hatte sie kleine Widerstandszellen aufgebaut. (257) Sie hatte Kontakte zur "Europäischen Union", die als Vermittlungsstelle für zahlreiche kleinere Komitees und Widerstandsgruppen ausländischer Zwangsarbeiter in Berlin fungierte und in der Unterstützung des Kampfs der ausländischen Arbeiter ihre Hauptaufgabe sah. Auch kooperierte die "Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe" mit der Widerstandsgruppe "Innere Front". Diese kommunistische Gruppe hatte nach Verschmelzung mit der "Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe (bekannter unter dem Namen "Rote Kapelle") außer

(254) G.Nitzsche, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942-1945), Berlin 1957, S.41.
(255) H.Gittig, Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933-1945, Frankfurt 1971, S.15 und 57; allerdings muß man sagen, daß ein hoher Prozentsatz der Schriften mit der illegalen Arbeit in Deutschland sehr wenig zu tun hatte, so z.B. wurden Schriften zur Stachanow-Bewegung in der UdSSR oder über "die konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Terroristen" verteilt.
(256) Zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.148 f.
(257) G.Nitzsche, op.cit. S.36 ff.

zu Widerstandszellen in Berliner Betrieben (u.a. bei der "AEG", "Siemens", "BEWAG", "Shell-Oil", "Hasse & Wrede" und den "Deutschen Industriewerken in Reinikendorf") auch zu bürgerlichen und militärischen Widerstandskreisen Kontakte. (258) Die Mitglieder der "Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe" waren im Rahmen ihrer Organisation als Verbindungsleute zu anderen deutschen und ausländischen Widerstandsgruppen tätig; über das "Nationalkomitee Freies Deutschland" (NKFD) versuchten sie, in nicht proletarischen Schichten Bündnispartner und innerhalb der Wehrmacht Soldaten für die Widerstandsarbeit zu gewinnen; die Gruppe verfügte über einen illegalen Apparat für die Herstellung und Verbreitung von Druckschriften und die Betreuung und Unterbringung illegal lebender Mitglieder; zur Sicherung der illegalen Organisation war eine Gruppe mit der Beschaffung von Waffen und Munition betraut, und die Bildung von "Wehrgruppen" diente der Absicherung geplanter Aktionen und Zusammenkünfte. (259)
Unter ähnlichen Bedingungen und mit den gleichen Zielen war die "Schumann-Engert-Kresse-Gruppe" in 17 großen Rüstungsbetrieben von Leipzig aktiv. (260) Anläßlich der verstärkten Luftangriffe verteilten sie beispielsweise ein Flugblatt, indem die Arbeiter bestärkt wurden, zuerst ihr eigenes Leben zu schützen: "Sichert bei Luftangriffen zuerst euer Leben - geht sofort aus dem Hasag-Werk! (...) Stellt schon bei Voralarm die Arbeit ein, in jedem Fall aber heraus aus dem Betrieb. Nach dem Luftangriff denkt sofort an eure Familien und ihre Wohnungen, also zuerst den Weg zum eigenen Heim und dann erst wieder ins Werk. Euer Leben und das eurer Familien ist wichtiger als die Rüstungsarbeit für die Kriegsverbrecher!" (261) Da bei Luftalarm kein Arbeiter das Werkstor verlassen durfte, setzten polnische Arbeiter den Luftschutzkeller kurzerhand unter Wasser und alle Arbeiter verließen bei dem darauffolgenden Alarm das Betriebsgelände. Werksfeuerwehr und Werkschutz gingen gegen die Arbeiter vor; zwei polnische Arbeiter wurden erschossen und einer schwer verletzt, diesmal aber kamen die Werkschutz- und Feuerwehrleute nicht ungeschoren davon, sondern wurden von den Arbeitern verprügelt. (262) Die "Schumann-Engert-Kresse-Gruppe" stand mit ausländischen Widerstandsgruppen in Verbindung, so der Organisation der französischen Kriegsgefangenen FTPF (Francs Tireurs et Partisans Français") und dem "Antifaschistischen Komitee" in Leipzig, das zu fast allen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern Kontakte hatte. (263)

(258) Vgl. W.A.Schmidt, Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand 1933-1945, Berlin 1958, S.356 f. und V.Tomin und S.Grabowski, Die Helden der Berliner Illegalität. Reportage über den gemeinsamen Kampf deutscher und sowjetischer Antifaschisten, Berlin 1967, S.45 ff.
(259) G.Nitzsche, op.cit. S.31-33.
(260) I.Krause, op.cit. S.22 ff.
(261) Ebd. S.25.
(262) Ebd. S.25 f.
(263) Ebd. S.41.

In Thüringen war die "Neubauer-Poser-Gruppe" in den großen Betrieben von Weimar, Jena, Erfurt, Gotha, Eisenach, Bad Salzungen, Zella, Mehlis und u.a. Suhl aktiv. (264) Diese drei großen deutschen Widerstandsgruppen in Berlin, Sachsen und Thüringen hatten untereinander enge Verbindung. Sie tauschten fremdsprachige Flugblätter aus und versuchten eine illegale Leitung aller Widerstandsgruppen, die ihren Schwerpunkt in den Betrieben hatten, aufzubauen. (265) Darüber hinaus hielten sie Verbindung zu Gruppen in Hamburg, München, Hannover, im Rheinland und Ruhrgebiet. (266) In einer gemeinsamen Plattform "Wir Kommunisten und das Nationalkomitee Freies Deutschland" formulierten sie die politischen Forderungen, über die sie die Widerstandsbasis nicht nur unter den Arbeitern zu verbreitern hofften: "1. Bildet die Einheitsfront aller Gegner Hitlers (...). 2. Sabotiert jede Arbeit, die den Krieg verlängert! Arbeiter und Bürger im Waffenrock: Keinen Schuß mehr auf Eure Brüder an der Front! (...) 3. Arbeiter, Bauern, Bürger, deutsche Patrioten, bildet Kampfgruppen gegen den Nazifaschismus! Bildet Widerstandszentren und Volksausschüsse! Wehrt Euch mit der Waffe gegen die Henker und Massenmörder Hitlers, Himmlers und Konsorten! 4. Reiht die Frauen und ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen vor allem in den Betrieben in die Kampffront gegen Krieg und Faschismus! Wehrt Euch gegen die Zwangsverschickung und Zwangsevakuierung Eurer Frauen und Kinder! 5. (...) Wählt aus Euren eigenen Reihen wirkliche volksverbundene Führer, Offiziere, Beamte, die Gegner Hitlers, des Nazismus und des imperialistischen Krieges sind. Das antifaschistische deutsche Volk fordert die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates, die Entwaffnung aller Faschisten und faschistischen Söldlinge und die Bewaffnung des antifaschistischen Volkes! 6. Fordert von Euren selbstgewählten Führern und Offizieren die Zurückführung der deutschen Armee auf die Grenzen des Reiches, die Abschließung eines sofortigen Waffenstillstandes und die Einleitung eines demokratischen Friedens auf folgender Basis: Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen." (267) Außer von diesen und kleineren - nicht so bekannt gewordenen - deutschen Widerstandsgruppen wurde die Hauptlast der illegalen Arbeit von den ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern getragen. Sie waren meist multinational organisiert und vertraten hunderte, die großen Gruppen sogar Tausende von ausländischen Arbeitern. Fast immer standen sie in Kontakt mit deutschen Gruppen, da diese ausländischen Widerstandsgruppen einen Erfolg ihres Kampfes von der Zusammenarbeit aller Arbeiter abhängig machten, auch waren sie in vielen praktischen Details (Beschaffung von Material,

(264) G.Glondajewski und H.Schumann, op.cit.; s. dort "Übersichtskarte der Neubauer-Poser Gruppe in Thüringen".

(265) Ebd. S.67 ff. und H.Laschitza und S.Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945, Berlin 1964, S.208 ff.

(266) Entfällt.

(267) Zit. nach G.Glondajewski und H.Schumann, op.cit. S.70 f.

Unterbringen und Untertauchen von ausländischen Arbeitern usw.) auf diese Zusammenarbeit angewiesen. Die wohl größte ausländische Widerstandsorganisation war die im November 1942 im Lager Perlach (München) entstandene Organisation "Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen" (BSW). (268) Sie war, wenngleich auf die Initiative russischer Offiziere hin gegründet, von Anfang an multinational zusammengesetzt und hatte sowjetische, polnische, französische, jugoslawische, tschechoslowakische, englische und amerikanische Komitees in den Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern. Der multinationale Rat der BSW formulierte in seinem Programm folgende Zielsetzung der Widerstandsarbeit: "1. Gewaltsamer Sturz des faschistischen Regimes. 2. Organisation und Durchführung von Sabotageakten aller Formen in den Rüstungsbetrieben Deutschlands und in anderen Betrieben, die die militärische Macht Deutschlands stärken. 3. Jegliche Unterstützung der sowjetischen Armee und der angloamerikanischen Invasionsarmeen, sobald sie das Gebiet Deutschlands und seiner Verbündeten betreten haben." (269) Dazu wurde konkret gefordert: "a) Sammeln von militärischen Informationen und Weitergabe an die sowjetische und verbündeten Armeen. b) Organisierung und Bewaffnung der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter, die sich in Hitlerdeutschland befinden." (270) Bereits in den Monaten Mai/Juni 1943 hatte die BSW in 20 in München und seiner Umgebung gelegenen Lagern Zellen aufgebaut (271). In den Münchner Rüstungsfirmen, u.a. in den "Bayerischen Motorenwerken", "Lokomotivwerken Krauss-Maffei", "Elektroapparatefabrik Zettler" und den "Agfa-Kamerawerken" propagierten und organisierten die Mitglieder der BSW die Senkung und Sabotage der Rüstungsproduktion. (272) Die illegale Arbeit der BSW weitete sich aus auf Bayern, die Industriezentren des Ruhrgebiets, den mitteldeutschen Raum Halle-Leipzig, das sächsische Gebiet um Chemnitz, Nordrhein-Westfalen, Süddeutschland und Berlin. (273)

Zumindest dem Namen nach sind noch weitere ausländische Widerstandsgruppen, meist unter sowjetischer Leitung, bekannt: Die Gruppe "Bor'ba" im Raum Fallingbostel/Bergen-Belsen (gegründet 1941); das "Hannoversche Komitee" (gegründet 1943); das Komitee "Kampf gegen den Faschismus", das im Raum Düsseldorf aktiv war und Kontakte nach Köln, Aachen und Süddeutschland besaß; das "Sowjetische Arbeiterkomitee" im Chem-

(268) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen. Die Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), Berlin 1968; J.A.Brodski, Der Befreiungskampf der Sowjetmenschen im faschistischen Deutschland (1943 bis 1945), in: Die Presse der Sowjetunion, Nr.82/1957, S.1813 ff.; J.Schmelzer op.cit. S.182 ff.

(269) J.A.Brodski, Die Teilnahme sowjetischer Patrioten an der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Süddeutschland (1943-1945), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd.4, Berlin 1961, S.494 f.

(270) Ebd.

(271) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen, op.cit. S.124.

(272) Ebd.

(273) Vgl. J.Schmelzer, op.cit. S.187.

nitzer Industriegebiet; das "Sowjetische ZK gegen den Faschismus" im Hamburger Raum; die "Partisanenorganisation" im Gestapobereich Karlsbad; das "Freie Kampfbataillon", das der BSW angeschlossen war; das "Internationale Antifaschistische Komitee", das in Leipzig mit dem NKFD zusammenarbeitete; das "Revolutionskomitee" im Lazarett Ebelsbach bei Bamberg; die "Iskra" im Raum Stettin; die "Antihitler-Bewegung" im Bereich Wien; die "Krankenkasse für Hilfsbedürftige" und der "Sturmvogel" in Kiel, das "Komitee zur Unterstützung der Heimat" in Rendsburg und die bewaffnete Partisanengruppe "Ehrenfeld" (500 Mann stark) im Raum Köln-Ehrenfeld. (274) Dem Namen nach unbekannt gebliebene ausländische Widerstandsgruppen operierten und waren aktiv in: Berlin, Braunschweig, Bromberg, Tilsit, Peenemünde, im Raum Kiel, Dortmund, Halle Hannover, Kassel, Düsseldorf, Nürnberg, Innsbruck, Koblenz, Köln, Münster, Oppeln, Reichenberg, Erfurt, Weimar, Herzberg, Reichenbach, Sonneberg, Suhl, Sömmerda und Zweibrücken. In den Städten München, Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, Wien, Innsbruck, Hannover, Chemnitz, Halle, Lützkendorf, Insterburg, Suhl und Erfurt waren die ausländischen Widerstandsorganisationen multinational zusammengesetzt. (275)

Auch wenn auf Grund der einseitigen Geschichtsschreibung - sei es der bürgerlichen, die den Widerstand in den Betrieben sowieso so gut wie ganz vernachlässigt hat, oder der DDR-Historiographie, für die die KPD-Parteigeschichte oftmals die ganze Realität des Arbeiterkampfs zu sein scheint - die Kämpfe der ausländischen Arbeiter bis auf wenige Ausnahmen zur Ungeschichte geworden sind, liegt unserer Meinung nach gerade in ihnen und in der sozialen Auswirkung des Zwangsarbeitssystem der Schlüssel zum Verständnis des Arbeiterkampfs in den Jahren des NS-Regimes.

Eine weit verbreitete und die Produktion empfindlich störende Widerstandsform war das bewußte und organisierte Langsamarbeiten. "Arbeitet langsam!" hieß eine zentrale Parole der ausländischen und auch der deutschen Widerstandsgruppen. In allen Betrieben nahmen die Beschwerden über den Rückgang der Arbeitsleistung ausländischer Arbeiter zu. Der Terror gegen ausländische Arbeiter wurde verstärkt, um ihre Arbeitsleistung wieder zu erhöhen und ihren Widerstand zu brechen. Der bereits geschilderte Ausbau der betrieblichen Unterdrückung - die Einrichtung von Strafkolonnen und Arbeitserziehungslagern, der Entzug von Essen usw. - war Antwort auf die Kämpfe der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. In einem geheimen Rundschreiben Speers vom August 1943 wurde vorgeschlagen, mit welchen Mitteln die Arbeitsleistung der ausländischen Arbeiter gesteigert werden sollte: entsprechend den Kenntnissen und Fähigkeiten des einzelnen sollte der Arbeitseinsatz geplant und damit verbessert werden; überall sollte Akkordarbeit angeordnet und bei Minderleistung die Kürzung des Lohns

(274) Ebd. S.180 f.
(275) Ebd. S.181 f.

verfügt werden; zur Aufrechterhaltung der Disziplin durften die deutschen Hilfswachmannschaften von der Waffe Gebrauch machen; "im übrigen empfiehlt es sich aber, mit anderen Erziehungs- und Strafmitteln den Kriegsgefangenen auf den Weg der Ordnung zurückzurufen. Es ist z.B. mit Erfolg der Versuch gemacht worden, durch die Ausgabe von zweierlei Essen den schlechter arbeitenden Teil der Kriegsgefangenen zu erziehen bzw. zu strafen. (...) Auch Entziehung von Tabak und Abordnung zur Außenarbeit, insbesondere zu Bauarbeiten, die bei sowjetischen Arbeitern ganz besonders unbeliebt sind, zusätzliche Nacht- und Sonntagsarbeit sind solche Erziehungsmittel, die mit Erfolg angewendet worden sind. (...). Ziel dieser Zusammenarbeit (Rüstungskommandos der Wehrmacht und Kommandanten der Kriegsgefangenenlager, d.V.) muß die Weckung des Interesses der Wachmannschaften an einer Steigerung der von ihnen beaufsichtigten Kriegsgefangenen sein". (276)
Trotz all dieser Repressionsmaßnahmen gelang es nicht, diese Form des Widerstands, die organisierte Arbeitsverweigerung, zu unterbinden. Ein vom "Arbeitswissenschaftlichen Institut" der DAF angestellter Leistungsvergleich zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zeigte, in welchem Ausmaß die deutsche Rüstungsproduktion nicht zuletzt durch das Langsamarbeiten geschädigt wurde. Diese Zahlen wurden 1942 erhoben und sind für die Phase des "totalen Kriegs" im Durchschnitt eher zu niedrig als zu hoch anzusehen, da die Widerstandstätigkeit in den Jahren 1942 bis 1944 anwuchs. Die Arbeitsleistung der Franzosen und Belgier lag 37,5 v.H., der Polen 38,5 v.H., der Engländer 52 v.H., der Serben 59,5 v.H. und der russischen Arbeiter 71,5 v.H. unter der vergleichbaren Arbeitsleistung der deutschen Arbeiter bezogen auf den Reichsdurchschnitt. (277)
Eine weitere Widerstandsform unter den ausländischen Arbeitern, die Massencharakter hatte, waren in der Sprache ihrer Gegner der "Arbeitsvertragsbruch" und die Flucht. Trotz strengster Ahndung nahm die Zahl der "Arbeitsvertragsbrüche" ständig zu. Verschiedene Unternehmen behielten, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die ausländischen Arbeiter an den Betrieb zu binden, in den ersten zehn Wochen 10 v.H. des Nettolohns ein. Daß auch dieses Mittel vergebens war, geht aus Unterlagen der Filmfabrik Wolfen hervor, wonach die Betriebsführung in einem Jahr 2 500 RM an nicht "abgeholtem" Lohn zusätzlich einheimste (278): Eine Summe, die bei dem geringen Lohn auf das Ausmaß der Flucht schließen läßt. In den Leuna-Werken wurden seit Ausbruch des Kriegs bis zum November 1942 insgesamt 27 v.H. und im Bunawerk während des gesamten Kriegs 33 v.H.

(276) Geheimes Rundschreiben des Ministeriums Speer: "Betr.: Steigerung der Leistung der Kriegsgefangenen", Berlin, den 23.12.1943, in: Akte Nr.94.A.418 der Handelskammer Hamburg. S. Bd.2, Dokumentarischer Anhang, X.

(277) Enderlein-Riedelk, Die Preisbildung beim Einsatz von Kriegsgefangenen und Ausländern in der Bauwirtschaft, Berlin-Wien 1942, S.2-13; zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.199.

(278) Aus den Direktionskonferenzen vom 23.8.1943, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.209.

der ausländischen Arbeiter "vertragsbrüchig". (279)
Rund 7 000 flüchtige Arbeiter wurden monatlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 festgenommen (280), d.h., daß das tatsächliche Ausmaß der Flucht ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener wesentlich höher lag. Heydrich gab zu, daß im November 1941 allein 5 000 russische Kriegsgefangene innerhalb Deutschlands geflohen seien (281) Da diese Fluchtbewegung unter den ausländischen Arbeitern mit den bisherigen Methoden nicht zu stoppen war, wurde im Januar 1942 eine neue Hilfspolizei, die "Landwacht" und kurz darauf die "Stadtwacht" gegründet, die "den Gefahren, die durch die Verwendung zahlreicher Kriegsgefangener auf deutschem Boden entstanden waren, begegnen und die für anderweitige Aufgaben bereits übermäßig in Anspruch genommene ordentliche Polizei entlasten" (282) sollten - eine spezielle Polizeitruppe für die ausländischen Arbeiter. Auch die einzelnen Konzerne verschärften ihre Überwachungsmaßnahmen. Bei den IG Farben wurde zur Bekämpfung der "ungesunden Fluktuation" ein "Inspekteur des Arbeitseinsatzes für die chemische Industrie im Gebiete des Großdeutschen Reiches" eingesetzt und die "Zivilarbeiter" erhielten nur noch Urlaub, wenn andere ausländische Arbeiter für ihre Rückkehr bürgten. (283) Die Betriebsleitung eines Flickschen Hüttenwerkes beklagte sich, daß von den ihnen zugeteilten 380 "Ostarbeitern" 104 geflüchtet und nur 34 wieder gefaßt worden seien (284). Speer nannte in einer Führerbesprechung wohl als realistisch zu geltende Zahlen über das Ausmaß der Fluchtbewegung: "Den Führer darauf aufmerksam gemacht, daß aus der Gesamtwirtschaft jeden Monat 30-40 000 entlaufene Arbeiter oder Kriegsgefangene von der Polizei eingefangen werden, die dann als KZ-Sträflinge bei den Vorhaben der SS eingesetzt werden. Dies sei für mich nicht tragbar, da es sich zu einem großen Teil um angelernte oder Facharbeiter handelt, die möglichst schnell wieder ihrem ursprünglichen Beruf zugeführt werden sollten. Einen Schwund von 500 000 Arbeitskräften im Jahr könnte ich nicht durchhalten (...)." (285)
Im März 1943 fand die erste Großrazzia (Einsatzplan und -stufe Alpha) nach flüchtigen ausländischen Arbeitern statt. In dieser 14-tägigen Großfahndung wurden etwa 14 000 Personen, darunter 8 280 Ausländer festgenommen. Aber, wie aus einem Schreiben Bormanns hervorging, bestand zwischen Festgenommenen und Flüchtigen noch eine erhebliche Differenz. Zwei Monate später wurde die Razzia wiederholt, diesmal galt der Einsatzplan Beta, das hieß, daß 650 000 Personen, darunter allein 250 000 Zivilisten

(279) Ebd. S.209 f.
(280) Vgl. E.Seeber, op.cit. S.223.
(281) Zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.218.
(282) H.J.Neufeldt, J.Huck, G.Tessin, Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936-1945, Koblenz 1957, S.28 f.
(283) J.Schmelzer, op.cit. S.214 f.
(284) K.Drobisch, Die Ausbeutung ausländischer Arbeiter im Flick-Konzern während des zweiten Weltkrieges, Diss. Humboldt Universität, Berlin 1964, S.95 f.
(285) Zit. nach: Kämpfendes Leuna ..., op.cit. S.810 f.

für die Großfahndung mobilisiert wurden. (286)
Da von den geflüchteten ausländischen Arbeitern zu einem nicht geringen Teil verstärkter und sogar bewaffneter Widerstand befürchtet wurde, richtete Himmler eine spezielle Sicherheitsabteilung (S-2k) bei der Gestapo ein (287) und im Juni 1943 wurde ein "Generalinspekteur für das Gefangenenwesen" mit unumschränkten Vollmachten bestellt (288). Die organisierte Fluchtbewegung aber ließ nicht nach. Der Sender des "NKFD" berichtete noch im Mai 1944, daß sich laut amtlichen Angaben über 60 000 flüchtige ausländische Arbeiter in Deutschland befänden. (289)
Der Tatbestand, daß jeder Rüstungsbetrieb einen mit der Gestapo und im Werk mit dem Werkschutz kooperierenden Abwehrbeauftragten besaß und zahlreiche Vorkehrungen getroffen waren, um jede Form von Wirtschaftsspionage zu verhindern, läßt Rückschlüsse nicht nur über die Angst der Betroffenen vor dieser Widerstandsform, sondern auch deren Verbreitungsgrad zu. In vielfachen Fällen gelang es ausländischen Arbeitern, wichtige Informationen - sei es über Standort, Termine oder Beschaffenheit von Neuentwicklungen der Rüstungsindustrie - an die gegen Deutschland kämpfenden Armeen weiterzugeben. Zwei spektakuläre Beispiele: Sowjetische Arbeiter konstruierten in der Gießerei der Krauss-Maffei-Werke eine Pedal-Signalanlage, bei deren Betätigung am Fabrikschornstein eine Lampe aufflammte. Auf Grund dieses Signals wurde die Gießerei des Werkes, in der sich Gießformen für Abgüsse von Panzerteilen befanden, bis auf die Grundmauern zerstört. (290) Und polnische Widerstandskämpfer brachten es fertig, von dem V 1-Versuchsgelände in Peenemünde (dem angeblich bestgehüteten Geheimnis in Deutschland!) genaue Lageskizzen zu erstellen. Auf Grund dieser Angaben konnte die englische Luftwaffe mit gezielten Angriffen das Versuchsgelände zerstören. (291)
Eine weitere Parole des Widerstandskampfs hieß: Sabotage der Rüstungsproduktion. Auf den Flugblättern tauchte immer wieder die Aufforderung an alle Arbeiter auf, Ausschuß zu produzieren, Maschinen oder Material zu zerstören, um durch eine Verringerung der Rüstungsproduktion zur Verkürzung des Kriegs beizutragen. Die Ermittlungsstelle des Buna-Werkes führte in den Jahren 1943/44 allein 19 Brände auf Sabotage zurück; zahlreiche Brandanschläge ereigneten sich auch im Bereich Magdeburg. (292) Die Spionage- und Sabotageabwehrstellen des Bereiches Halle berichteten im Frühjahr 1943, "daß die Sabotageakte, die hauptsächlich durch Ausländer her-

(286) E.Seeber, op.cit. S.225 und J.Schmelzer, op.cit. S.218 f.
(287) J.Schmelzer, op.cit. S.219.
(288) Ebd.
(289) Sender des NKFD vom 11.5.1944, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.217.
(290) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen, op.cit. S.206.
(291) E.Seeber, op.cit. S.235.
(292) J.Schmelzer, op.cit. S.229.

vorgerufen werden, von Tag zu Tag schlimmer werden" (293). Eine zu den Bitterfelder IG-Werken gehörende Aluminium-Fabrik beklagte den "zu einem Schandfleck angestiegenen Ausschuß" (294). In allen großen Rüstungsbetrieben wurde täglich Sabotage verübt. (295) So legte eine Widerstandsgruppe (296) im Simonswerk in Suhl II den Kessel des Maschinenhauses in Brand (297) und bei der Rüstungsfirma Schmöle & Co. (Kreis Salzungen) wurden die Zünder für kleinere Bomber durch Ausglühen unbrauchbar gemacht und insgesamt 20 000 Zünder (!) in die Abwässergruben geworfen. (298) Wie ein ehemaliger Mitkämpfer der "Schumann-Engert-Kresse-Gruppe" schrieb, wurden in den Leipziger Hasagwerken oftmals leere Zündplättchen in die Panzerfäuste gelegt, die Dichtungsringe der Tretminen wieder gelockert und diese damit unbrauchbar gemacht oder bei der Herstellung von Bordschnellfeuerwaffen für Flugzeuge den Federhäusern kein Fett gegeben, so daß diese schnell untauglich waren. (299) Anfang 1945 lehnten es die Abnahmeoffiziere ab, von den Hasagwerken Waffen zu kaufen, weil der fehlerhafte und nicht einsatzfähige Anteil an Waffen zu hoch war. (300) Seeber berichtete über die organisierte Störung des Güterverkehrs durch ausländische, meist polnische Arbeiter im Raum Berlin: "(...), war es den deutschen Kontrolleuren bei circa 100 Waggons und dem starken Verkehr an den Laderampen unmöglich zu verhindern, daß ein großer Teil der Frachtbriefe vernichtet oder umadressiert wurde. Wie der Schreiber berichtet, gelang es sogar, zahlreiche Beschriftungen von solchen Gütertransporten zu entfernen, die für die Front bestimmt waren. Welchen Einfluß diese Art von Sabotage besonders in den letzten Jahren des Krieges auf das gesamte Wirtschaftsgefüge hatte, geht zum Beispiel aus einer Notiz der Zellwoll-AG Schwarz hervor. Darin wurde Klage geführt, daß auf den Umschlagbahnhöfen zum großen Teil "nur noch ausländische Arbeiter" tätig seien, so daß Stückgutsendungen, auch unter der Voraussetzung, daß sie nicht fehlgeleitet wurden, eine Laufzeit von ca. 3 bis 4 Wochen haben " (301).
Trotz innerbetrieblichen Terrors und Gestapoallgegenwart wurde sogar in diesen Jahren gestreikt. Meist waren es nur sehr kurzfristige Arbeitsnie-

(293) Ebd.
(294) Ebd. S.229 f.
(295) Beispiel aus dem Flick-Konzern, vgl. K.Drobisch, Die Ausbeutung ausländischer Arbeiter im Flick-Konzern, op.cit.; Beispiele aus den IG Farben-Werken vgl. K.Frühholz, Das System der Zwangsarbeit in den Betrieben der IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus während der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, Phil.Diss. Berlin 1964; auch in der hier verwandten DDR-Literatur über den Widerstand der Arbeiter werden immer wieder konkrete Beispiele von Sabotageakten gegeben.
(296) Entfällt.
(297) G.Glondajewski und H.Schumann, op.cit. S.49.
(298) I.Krause, op.cit. S.26.
(299) Ebd.
(300) Zit. nach E.Seeber, op.cit. S.248.
(301) Ebd. S.76.

derlegungen, da diese offene Auflehnung sofort Werkschutz, Gestapo und ihre Helfershelfer in großem Ausmaß auf den Plan riefen. An Hand der Zahl der Verhafteten muß auch hier auf das Ausmaß der Streikbewegung geschlossen werden, da andere Zahlen fehlen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1941 wurden im Durchschnitt monatlich 7 588 Arbeiter wegen Streikbeteiligung verhaftet und der Anteil der deutschen Arbeiter betrug annähernd nur 25 v.H. (302) Von August bis November 1941 wurden allein im Raum Düsseldorf, Dortmund und Köln insgesamt 1 674 Arbeiter, weil sie gestreikt hatten, verhaftet. In den Monaten Mai bis August 1942 vervierfachte sich die Zahl der aus diesem Grund Verhafteten. Insgesamt wurden 7 228 Arbeiter, von ihnen waren 4 628 sowjetische Zwangsarbeiter, festgenommen. (303) 1942 wurden durchschnittlich 28 631 Widerstandskämpfer, davon 21 521 wegen Streikbeteiligung, verhaftet. Der Anteil der ausländischen Arbeiter betrug 83 v.H. (304) Die größten Streiks im Jahr 1943 wurden von den italienischen Arbeitern getragen. Zwei Tage lang legten die italienischen Arbeiter im IG Farben-Werk Landsberg die Arbeit nieder (305) und im Stickstoffwerk Lützkendorf streikten die Arbeiter anläßlich des Sturzes von Mussolini mit der Forderung, sofort in ihre Heimat zurück zu dürfen. (306) Nach Angaben des damaligen Justizministers Thierack hatten in der ersten Hälfte des Jahres 1944 insgesamt 193 024 ausländische und 12 945 deutsche Arbeiter gestreikt (307), und nach der Schätzung eines Berliner Wirtschaftsinstituts hatten 1944 insgesamt 250 000 ausländische Arbeiter die Arbeit niedergelegt. (308)

Der Widerstand der ausländischen Arbeiter begnügte sich nicht mit Agitation gegen das NS-Regime, Arbeitsniederlegungen und Sabotage der Rüstungsproduktion. Korbukov, der Vorsitzende des Rats der BSW, schloß eine illegale Versammlung mit den Worten, "daß man allein mit Flugblättern Hitler nicht stürzen könne und daß die Aufstellung von Kampfgruppen jetzt die Hauptsache" sei. (309) Das war die Handlungsmaxime vieler ausländischer Widerstandsgruppen, und sie bereiteten sich aktiv auf einen bewaffneten Kampf innerhalb Deutschlands vor.

Die Betriebe, Ordnungspolizei, Gestapo und die Abwehr des OKW verstärkten ihre Abwehrmaßnahmen und den Terror gegen die ausländischen Arbei-

(302) H. Roggenbuck, Der Aufschwung der antifaschistischen Bewegung unter Führung der KPD seit dem Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus auf die friedliebende Sowjetunion, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, op.cit. S.452.

(303) Ebd. S.457.

(304) Ebd.

(305) Zit. nach J. Schmelzer, op.cit. S.225.

(306) Ebd. S.226; "The New York Times" vom 31.7.1943, Samstagausgabe, berichtete auch aus anderen Städten von Aktionen der italienischen Arbeiter anläßlich des Sturzes von Mussolini. Die italienischen Metallarbeiter der "Siemens-Schuckert-Werke" feierten diese Nachricht und sangen die "Internationale".

(307) O. Winzer, op.cit. S.229.

(308) J.A. Brodski, op.cit. S.205.

(309) Ebd. S.208.

ter. In einem bereits aus dem Jahr 1941 stammenden Abwehrplan forderte die Leitung des Buna-Werkes den vermehrten Einsatz von Landesschützen (310), und die gesamten IG Farben-Werke erbaten "zum Schutz gegen Unruhen der ausländischen Arbeitskräfte ständige militärische Bewachung von außerhalb" (311). In der Filmfabrik Wolfen wurde als "vordringliche Selbstschutzmaßnahme, da die zur Verfügung stehenden Polizeikräfte nicht als ausreichend angesehen" wurden, der Werkschutz erweitert. (312) Die Abwehr des OKW und der Chef der Ordnungspolizei hielten es seit Dezember 1942 im "Hinblick auf den starken Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in den Betrieben" für notwendig, ständig geschlossene Polizeieinheiten in Alarmbereitschaft zu halten. (313) "Für den Fall von inneren Unruhen oder Aufständen der zahllosen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen" hatte die Abwehr des OKW einen speziellen Einsatz- und Alarmplan vorbereitet. (314) Dieser Plan "Walküre", der meist nur im Zusammenhang mit dem 20. Juli genannt wird, sah den Einsatz von 300 000 Landesschützen und dem 12,2 Millionen starken Ersatzheer vor, um einen möglichen bewaffneten Aufstandsversuch der ausländischen Arbeiter zu brechen. Diese Pläne waren nicht nur Sandkastenspiele und übertriebene Hirngespinste irgendwelcher Abwehroffiziere. In den Städten Berlin, Chemnitz, Hamburg, Karlsbad, Halle, Leipzig, Stettin, Celle und in verschiedenen Städten in Süddeutschland waren Partisanengruppen aktiv, die sich mit Aufstandsplänen befaßten. (315) Im Jahr 1943 war beispielsweise "in Kiel eine ausgezeichnet getarnte sowjetische Partisanenorganisation entstanden, die von dem illegal in Deutschland lebenden Blashko geleitet wurde. Diese Gruppe weitete sich in der Folgezeit auf 6 Hauptorganisationen mit circa 180 organisierten Mitgliedern aus. Auch sie bereitete sich darauf vor, zum bewaffneten Kampf überzugehen, wenn die Sowjetarmee in deutsches Gebiet vorrückte." (316) Eine Berliner Betriebsgruppe, bestehend aus 40 Arbeitern, hatte für den gleichen Zeitpunkt Vorbereitungen für bewaffnete Widerstandsaktionen getroffen. (317) Dank der mühsamen Nachforschungen Brodskis sind die Aufstandspläne der BSW näher bekannt. Die Leitung der BSW rechnete mit der sich abzeichnenden Niederlage der deutschen Truppen an der Ostfront damit, daß die anglo-amerikanischen Truppen eine zweite Front eröffnen würden. Für diesen Fall, wenn Süddeutschland zum operativen Hinterland der deutschen Wehrmacht würde, wollte die BSW mit Sabotageakten und bewaffneten Aktionen in den Kampf eingreifen. (318) Im September

(310) Zit. nach J. Schmelzer, op. cit. S. 245.
(311) Ebd.
(312) Ebd.
(313) Aus einem Rundschreiben der Abwehr vom 7.12.1942, Nr. 76 a, zit. nach ebd. S. 245.
(314) Ebd. S. 245 f. und E. Seeber, op. cit. S. 224 f.
(315) J. Schmelzer, op. cit. S. 182.
(316) E. Seeber, op. cit. S. 238.
(317) E. Weinert, Das Nationalkomitee Freies Deutschland, Berlin 1957, S. 129.
(318) J. Schmelzer, op. cit. S. 249.

wurden innerhalb der Reihen der BSW Kampfgruppen aufgestellt und ausgebildet. Der erste Aufstandsplan für München hatte folgende Konzeption: "Die Lagerwachen überfallen und entwaffnen, die in der Nähe befindliche Flakbatterie besetzen und zum Zentrum des Aufstandes verwandeln, die politischen Häftlinge des Stadelheimer Gefängnisses und des KZs Dachau und die Kriegsgefangenen der umliegenden Lager befreien und die Deportierten in den Kampf einbeziehen. Die Antinazistische Volksfront (ADV) sollte mit einer breiten antifaschistischen Demonstration das Signal zum Aufstand geben." (319) Dieser Plan wurde durch die Verhaftungen der leitenden Mitglieder der ADV zunichte gemacht. Bereits im Sommer und Herbst 1942 wurden neue Aufstandspläne vorbereitet und ein geheimes Waffenlager angelegt.
Da die erwartete Landeoperation der alliierten Streitkräfte ausblieb, veränderte die BSW ihre Taktik. Ihre Hauptaufgabe sah sie nun darin, die deutsche Luftabwehr zu desorganisieren. Diese Aktionen wurden von dem Badener Stabskomitee der BSW für den süddeutschen Raum organisiert, auch wurde diese Gruppe im Winter 1943/44 zum Zentrum für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands. (320)
Im Juli und August 1944 wurden alle Kerne der hier genannten deutschen und ausländischen Widerstandsgruppen der Arbeiter mit der einsetzenden großen Verhaftungswelle zerschlagen. Die meisten Festgenommenen überlebten die grausame Folter nicht oder sie wurden noch nach mörderischen Qualen zum Tode verurteilt. Damit war der organisierte Kern des Arbeiterkampfs, von dem zumindest in den entscheidenden letzten Monaten des bereits militärisch geschlagenen NS-Regimes ein bewaffneter Widerstand in Deutschland selbst hätte ausgehen können, ausgeschaltet. Schon jetzt war entschieden, daß es zur Politik der Alliierten und der Restauration der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse keine wirkliche Alternative geben würde. Das passive Verhalten der deutschen Arbeiter 1945 war damit nur Konsequenz ihrer Integration in die nazistische Kriegspolitik, ihrer direkten und indirekten Beteiligung an der Unterdrückung und Ausbeutung Millionen ausländischer Arbeiter, die sie unfähig gemacht hatte, in dem entscheidenden Moment für ihre wahren Interessen zu kämpfen.

(319) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen, op.cit. S.188 f.
(320) Ebd. S.209 f.

IV. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff seit dem Nationalsozialismus

1. Die alten Weichen neu gestellt: 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre

Im April/Mai 1945 wurde die NS-Ära durch die Schlußoffensive der alliierten Truppen auf deutschem Boden beendet. Dieser lapidare Tatbestand artikuliert hinsichtlich der Klassenkonstellation in Deutschland nach 1945 einen Prozeß von immenser historischer Tragweite. Es besagt, daß die Arbeiterklasse gegen Kriegsende in Deutschland als historisches Subjekt nicht existierte - und aufgrund dessen auch für lange Zeit nicht existenzfähig war. Im Innern wie auch in der internationalen strategischen Planung der Antihitlerkoalition war alles darauf orientiert, eine Entwicklung à la 1918 um jeden Preis zu vermeiden - wobei keiner der triumphierenden Siegermächte auch nur an einer Farce auf 1918/19 gelegen war. (1) Deutschland wur-

(1) Dieser Tatbestand geht eindeutig aus den Verhandlungsdokumenten der Antihitlerkoalition über ihre Besatzungsstrategie hervor. Es ging allen beteiligten Mächten um eine Neubestimmung des status quo und um die Festlegung der europäischen Einflußsphären nach der Zerstörung des NS-Regimes. Die sowjetische Politik stand dabei mit ihrer Strategie, die Klassenkonstellation zu neutralisieren, hinter den Westmächten in nichts zurück. Zur Politik der SU innerhalb der Antihitlerkoalition vgl. vor allem die Einschätzung von I. Deutscher, Myths of the Cold War, in: D. Horowitz (ed.), Containment and Revolution, London 1967, S. 13 ff.; sowie die Dokumentenbände: Foreign Relation of the United States: The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington DC 1955; Foreign Relations: Conference of Berlin (Potsdam) 1945, Washington DC 1960; Correspondence between the Chairman of

de programmgemäß - sogar vor dem geplanten Termin - von den Truppen der Antihitlerkoalition, nicht aber durch einen Aufstand der geschundenen multinationalen Arbeiterklasse vom Nationalsozialismus befreit.
Natürlich hat es Ereignisse gegeben, die vom Versuch revolutionärer Arbeiterkader zeugen, sich wenigstens unmittelbar vor dem Einmarsch der alliierten Truppen durch die bewaffnete Befreiungsaktion Ausgangspositionen zu erobern, um dem Anspruch auf die aktive Zerschlagung des NS-Systems und auf proletarische Macht gegenüber den entstehenden Besatzungsregimes in den vier Zonen eine materielle Basis zu verschaffen. Die Konzentrationslager Buchenwald und Mauthausen wurden durch den militärischen Aufstand überlebender Arbeiteravantgarden kurz vor dem Einmarsch der Truppen der Antihitlerkoalition befreit. (2) In Berlin hatte der "Kampfverband Freies Deutschland" unter der Führung von Erich Gumbert den bewaffneten Kampf gegen die SS und die letzten Aufgebote der NSDAP aufgenommen und kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Straßenkämpfen in Charlottenburg mehrere SS-Soldaten getötet. (3) In Leipzig hatte das lokale "Nationalkomitee Freies Deutschland" wenige Tage vor der Besetzung der Stadt durch US-Truppen den offenen Kampf gegen die NS-Institutionen aufgenommen und sofort nach dem Einmarsch der Eisenhower-Truppen umfangreiche Verhaftungen aktiver Nazis vorgenommen; es wurde denn auch schon am 26. April 1945 vom US-Kommandanten verboten. (4) Von verschiedenen Betriebsausschüssen sind Aktionen gegen die Unternehmensleitungen und die Meister-Hierarchie in den Stunden der Agonie des verhaßten Terrorsystems bezeugt; genauso steht fest, daß sie sich nicht in allen Fällen durch die Auseinandersetzungen zwischen dem Unternehmerwerkschutz und der SS im Zusammenhang mit dem Zerstörungsbefehl Hitlers in die Irre führen ließen (5):

the Council of Ministers of the USSR and the Presidents of the USA and the Prime Minister of Great Britain During the Great Patriotic War 1941-1945, Moskau 1957.

(2) Dazu B. Baum, Die letzten Tage von Mauthausen, Berlin 1965; H. Laschitza: Die Errichtung von Konzentrationslagern und die Ausbeutung und Vernichtung von KZ-Häftlingen als Wesenszug des menschenfeindlichen faschistischen deutschen Imperialismus (dargestellt am Beispiel des KZ Buchenwald), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 4, Berlin 1961, S. 139 ff.; zur Bedeutung dieser Befreiungsaktionen auch U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48, Berlin 1971, S. 51.

(3) Vgl. Landesarchiv Berlin, Standort-Nr. 3772, Dokumentensammlung der Forschungsgruppe für Berliner Nachkriegsgeschichte: "Kampfverband Freies Deutschland".

(4) Vgl. Krüger, Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig (1945-1948), Diss. phil. Leipzig 1958 (Ms.), S. 63 f.; F. Köhler, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, Berlin 1955, S. 53 f.

(5) Dazu F. Köhler, op. cit., passim; Zu den Ereignissen in Kiel, wo die Arbeiter bis zum Einrücken der britischen Truppen die Betriebe besetzt hielten, vgl. DGB-Archiv Düsseldorf, Plettl-Nachlaß, IV., Bruno Verdieck, Leiter der Kieler Gewerkschaften nach 1945, an Martin Plettl v. 29. 12. 1946.

so wurde bei Continental in Hannover der "Werkschutz" durch den Betriebsausschuß aufgelöst. (6) Zweifellos waren hier und da bei den "Volkskomitees" und den "Betriebsausschüssen" der ersten Stunde Ansätze zur bewaffneten Arbeitermacht vorhanden. (7)
Aber alles das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Liquidierung des NS-Systems durch die alliierten Truppen nicht von einem revolutionären Massenaufstand begleitet war. Der Mechanismus der Klassenspaltung in ausländische Zwangsarbeiter und deutsche Antreiberschicht funktionierte bis in die letzten Kriegstage; die sozialistischen deutschen Arbeiterkader waren infolge des forcierten Terrors und ihrer systematischen Militarisierung gerade während der letzten Kriegsmonate - "Volkssturm", "erweiterter Werkschutz" usw. (8) - in die letzten Zuckungen des Systems einbezogen und jeglicher Solidarisierungsmöglichkeit mit den Zwangsarbeitern beraubt worden. (9) Genauso war die Revolutionierung der Armee so gut wie vollständig ausgeblieben. Auch hier hatte sich die Kombination von "psychologischer Kriegsführung" nach innen (10) und gnadenlosem Terror bis zuletzt als überaus effektiv erwiesen. (11) Und schließlich hatte sich auch der politische Widerstand der Arbeiterbewegung, soweit er überhaupt jemals bereit gewesen war, über die zirkelmäßige Selbsterhaltung seiner Traditionen hin-

(6) Vgl. K. Brumlop, H. S. Grontzki, Conti dementiert Selbstschutzübungen, in: Gewerkschaftspost, Hrsg. IG Chemie, Juli 1967, Nr. 4, S. 15.

(7) Vgl. die Hinweise zu Berlin und Leipzig, Anm. 3 und 4; zur Rolle der "Volkskomitees" und "Betriebsausschüsse" allgemein U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, op. cit. S. 47 ff.; Befreiung und Neubeginn, ausgew. und überarb. Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in Verbindung mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und der Deutschen Historiker-Gesellschaft am 29. und 30. April 1966, Berlin 1966; K. Greese, Der Kampf um die Entnazifizierung in Südbaden Mitte 1945 bis Ende 1946, Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1961.

(8) Zum "erweiterten Werkschutz I und II" vgl. Bd. 1, III 5.
Zum "Volksturm" vgl. H. Kissel, Der Deutsche Volksturm 1944/45. Eine territoriale Miliz im Rahmen der Landesverteiteidigung, Beiheft 16/17 der Wehrwissenschaftlichen Rundschau, Frankfurt 1962, eine durch und durch apologetische Arbeit. Anschaulich formuliert der alte Arbeiterfunktionär C. Kraienhorst die Disziplinierung und Militarisierung selbst alter und oppositioneller Arbeiterkader in: E. Runge, Bottroper Protokolle, Frankfurt 1968, S. 11 ff.: "Betriebsratsvorsitzender Clemens K.".

(9) Vgl. Kraienhorst in: Runge, op. cit., S. 18 f.

(10) Entfällt.

(11) Vgl. dazu I. Rösler, Die faschistische Gesetzgebung und Rechtssprechung gegen "Wehrkraftzersetzung" als Mittel der zwangsweisen Erhaltung der Kampfmoral von Truppe und Bevölkerung im zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Jg. 1971, H. 5, S. 561 ff.; K. Scheel, Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933-1945, Berlin 1970; sowie als Beispiel nachträglicher Apologetik H. v. Wedel, Die Propagandatruppen der deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962.

auszugehen und praktisch aktiv zu werden (12), in Reaktion auf den Massenterror der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 buchstäblich in die letzten Schlupfwinkel verkrochen. Ihm ging es nur noch um Eines: um das passive Warten auf die Befreiung von außen, ums nackte Überleben. (13)
Die derart vollständige Nichtexistenz der Klasse in den letzten Tagen und Stunden der NS-Ära hatte weitreichende Folgen. Auf Massenebene verschafften sich die Arbeiter keinerlei politische Macht, die sie legitimiert hätte, unter bewußter Mißachtung der unterschiedlichen Direktiven der Okkupationstruppen (14) mit dem Ausbeutersystem abzurechnen. Sie wurde von Anfang an zum Objekt der Besatzungspolitik mit allen daraus ableitbaren Konsequenzen für die weitere historische Entwicklung. Daß hier der springende Punkt liegt, wird durch die Ereignisse in den ersten Tagen nach der Befreiung bewiesen: nur da, wo es seitens der Arbeiter praktische Ansätze zur Insurrektion gegeben hatte, vermochten diese überhaupt eine bescheidene Rolle zu spielen. So etwa der "Kampfverband Freies Deutschland" in Berlin, dem es gelang, zumindest zeitweilig auf das Verhalten der mit den sowjetischen Truppen zurückgekehrten Aktive der KPD Einfluß zu nehmen. (15) So auch die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gruppe um Albin Karl in Hannover (16), die wenigstens fähig gewesen war, den Verlauf der Kämpfe in der Stadt genau zu verfolgen und sich unmittelbar nach dem Abschluß der Kampfhandlungen im Stadtzentrum dem US-Kommandeur als handlungsfähige Organisation vorzustellen. (17) So, wie schon erwähnt, die NKFD-Gruppe in Leipzig, die es aufgrund ihres Verhaltens in den letzten Kriegstagen gar nicht erst nötig hatte, sich vom Befehlshaber der US-Truppen legitimieren zu lassen und

(12) Dabei war die aus der KPD-Tradition stammende Widerstandsbewegung zweifellos noch am aktivsten. Vgl. die zusammenfassende Einschätzung bei J. Klein, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung der Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972, S. 68 f.

(13) So hat beispielsweise Jakob Kaiser in Berlin von Ende September 1944 bis zum Einmarsch der Sowjetarmee Ende April 1945 völlig isoliert in einem Keller gelebt. Vgl. E. Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967. Wie die Durchsicht der Widerstandsliteratur zeigt, war dies kein Einzelphänomen.

(14) Zu den Besatzungsdirektiven der Truppen der Antihitlerkoalition vgl. vor allem M. Bistram, Grundzüge der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941-1945, unveröff. Staatsexamensarbeit Universität Bonn, Duisburg 1967; M. Balfour, Viermächtekontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959; W. L. Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1958 H. 1, S. 60 ff.; J. Klein, op. cit. S. 125 ff.

(15) Vgl. Kampfverband Freies Deutschland, op. cit.

(16) Dazu die erste zusammenfassende Darstellung über die Widerstandsbewegung in Hannover, die auf den Akten des DGB-Archivs basiert, bei J. Klein, op. cit.

(17) DGB-Archiv Düsseldorf, Material Gottfurcht, Deutschlandberichte 1944 bis Ende 1945 I. und II.: "Von der Untergrundbewegung" von A. Karl, Juni 1945, erstmals ausgewertet bei J. Klein, op. cit.

ohne viel Federlesens zum Ausheben geheimer nazistischer Waffenlager schritt. (18)
Im allgemeinen kam es freilich nur dazu, daß sich, sobald die alliierten Truppen die letzten nazistischen Widerstandsnester niedergekämpft hatten, deren Kommandeuren alsbald Abgeordnete diverser Antifa-Ausschüsse, Volkskomitees usw. präsentierten und in wohlgesetzten Petitionen für eine angemessene Beteiligung am Wiederaufbau und an der Entnazifizierung plädierten. (19) Exemplarisch hierfür waren die Ereignisse in Aachen, der ersten befreiten deutschen Stadt, die sich seither in unzähligen Varianten wiederholen sollten. Im Oktober 1944, kurz nach der Eroberung Aachens durch US-Truppeneinheiten, sprachen drei Aachener Gewerkschafter bei der gerade etablierten Militärverwaltung vor, um die Legalisierung der relativ intakt gebliebenen "freien" Aachener Gewerkschaftsgruppe zu erbitten. Dies wurde zurückgewiesen mit der Begründung, dafür sei es noch zu früh, die Sache könne erst diskutiert werden, wenn die alliierten Truppen am Rhein stünden. (20) Dabei blieb es denn auch, so daß erst am 8. Februar 1945 "mit offizieller Genehmigung der Militärregierung" eine "erste gewerkschaftliche Zusammenkunft" abgehalten werden konnte. (21) Aus den Diskussionen der folgenden Monate ging dann eine für die ganze spätere Gewerkschaftsbewegung typische Konzeption, basierend auf den "13 Aachener Punkten", hervor. Ihr Kernpunkt war, daß so schnell wie möglich eine Einheitsgewerkschaft ("Freier Deutscher Gewerkschaftsbund - FDGB") aus der Taufe gehoben wurde, lokaler Vorgriff auf eine Zentralorganisation in ganz Deutschland, die die traditionelle Gliederung nach Berufsgruppen und vor allem die als besonders verhängnisvoll eingeschätzte politische Zersplitterung der Weimarer

(18) Vgl. F. Köhler, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, op. cit. S. 54; G. Krüger, Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig, op. cit. S. 64.

(19) Dieses Wohlverhalten erbrachte nichts. In den Westzonen wurden die "Volkskomitees" schon am 6. 6. 1945 verboten, in der Sowjetischen Zone wurden sie von der Sowjetischen Militär-Administration zugunsten neugeschaffener und von ihr abhängiger "antifaschistischer" Parteien und Gewerkschaften aufgelöst. Damit war einer wirklichen und autonomen Massenbewegung überall in Deutschland die Basis entzogen. Für die SBZ sah Ulbricht die Sache so (in einem Brief an Dimitroff): "Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung 'Freies Deutschland' und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben all diese Büros geschlossen und den Genossen klargemacht, daß jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen konzentriert werden müssen." W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2, 1933 bis 1946, Reden und Aufsätze, Berlin 1963, S. 458 f.

(20) DGB-Archiv Düsseldorf, Ordner Aachen 1945-1949, Auszug aus der US-Army Zeitung Yank 1945; nach J. Klein, op. cit. S. 165.

(21) Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des DGB der britischen Zone 1947-1949, Köln 1949, S. 22.

Zeit (22) überwinden sollte. So machte die Passivität der Arbeiterbasis das Wiederaufleben des Reformismus wieder möglich, als ob die Umwälzung der Klasse während des Nationalsozialismus nie geschehen wäre: während die Arbeiter in ihren Betriebsausschüssen um das nackte Überleben und um die Wiederherstellung der demontagebedrohten Arbeitsplätze kämpften, kehrten ihre Funktionäre die Strategiedebatten von 1932/33 wieder hervor. Die Diskussionen, die sich von vornherein aller "parteipolitischen Tendenzen" enthielten, wurde nur in Einzelpunkten um Aspekte der harten Realität bereichert: so wurden "Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus", "Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung", "Vertretung der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens", "Wiedereinführung des Achtstundentags evtl. der Vierzigstunden-Woche", "Wiedereinführung des Streikrechts", "Unterdrückung der Werkschutzvereine", und "Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher" gefordert. (23) Alles in allem hatten die Ereignisse in Aachen Signalcharakter: eine fragmentarische Arbeiterautonomie, die sich in den entscheidenden Nachkriegsmonaten damit erschöpfte, die wichtigsten Existenzprobleme der Klasse zu lösen; und in weiter Distenz dazu ein ohnmächtiger Arbeiterreformismus, der allenfalls stark genug war, um im richtigen Augenblick alle trotzdem aufkommenden Ansätze zur antagonistischen Arbeitermacht wieder unter Kontrolle zu bringen. Es gab keine Anzeichen dafür, daß sich gegen die Strategie der Antihitler-Koalition eine reale proletarische Alternative manifestieren würde.
Die Arbeiterkalsse war passiv geblieben - eine Einschätzung, die wahrscheinlich auch in einer künftigen Geschichte der proletarischen Betriebsausschüsse in den ersten Nachkriegsmonaten kaum korrigiert werden dürfte. (24) Genauso steht die enorme Distanziertheit der reformistischen Arbeiterorganisationen von den realen Bewegungen der Klasse fest - es wäre illusionär, von ihnen in dieser Frage gerade im Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus eine Korrektur des bisherigen Verhaltens zu erwarten. Welcher politischen Richtung auch immer: die überlebenden Organisationskader taten sich von Anfang an vor allem bei der Abwiegelung "unsinniger", tendenziell zur Machtfrage drängender Arbeiteraktionen hervor. Stolz weisen beispielsweise DDR-Historiker darauf hin, daß der KPD-Funktionär Hans Schiwon "imApril 1945 einen völlig unsinnigen Streik auf der Zeche 'Nordstern' (Gelsenkirchen-Horst) verhindern" konnte. "Auf der ersten größeren Zusam-

(22) Das war ein sehr vager, aber allgemein verbreiteter Rückgriff auf die Bemühungen zwischen 1930 und 1932/33, für eine antizyklische Einkommensrevolution ein breites einheitsgewerkschaftliches Rückgrat zu schmieden!

(23) Die "13 Aachener Punkte" sind abgedruckt in den Aachener Nachrichten v. 21. 3. 1945; wiederabgedruckt bei: J. Klein, op. cit. S. 166 f.

(24) Mitteilung von J. Klein an den Verf.; Klein hat bei seiner Untersuchung über die Rekonstruktion der Gewerkschaftsbewegung in den ersten Nachkriegsjahren auch umfangreiche Materialien über die proletarische Basisbewegung gesichtet.

menkunft der Betriebsräte aus Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Recklinghausen, Wattenscheid und Wanne-Eickel, die illegal am 19. April 1945 stattfand, berichteten fast alle Vertreter über ähnliche Erscheinungen wie auf 'Nordstern'. Auf Grund der Haltung, die Hans Schiwon einnahm, beschlossen die anwesenden Delegierten, in der gegenwärtigen Situation keine Streiks auszulösen und die Produktion in Gang zu bringen." (25) Dieses Verhalten gegenüber den Bergbauarbeitern war keine Ausnahmeerscheinung. Die Klasse hatte zu schweigen: die "Betriebsausschüsse" wurden darauf beschränkt, unter strenger Berücksichtigung eingefrorener Eigentumsverhältnisse (26) eine minimale Produktion zu reorganisieren. Wo sie darüber hinaus gingen, riefen sie nicht nur den geschlossenen Widerstand der westalliierten Unternehmerstatthalter, sondern auch des "antifaschistischen" Reformismus hervor, der sich jeden Versuch verbat, durch konkrete Aktionen die illusionären Bündnishoffnungen der traditionellen Arbeiterbewegung gegenüber den Militärkommandanturen zu stören.

Nicht nur hinsichtlich der Niederhaltung jeglicher Ansätze von proletarischer Autonomie waren sich die aus einer zwölfjährigen Passivität und Zirkeltätigkeit erwachten Arbeiterorganisationen einig. Mehr noch als dies verblüfft die Tatsache, daß die überlebenden Kerne der Arbeiterbewegung genauso wie die meisten Emigrationsverbände trotz jahrelanger Isolierung voneinander eine völlig homogene Nachkriegskonzeption entwickelt hatten, bei der nur sekundäre taktische Differenzen zu beobachten waren. Die gemeinsame Basis war klar: sie war gegeben durch die systematische Mißachtung all jener Kampfformen, die die Arbeiter trotz des immensen Drucks der Klassenspaltung gegen die nazifizierte Mehrwertmaschinerie entwickelt hatten. Gerade der Reformismus benötigte damals - und selbst heute noch - jene widerliche Legende, daß es unter dem Nationalsozialismus keine konkret artikulierte Klassenkonfrontation gegeben habe; ja, es war ein nicht ungeschickter Vorgriff auf kommende Zeiten, die Zersplitterung der Klasse in "Vorarbeiter Europas" und Zwangsarbeitssklaven fremder Nationalität aus der politischen Analyse zu streichen. Statt eines bewußten Verhaltens zur Klassenrealität herrschte auch bei jenen immer wieder geschlagenen Veteranen von vor 1932/33, die

(25) Zit. nach Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945 bis 1947, Berlin 1962, S. 27.

(26) Über den Zusammenhang von blockierter Kapitalbildung und Eigentumsverhältnissen bis 1948/49 vgl. vor allem H. Heininger, Die Erhaltung des Industriepotentials der deutschen Monopole durch die imperialistischen Westmächte nach dem zweiten Weltkrieg, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 5, Berlin 1962, S. 207 ff.; G. Mannschatz, Das Entflechtungsmanöver der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr, ein spezifisches, neues Mittel zur Restaurierung der Macht des deutschen Monopolkapitals unter Beihilfe der britischen Besatzungsmacht, ebd. S. 187 ff.; Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahltreuhändervereinigung, München-Berlin 1954.

sich nicht als bedingungslose Erfüllungsgehilfen der jeweiligen Siegermächte verstanden, die autistische Vorstellung von einer alle Lohnabhängigen umfassenden gewerkschaftlichen Einheitsorganisation. Genau da, wo die brutale Realität den Arbeiterreformismus widerstandslos aus den Angeln gehoben hatte, wurde wieder angesetzt: ihre bisherige Zersplitterung überwindend, sollten die Gewerkschaften zu stabilen Garanten des Staats der Arbeit werden und im Wiederaufbau den Reallohn zum Stachel einer gewerkschaftlich mitbestimmten plankapitalistischen Entwicklung machen. Die einen - z.B. Tarnow in Schweden und der im Bergischen Land untergetauchte Böckler - plädierten in Übereinstimmung mit dem Leuschner-Kreis für eine an die Probleme von 1932/33 angepaßte "Übernahme" der Deutschen Arbeitsfront. (27) Andere Auslandsverbände der Emigration und viele Aktivisten der ersten Stunde - und zwar sowohl die KPD-Aktive wie auch die im Mai/Juni in Hamburg, Braunschweig und Bremen entstandenen einheitsgewerkschaftlichen Organisationen (28) - hingegen machten sich stark für eine zentralisierte Gewerkschaftsstruktur nach dem Industrieverbandsprinzip. (29) Im historischen Kontext eines turbulenten halben Jahrhunderts betrachtet, war diese Entschlossenheit zur ex-post-Korrektur vergangener Versäumnisse von großer Bedeutung: sie signalisierte eine geschlossene Abkehr aller Strömungen des Arbeiterreformismus vom Facharbeiter, die Hinwendung zur Wirtschaftsdemokratie, zum Staat der allgemeinen Arbeit, basierend auf der gewerkschaftlichen Kontrolle des Massenarbeiters durch das Industrieverbandsprinzip. Es

(27) So sehr die Pläne dieser Gewerkschaftsgruppen im einzelnen divergierten, hatten sie doch eine grundsätzliche gemeinsame Basis: im Ziel nämlich, die materiellen Potenzen der DAF mit den Utopien von 1932/33 zu kombinieren und endlich eine breite reformkapitalistische Entwicklung im Sinn der Wissell-Naphtalischen Konzeption zu stimulieren. Immerhin eine beträchtliche Kontinuität in den Köpfen der Gewerkschaftsbosse, die mit der Ohnmacht der von ihnen kommandierten Institutionen merkwürdig kontrastiert. Auf die Bedeutung der DAF-Nachfolgekonzeption hat erstmals J. Klein in seiner schon mehrfach zitierten Dissertation aufmerksam gemacht.

(28) Zu den Gewerkschaftsverbänden in der Emigration vgl. J. Klein, op. cit. S. 95 S. 95 ff.; in Hamburg war die "Sozialistische Freie Gewerkschaft" aktiv, deren Tätigkeit alsbald von einem reaktionären Funktionärsflügel um Spliedt desavouiert wurde; in Bremen und Bremerhaven war eine "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" aktiv; in Braunschweig wurde die Gründung eines "Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds" versucht. Alle darüber verfügbaren unpublizierten und publizierten Materialien verarbeitete erstmals J. Klein in seiner Untersuchung über die Einheitsgewerkschaftsbewegung bis 1946/47.

(29) Diese konzeptionelle Position hat große historische Bedeutung, stellt sie doch nichts anderes als den Versuch dar, ein für allemal eine reformistische Antwort auf die im Nationalsozialismus vollendete Herausbildung des Massenarbeiters zu finden. Aufgrund der deutschen Variante des "New Deal" hatte der Arbeiterreformismus eine Menge nachzuholen, aber er blieb auch jetzt reaktiv, im Schlepptau der Rekonstruktionsstrategie der Unternehmer und ihrer westalliierten Schutzmächte, welche ihn für unvereinbar mit ihrer containment-Politik hielten.

ist wahrhaft eine Ironie der Geschichte, daß dieses sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Projekt von 1918, 1932 und 1945 trotzdem nur in Ostdeutschland unter der Führung von KPD-Kadern verwirklicht worden ist.
In den Westzonen wurden derlei Illusionen indes von den Besatzungsverwaltungen rasch in ihre Schranken verwiesen. Auf Arbeiterseite gab es praktisch nichts, was einen derart weitgehenden Integrationsschritt erforderlich gemacht hätte, und die internationale Konstellation hatte schon im Sommer 1945 die Statthalterfunktion der Westalliierten für die Unternehmer verbrieft. Getrennt von den verelendeten Massen, die von den westlichen Besatzungsmächten auch schon vor 1947/48 im Bündnis mit den Unternehmern durch eine bewußt blockierte wirtschaftliche Entwicklung auf defensive Revolten gegen die Demontagen, gegen den Hunger und gegen die spekulative Profitmacherei der Kapitalisten auf dem Schwarzmarkt fixiert wurden, war das Schicksal der reformistischen Rekonstruktionsinitiative in Westdeutschland rasch besiegelt. (30) Wie der Historiker J. Klein seit neuestem detailliert nachweist (31), bedurfte es nur einiger skrupellos gegen die - in jeder Beziehung mit der wirtschaftsdemokratischen Perspektive identifizierten - KPD-Gruppen amoklaufender Arbeiterfunktionäre à la Spliedt, Reuter und Fleck (32), damit die westalliierten Kommandanturen diese nicht in die sich anbahnende containment-Strategie (33) passenden Ansätze bis Ende 1946/Anfang 1947 völlig desavouierten. Daß es ihnen darum ging, mit allen erdenklichen Mitteln die materielle Basis der NS-Klassenkonstellation zu konservieren und den NS-Planstaat als "soziale Marktwirtschaft" wieder Urständ feiern zu lassen, verdankt sich der 1944/45 längst getroffenen Entscheidung der westlichen Partner der Antihitlerkoalition, Versailles endgültig zu revidieren (34) und den im Notfall auf die drei Westzonen beschränkten deut-

(30) Es gibt noch keine Arbeit, in der es gelungen ist, den Zusammenhang zwischen blockierter wirtschaftlicher Entwicklung und Stagnation im Klassenantagonismus genau zu rekonstruieren. Auch die alte stalinistische Theorie, die Westalliierten hätten versucht, ein reifes kapitalistisches Land in eine Art Halbkolonie zu verwandeln (letzter Exponent dieser Auffassung ist gegenwärtig noch J. Kuczynski), vermag hier wenig zu bieten. Vgl. J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd. 7 a), S. 33 ff.

(31) Vgl. J. Klein, op. cit. S. 163 ff.: Die ersten Gewerkschaftsgründungen während der ersten Besatzungsphase in Deutschland.

(32) Spliedt in Hamburg, Reuter in Bayern, Fleck in Württemberg-Baden. Vgl. dazu in den Details J. Klein, op. cit. S. 186 f., 195 f., 214 ff., 313 f.; sowie ein amüsantes Detail: die "Rehabilitation" des Nationalsozialisten Dr. Karl Schmid (jetzt: Carlo Schmid) durch den Gewerkschaftsführer Fleck in Südwürttemberg, S. 216.

(33) Zur Entstehung der globalen Containment-Strategie vgl. vor allem Alperovitz, Atomare Diplomatie-Hiroshima und Potsdam, München 1966; D. Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. I/II, Berlin 1969.

(34) Natürlich war dies keine glatt getroffene Entscheidung - auch nicht auf der Seite der US-Amerikaner, wo ja gerade der Morgenthau-Plan als radikalisier-

schen Kapitalismus in ein international rekonstruiertes Weltwirtschaftssystem einzubeziehen. (35) Aber das alles ist inzwischen hinreichend bekannt und braucht hier nicht weiter erörtert zu werden; erforderlich ist allenfalls eine Korrektur dahingehend, daß dieser Prozeß nicht erst 1947/48 im Zusammenhang mit Truman-Doktrin und Marshall-Plan (36), sondern unmittelbar nach der Liquidierung des Nationalsozialismus einsetzte, daß er sich also in der langfristigen Perspektive exakt mit den Nachkriegsplänen der deutschen Kapitalisten deckte. (37) Während sich der im Vergleich zu 1918/19 extrem abgehalfterte Arbeiterreformismus in Organisationskontroversen erschöpfte und Tagespolitik nur insoweit machte, als erforderlich war, um die hin und wieder aufbegehrenden Massen (38) unter Kontrolle zu halten, wurden von den Westalliierten-Unternehmern die alten Weichen neu gestellt. Die Militärbehörden etablierten "Treuhandverwaltungen" des Kapitals im wörtlichen Sinn - solange, wie die Unternehmer brauchten, um das supermoderne und durchrationalisierte Produktionspotential der Speer-Ära auf die Bedingungen einer international rekonstruierten Weltwirtschaft, die gleichzeitig zum "containment" gegenüber der Sowjetunion ansetzte (39), hin zu orientieren und darüberhinaus dessen planstaatliche Rahmenbedingungen wieder in Gang zu bringen. (40) Hans Böckler, als ehemaliger Sekretär der

te Neuauflage von Versailles sogar eine Zeitlang Regierungsdoktrin war. Vgl. vor allem J. M. Blum, Deutschland - ein Ackerland. Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941-1945, Düsseldorf 1968; J. L. Chase, The Development of the Morgenthau Plan Through the Quebec Conference, in: The Journal of Politics, 16. Jg. 1954, S. 324-359.

(35) Wie früh die diversen Flügel der Bourgeoisie in den Westzonen auf diese Strategie reflektierten, ist selbst in einer so apologetischen und methodisch schwachen Arbeit wie der von H. P. Schwarz nachzulesen: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied-Berlin 1966.

(36) Vgl. dazu H. Claude, Der Marshallplan, Berlin 1949; Horowitz, Kalter Krieg, op. cit., Bd. 1, S. 43 ff.; W. Millis (ed.), The Forrestal Diaries. The Inner History of the Cold War. London 1952.

(37) Vgl. die Darstellung im letzten Teil des voraufgegangenen Abschnitts (Bd. 1, III 6.).

(38) Die bedeutendste Rolle spielten dabei die Volkskämpfe zwischen Januar und April 1947. Über sie gibt es noch keine Analyse, die vom Standpunkt der Massen geschrieben wäre. Andeutungen oft reformistisch-apologetischen Charakters gibt es bei R. Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945 bis 1949, Berlin 1965, S. 129 f.; J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7 a, S. 148 f.; G. Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet, op. cit. S. 207 ff.; U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, op. cit. S. 23 ff., mit einer Kritik der Volksparteilinie der KPD S. 62 ff.

(39) Hier sei erneut verwiesen auf die Arbeiten von Alperovitz, Atomare Diplomatie, München 1966; W. Millis, op. cit.; sowie bezüglich der Übergänge gegen Ende des zweiten Weltkriegs auf J. Bagguley, The World War and the Cold War, in: D. Horowitz (ed.), Containment and Revolution, London 1967, S. 76 ff.

(40) Eine genaue Untersuchung der Rekonstruktion des Staatsapparats nach der Stabilisierung der Bizonen-Wirtschaft als Instrument der Wirtschaftspolitik

"Zentralarbeitsgemeinschaft" von 1918 (41) durchaus zu einem qualifizierten Beitrag für eine neue reformistische Entwicklungsoffensive befähigt, wurde dabei nicht benötigt. Dem - im Sinn der Kapitalstrategie auch jetzt keinesfalls rückständigen - Arbeiterreformismus wurde allenfalls bei der Modernisierung der Montanindustrie eine Warteposition zugewiesen. Das geschah zweifellos deshalb, weil die Europaplanung von Bretton-Woods und den Welthandelskonferenzen (42) wegen der selektiven Steigerung der Kohlenförderung eine weniger riskante Kontrolle der Arbeitskraft der Ruhrbergleute für angemessen hielt. (43) Aber abgesehen von der "Montanmitbestimmung" (44) hat der Arbeiterreformismus weder bei der "Entflechtung" der IG Farben noch bei der schrittweise vollzogenen Reorganisation der übrigen Industriezweige mehr als eine manipulierte Statistenrolle gespielt (45). Er saß in keiner der wirklich wichtigen Schaltstellen des Restaurationsprozesses, noch nicht einmal in den Arbeitsämtern. Das gewerkschaftliche Industrieverbandsprinzip sollte erst um 1950/51 als wirtschaftspolitischer Faktor zu Ehren

gibt es noch nicht. Über die Rolle des Staats in der Frühphase der BRD vgl. vor allem Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Berlin 1962, Reprint Hamburg 1972, S. 123 ff.; Die Rolle der Staatsmacht bei der Umverteilung des Nationaleinkommens.

(41) Diese Information steht in allen wichtigen Biographien, wie ja überhaupt der westdeutsche Gewerkschaftsreformismus sich immer wieder aus der "Zentralarbeitsgemeinschaft" offen-propagandistisch herleitet. Vgl. beispielsweise E. Klein-Viehöfer, Hans Böckler. Das Lebensbild eines Arbeiterführers, Düsseldorf o. J.; Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Hans Böckler. Leben und Wirken, Düsseldorf o. J.

(42) Zur Strategiedebatte des internationalen Kapitals von Bretton-Woods und Havanna, die zur Rekonstruktion der Weltwirtschaft in ihren jetzigen Strukturen führte, vgl. vor allem P. Einzig, The Euro-Dollar System, 2. Aufl. London 1965; G. Hinkel, Die Bretton-Woods-Institute im Dienste des US-Imperialsmus, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin 1968, H. 12, S. 1584 ff.; K. Kock, International Trade Policy and the GATT 1947-1967, Stockholm 1969; F. K. Liebich, Grundriß des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), 2. neubear. Aufl., Baden-Baden 1967; G. Schomburg, Von Bretton-Woods bis heute, in: Deutsche Außenpolitik, 1969, H. 8, S. 935 ff.

(43) Das zeigte sich spätestens in dem Augenblick, als die Montanunion zum ersten Objekt eines ersten westeuropäischen Wirtschaftsbündnisses wurde. Vgl. dazu W. Diebold jr., The Schumann plan - a study in economic cooperation 1950-1959, New York 1959; EGKS 1952-1962. Ergebnisse, Grenzen, Perspektiven, Luxemburg 1963.

(44) Über sie haben sich unzählige Autoren mehr oder weniger kritisch ausgelassen, ohne das zentrale Problem der Hereinnahme der Arbeitskraft in die Produktivitätsstimulierung zu reflektieren. Zu den Fakten im Zusammenhang mit dem Montan-Mitbestimmungsgesetz vom 21. 5. 1951 vgl. F. Deppe, J. v. Freyberg, Chr. Kievenheim, R. Meyer, F. Werkmeister, Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969. Was 1951 wirklich gespielt wurde, zeigt am deutlichsten ein Artikel von W. Pahl - eben jenem Pahl, der 1933 die Gewerkschaften den Nazis angedienert hat: Mitbestimmung in der Montanindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1951, H. 5.

(45) Das gibt selbst das in Anm. 44 zitierte Autorenkollektiv zu, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

kommen, und das auch nur wegen seiner erhofften produktivitätsstimulierenden Potenzen. (46)
Wie entwickelte sich bei alldem der Antagonismus der Arbeiterklasse auf Fabrikebene, nachdem in den entscheidenden Tagen des "Zusammenbruchs" jeder Anflug von antagonistischer Arbeitermacht ausgeblieben war? In ungeheuren sozialen Umwälzungen und Wanderungsbewegungen (47) begriffen, wurde er im Nachkriegsprozeß erstickt. Die zaghaften Ansätze von Klassensolidarität zwischen ausländischen Zwangsarbeitern und deutschen Arbeitergruppen gegen Kriegsende hatten nicht ausgereicht, um in den jetzt ablaufenden Massenwanderungen und innerhalb der blockierten wirtschaftlichen Entwicklung irgendwelche Kristallisationspunkte aufrechtzuerhalten. Die Erinnerung an die unglaubliche Brutalität des Fabrikkommandos und an die Spaltung der Klasse in "europäische Vorarbeiter" und Arbeitersklaven war nach dem fast geräuschlosen Verschwinden der Zwangsarbeiter aus den industriellen Ballungszentren innerhalb weniger Monate wie weggewischt. Detaillierte Kleinarbeit ist nötig, um wenigstens heute den Zusammenbruch des barbarischen Vorgriffs auf die aktuelle Klassenkonstellation zu rekonstruieren (48). Es ist erschütternd, wie schnell und scheinbar vollständig die Klassenzusammensetzung der Jahre 1944/45 zur Ungeschichte geworden ist, während sie sich mit der Geschichte der Reproduktionszyklen des Kapitals untrennbar verbindet. Beim zurückgebliebenen "Stammarbeiter"-Teil sind allenfalls ein paar Erinnerungen an einige kurzlebige Racheaktionen seitens der ausländischen Arbeiter zurückgeblieben. Und deren Vorgeschichte: die öffentlichen Hinrichtungen von ausländischen Parias vor versammelter Gesamtbelegschaft, die tagtäglichen Prügelorgien der Werkschutzkommandos, die Qual der "Arbeitserziehungslager", aber auch das letzte Aufgebot von

(46) Nämlich im Zusammenhang mit der jetzt neuerlich einsetzenden Rationalisierungskampagne. Dazu noch weiter unten.

(47) In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf: Die berufliche Eingliederung der Heimatvertriebenen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, NF, 2. Jg. 1950, H. 10, S. 303 ff.; G. Reichling, Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik, Berlin 1958.

(48) Welch große Bedeutung diese Arbeit hat, hat ein Diplomandenkollektiv der Berliner Humboldt-Universität bewiesen, das kürzlich das Schicksal der Arbeitssklaven in den SS-V-Waffenfabriken im Harz untersucht hat: G. Dieckmann, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft, Diss. phil. 1968; B. Grabowski, Deutsche Geschichte 1945-1966, dargestellt am Leben und Wirken der ehemaligen Häftlinge und der Strafverfolgung der SS-Leute des Konzentrationslagers Dora, Staatsexamensarbeit Institut für Deutsche Geschichte, Humboldt-Universität, Berlin 1966; P. Hochmuth, Der antifaschistische Widerstand im KZ Dora und die Sabotage der V-Waffenproduktion in den Mittelwerken, Diplomarbeit, ebd. 1966; M. Pautz, Ein Arbeitslager der SS. Der Aufbau und die Häftlings- und SS-Organisation des KZ "Dora" und seiner Außenkommandos, Staatsexamensarbeit, ebd. 1966.

Gestapo und Werkschutz gegen deutsche Arbeiterkader, sind wirklich alles andere als Einzelfälle gewesen. Eine Klasse, politisch in ihren Avantgarden derart weitgehend vernichtet und durch die auf ihre Wohnviertel konzentrierten westalliierten Bombenangriffe so weitgehend demoralisiert, daß sie sich in den ersten Stunden der Befreiung nicht gegen ihre Peiniger erhob, braucht in der Tat Jahrzehnte, um ihre Apathie und Geschichtslosigkeit zu überwinden, den rekonstruierten Mechanismus der Klassenspaltung anzugreifen, und von sich aus neue antagonistische Kampfformen zu entwickeln.
Natürlich wurde in den ersten Nachkriegstagen hier und da - beispielsweise, wie schon erwähnt, bei Continental in Hannover und in den VW-Werken in Wolfsburg (49) - der Werkschutz und dessen "erweiterte" Hilfstruppen durch Arbeiteraktionen beseitigt. Aber das geschah fast immer nur da, wo auch größere deutsche Arbeitergruppen dessen alltäglichen Antreibereien und Brutalitäten ausgesetzt gewesen waren. Wahrscheinlich ereignete sich gerade in solchen Ballungsgebieten, die gegen Kriegsende mit Zwangsarbeitern buchstäblich vollgestopft waren, so gut wie nichts dergleichen. In Essen beispielsweise, wo sich der Krupp-Werkschutz zusammen mit der Gestapo gerade in den letzten Kriegsmonaten mit viehischer Grausamkeit an den Zwangsarbeitern ausgelassen und entflohene Arbeitssklaven dutzendweise massakriert hatte, hatten sich die besonders exponierten Werkschutz-Sadisten rechtzeitig abgesetzt. (50) Während einige freigelassene Arbeiter noch nach ihnen suchten, um mit ihnen abzurechnen, wurde zur selben Zeit eben dieser Werkschutz noch während der letzten Kampfhandlungen in aller Form von den US-Kommandeuren als Polizeischutztruppe gegen proletarische Aneignungsaktionen bestätigt! (51) Er blieb praktisch völlig unangetastet, während der "Krupp Case" genauso wie die übrigen Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen deutsche Großindustrielle (52) "verhandelt" wurde (53). Wie der damalige Hauptankläger der Nürnberger Prozesse, Taylor, nach gebührendem zeitlichem Abstand zugab, waren die Festnahmen von Krupp-Managern und -Angestellten ohnedies von den Besatzern vor allem als Schutzmaßnahme vor Racheakten seitens der freigelassenen Zwangsarbeiter verstanden worden (54) -

(49) Nach einer Mitteilung eines ehemaligen VW-Werkschutzangehörigen während der NS-Zeit, Ribbe.
(50) Vgl. W. Manchester, Krupp, München 1968, S. 561.
(51) So dargestellt bei N. Mühlen, Die Krupps, Frankfurt/M. 1960, S. 185.
(52) Und zwar im Flick-, IG Farben- und Krupp-Prozeß. Vgl. die entsprechenden Dokumentenbände in der Serie "Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals Under Control Council Law No. 10, Vol. VI, VII-VIII, IX, Washington D. C., 1950-1953.
(53) Vgl. ebd. Vol. IX:The Krupp Case, Washington D. C. 1950, Um den Prozeß rankt sich eine weitschweifige, meist apologetische Literatur, während die Dokumentenbände des Prozesses bis heute immer nur selektiv untersucht worden sind. Vgl. Dokumentarischer Anhang, XII und XIII.
(54) Taylor wörtlich: "Wenn wir führende Nazis auf freiem Fuß gelassen hätten, wären sie zum Ziel privater Racheakte und zum Zündstoff für die Ausbreitung

aber zur großen Überraschung aller Betroffenen sind diese Aktionen ausgeblieben. (55) Die Klassenspaltung war mit einer unglaublichen physischen Verelendung kombiniert gewesen. Der physische Verfall der - überlebenden - Zwangsarbeiter war so weit fortgeschritten, daß die befürchtete Revolte unterblieb: von Ansätzen zu einer antagonistischen Klassensolidarität konnte demzufolge noch weniger gesprochen werden. (56) Darüberhinaus unternahmen die Besatzungsverwaltungen alles, um auch nach den ersten turbulenten Tagen des Zusammenbruchs jede kämpferische Artikulation seitens der Arbeiter im Keim zu ersticken. So sehr auch danach wirkliche Kampfaktionen der proletarischen "Betriebsausschüsse" gegen die nazifizierte Betriebshierarchie und die bald einsetzenden wirtschaftspolitischen Eingriffe der "Treuhandverwaltungen" Ausnahmen blieben: für die alliierten Kommandanturen war allein schon ihre formale Existenz eine unangenehme Unbekannte in einer ansonsten genau berechenbaren Gleichung. Sie bemerkten, daß sie sich von den - freilich überaus zaghaften - Ansätzen von Arbeiterautonomie hatten völlig überraschen lassen. Umso kompromißloser wurden deshalb die Betriebskomitees von den Besatzern außer Gefecht gesetzt, sobald sie deren Eingriffe in die Produktion auch nur minimal zu behindern drohten. So etwa in Jena, wo Spezialeinheiten der US-Truppen vor ihrem Rückzug hinter die vereinbarte Demarkationslinie den gesamten Forschungs- und Entwicklungskomplex plünderten und aus gutem Grund kommunistische Kader kurzerhand wieder hinter Schloß und Riegel brachten. (57) So aber auch im Ruhrbergbau: als die Bergleute der Schachtanlage "Gerhard Blumental" in Recklinghausen sich gewaltsam gegen die Wiedereinstellung eines berüchtigten Nazi-Zechenbeamten zur Wehr setzten, wurden sechs von ihnen wegen "Aufruhrs" von einem Militärgericht zu Gefängnisstrafen verurteilt. "In anderen Betrieben beschlossen die Bergarbeiter, so lange nicht einzufahren, bis alle aktiven Nazis aus dem Betrieb entfernt worden sind. Auf einer Ze-

politischer Gewalttaten geworden." T. Taylor in: Columbia Law Review, 1963, Nr. 2, zit. nach: W. Manchester, op. cit. S. 562 f.

(55) Vgl. die ausgezeichnete Darstellung über die Verhältnisse in Essen während und unmittelbar nach dem Einmarsch der US-Truppen bei W. Manchester, op. cit. S. 560 ff.; sowie ergänzend N. Mühlen, op. cit. S. 181 ff.

(56) Manchester (op. cit. S. 563) berichtet allerdings, einige westalliierte Offiziere hätten Aktionen seitens der osteuropäischen Zwangsarbeiter befürchtet, sobald sie wieder zu Kräften gekommen waren. Aber sie konnten beruhigt sein: "Einige alliierte Offiziere äußerten die Befürchtung, daß sie schwer zu bändigen sein würden, wenn sie sich physisch erholt hätten, aber die Eroberer hatten keine Vorstellung von den psychischen Schäden, die eine lange Unterdrückung anrichtet."

(57) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung in: Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann, Carl Zeiss Jena einst und jetzt, Berlin 1962, S. 587 ff. Die Begründung für die Verurteilung von 22 Jenaer Kommunisten Pfingsten 1945 durch einen US-Gerichtsoffizier war typisch: "Wir brauchen in Deutschland keine Antifaschisten, keine Kommunisten, wir haben eine starke Armee, wir werden in Deutschland jede Politik ausrotten." Zit. nach ebd. S. 602.

che erschien daraufhin britisches Militär mit Panzerwagen. Der Betriebsratsvorsitzende wurde sofort verhaftet." (58) Den Kumpels blieb nichts anderes übrig, als durch gezieltes Langsamarbeiten die Entfernung wenigstens der berüchtigsten Nazisteiger zu erzwingen, und um - dies sollte nicht vergessen werden - auch die reformistischen Agitatoren für eine Wiederankurbelung der Produktion ohne Vorbedingungen seitens der Arbeiter auf Distanz zu halten.

Gleichwohl schienen den alliierten Besatzungsverwaltungen derart drakonische Vorgehensweisen gegen alle Keimformen von Arbeiteraufsässigkeit nicht ausreichend genug, um die Arbeitermassen auf Dauer als Widerstandspotential gegen die Reorganisation und Modernisierung des nazifizierten Gesamtkapitals auszuschalten. In diesem Zusammenhang haben makabrerweise gerade die weiteren Ereignisse bei Krupp Schule gemacht. Als sich nach der Übernahme der Krupp-Anlagen durch die Briten zeigte, daß der personell weitgehend unveränderte Werkschutz als Kontrollinstrument gegenüber den jetzt wieder ausschließlich deutschen Stahlarbeitern versagte, wurde er direkt dem Kommando eines Majors der britischen Armee unterstellt, in britische Uniformen gesteckt und mit automatischen Waffen ausgerüstet.(59) Als "Industriepolizei" mit allen martialischen Insignien des Ausnahmezustands und der Militärgerichtsbarkeit ausgestattet, hatte er die Funktion, jeden Anflug von Aufsässigkeit sofort und mit brutaler Härte zur Räson zu bringen. So hielten die verhaßten Werkschutztruppen der Unternehmer wieder Einzug, nur diesmal nicht nur mit dem Krupp-Emblem am Ärmel, sondern zusätzlich ausgestattet mit den Armbinden der westalliierten Militärpolizei. Für die Arbeiter hatte sich praktisch nichts geändert, mehr noch: jetzt, nach dem sang- und klanglosen Verschwinden der ausländischen Arbeitssklaven, waren sie selbst wieder in das Zentrum betrieblicher Repression hineingeraten, vor der es vorerst kein Entrinnen gab.

Nach wenigen Monaten war der Fall Krupp verallgemeinert. Die neuerliche Knebelung der Arbeiterbedürfnisse war unverschleiert erkennbar. Die "Industriepolizei" wurde zum zentralen Hebel für die Durchsetzung des restaurativen Phasenprogramms der westlichen Alliierten, der sich ziemlich schnell als wirksames Einschüchterungsinstrument erwiesen hatte und dem die gedemütigten Arbeiter hilflos gegenüberstanden. Zunächst wurden über die deutschen Polizeistellen seit Herbst 1945 "Wachmänner" zum Schutz der amerikanischen, britischen und französischen Militärstützpunkte rekrutiert und modern ausgerüstet. (60) Aus diesen Wachmannschaften, aber auch aus den

(58) G. Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet, op. cit. S. 105.
(59) Vgl. C. Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, Hamburg 1960, S. 12 f.; sowie K.-H. Kallenbach, Die Privatarmee der bundesdeutschen Industrie, in: Frankfurter Rundschau Nr. 198 v. 27. 8. 1964.
(60) Vgl. SFC Hermann DEML, Geschichte des Labor Service, Heidelberg 1953, S. 2 f.

bewußt intakt gehaltenen Wehrmachtresten wie den "Dienstgruppen" (61), dem in den "Historischen Abteilungen" der westalliierten Armeen insgeheim zusammengezogenen Generalstab der Wehrmacht sowie der militärischen Abwehr (62), wurden seit Anfang 1946 ständig neue Einheiten der "Industriepolizei" formiert. Sie stellten, bis heute noch von einem fast vollständigen Schleier der Geheimhaltung umgeben (63), zweifellos in allen drei westlichen Zonen das entscheidende Instrument für die Unterdrückung der Arbeiterautonomie und für die schrittweise Rekonstruktion des gesellschaftlichen Gewaltapparats einer fest ins westliche Bündnis eingekeilten westdeutschen herrschenden Klasse dar. Die "Industriepolizei" war ein gigantischer Pool, in dem sich die großen und die kleinen Werkschutz-, SS-, Gestapo- und Wehrmachtsoldaten einerseits vor der "Entnazifizierung" schützen, andererseits für ihre neuen Aufgaben bewähren konnten. Sie war eine Art Durchlauferhitzer, aus dem die meisten westalliierten Spezialdienste und später die Kader von Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Verfassungsschutz und politischer Polizei sowie seit 1954/55 der Bundeswehr hervorgegangen sind. (64) Der Grund ist einfach: die "Industriepolizei" war die einzige Polizeiformation der Westalliierten, die vor 1950 auf den Stützpunkten der US-Truppen eine vollständige Bürgerkriegsausbildung erhielt. Der Übergang zu den "Dienstgruppen" war fließend; feststeht, daß gerade die unmittelbar gegen die Arbeiter eingesetzten Formationen in Straßen- und Häuserkampf, in der Taktik der Besetzung von Industriezonen usw. unterrichtet und mit

(61) Zur Rolle der "Dienstgruppen" der westalliierten Besatzungsarmeen vgl. die Darstellung eines Beteiligten: F. Schulz, Dienstgruppe GCLO, GSO. Eine deutsche Nachkriegstrilogie, Bd. I, Bonn 1956; sowie die kritische Analyse von Zboralski, Zur Erhaltung deutscher militaristischer Kader nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 5, Berlin 1962, S. 387 ff.

(62) Zu diesen Komplex liegt jetzt eine geschlossene Untersuchung vor: H. Zolling, H. Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 106 ff.; die Autobiographie von R. Gehlen, Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971, S. 151 ff., ist auch hier apologetisch.

(63) Auch in spezialisierten DDR-Untersuchungen über die politisch-polizeiliche Restauration in den Westzonen wird das Thema "Industriepolizei" nur kursorisch gestreift. Die genauesten Informationen stammen von einem Beteiligten. Vgl. SFC Hermann DEML, Geschichte des Labour Service, op. cit. S. 6 f.

(64) Der typische Werdegang eines Wehrmacht-Berufsoffiziers in westalliierten Diensten zwischen 1945 und 1955/56 durchlief folgende Etappen: Industriepolizei bis 1950, 1950/51 Übernahme in die "Dienstgruppen", von da aus in die neuen westdeutschen Polizeieinheiten (Bereitschaftspolizei/Bundesgrenzschutz oder auch politische Polizei/Geheimdienste) dann Anwerbung durch das "Amt Blank" und schließlich Übernahme in die Bundeswehr. Zur ersten Phase bis 1950/51 vgl. SFC Hermann DEML, op. cit., außerdem - wenn auch zutiefst apologetisch und ins Defensive verfälschend - G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, München 1967, bes. S. 225 ff., 276, 300, 306 f.

allen Infanteriewaffen einschließlich Granatwerfern ausgerüstet wurden. (65) Die Restauration in den Westzonen vollzog sich also unter einem drakonischen Besatzungsregime, das alle wesentlichen Institutionen der Arbeiterunterdrückung auf unmittelbarer Betriebsebene aufrechterhielt. Die Arbeiter waren buchstäblich vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und in das Korsett einer vom Ausnahmezustand begünstigten und blockierten wirtschaftlichen Entwicklung eingezwängt. Daran änderte sich auch nach 1947/48, als die Einbeziehung der Ökonomie der Westzonen in die internationalisierte containment-Wirtschaft einsetzte, praktisch nichts. Die Hungerrevolten von 1947 (66) und die Ansätze zum Generalstreik gegen die Währungsumstellung 1948 (67) wurden derart systematisch unterdrückt, daß sie allenfalls den Umschlag von der selektiven Wirtschaftsblockade zur separaten westzonalen Rekonstruktion forcierten. Ein umfangreicher Aufmarsch der Besatzungsarmeen war allerdings auch in den kritischen Perioden des Kurswechsels nicht nötig. Das Bollwerk "Industriepolizei" bestand seine Belastungsprobe. Sobald die internationale Konstellation über die wirtschaftspolitische Rekonstruktionsplanung auch die separatstaatliche Rehabilitation der herrschenden Klasse zuließ, hatten die Fabrikkommandos ihre Funktion erfüllt. Die gesellschaftliche Maschinerie des Systems ging zur arbeitsteiligen Modernisierung der Klassenherrschaft über, und die Besatzungsverwaltungen zogen sich in Fabrik und Gesellschaft auf Reservepositionen zurück. Von diesen Positionen aus blieben die westzonalen Unternehmer-Marionetten freilich trotz aller wiedergewonnenen Staatlichkeit tief in die internationale containment-Strategie verstrickt. Auf jeden Fall wurde von keinem der an der Klassenkonfrontation Beteiligten - wenn man vom Arbeiterreformismus absieht - der parlamentarische Institutionenkomplex des Separatstaats sonderlich ernst genommen. Seit 1949/50 hatten die westlichen Alliierten dem Adenauerregime grünes Licht für die endgültige Stabilisierung der inneren Klassenherrschaft gegeben, die Wiederaufstellung eines kontrollierten Armeekontingents für das osteuropäische containment programmiert (68)

(65) Vgl. dazu: Merkbuch für die Industriepolizei. Verhalten bei Unruhen, Augsburg 1947; auf diese geheime Dienstanweisung wurde erstmals 1948 in einem Zeitungsartikel aufmerksam gemacht: Schwarze Garden und Industriepolizei - gegen wen? in: Tägliche Rundschau v. 14. 3. 1948.

(66) Vgl. Anm. 37.

(67) Vgl. dazu die Informationen bei A. Behrendt u. a., Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945-1966, Berlin 1968, S. 65; L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 331 f.; sowie Kritik der Mitbestimmung, op. cit. S. 91 ff.

(68) Vgl. dazu vor allem die zwei von Autorenkollektiven verfaßten DDR-Standardarbeiten: Bundeswehr-Armee für den Krieg, Berlin 1968; Polizei der BRD - Polizei der Monopole, Berlin 1972, die - abgesehen von ihrem problematischen politisch-methodischen Ansatz - jedoch einige Informationsfehler enthalten; ausführlich, aber gezielt verschleiernd G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, op. cit.; sowie von US-amerikanischer Seite vor allem W. Martin: The American Decision to Rearm Germany, in:

und gleichzeitig mit der Organisation eines geheimen militärischen Untergrundnetzes für den Fall eines größeren europäischen Kriegs mit der Sowjetunion begonnen. Mit fünfjähriger Verspätung begann sich die Nachkriegsplanung der Unternehmer und der Akteure des späten NS-Planstaats zu verwirklichen, und die Anzeichen mehrten sich, die darauf hindeuteten, es würde doch noch zu einem Affront gegen den hartnäckigen reformistischen Gebrauch des sich langsam einspielenden parlamentarisch-tarifpolitischen Institutionalismus kommen. Unter der Ägide des US-Militärgeheimdienstes und der 1950 etablierten "Bundeszentrale für Heimatdienst", dem Vorläufer des späteren "Amts Blank" (69), schossen SS-Traditionsverbände, Kameradschaften von Elitetruppen der Naziwehrmacht und militaristische Jugendverbände aus dem Boden. Vor allem beim "Bund Deutscher Jugend (BDJ)" war es offensichtlich, daß hier eine außer-institutionelle Massenbasis zur Verschleierung des Übergangs der westalliierten Hilfstruppen in die Dienste des Unterdrückungsapparats des frischgebackenen Unternehmerstaats geschaffen werden sollte. Als die Besatzungsmächte 1950/51 ihre "Industriepolizei" wieder aus den Betrieben abzogen, wandte sich die Bundesleitung des BDJ an die Ruhrindustriellen, um ihnen qualifizierte Kader für die Verstärkung ihrer vorübergehend geschwächten Werkssicherheitsdienste anzudienen; in einem entsprechenden Schreiben war das "Bundesinnenministerium als Bürge für die Zuverlässigkeit des BdJ angeführt worden" (70). Diese Offerte scheint von den Unternehmern prompt angenommen worden zu sein; anders ist die Tatsache, daß der damalige zweite BDJ-Bundesvorsitzende Hammacher heute den Posten eines Werkschutzleiters bei Mannesmann bekleidet (71) und daß ein seinerzeit durch seine BDJ-Kontakte kompromittierter Kriminalbeamter namens Sczesny gegenwärtig als Chef der Frankfurter "Werkschutz GmbH" amtiert (72), wohl kaum zu erklären. Aber der BDJ tat sich nicht nur in dieser Richtung hervor, denn bei der Rekonstruktion des Werkschutzes haben auch andere, mit ihm assoziierte Terrorverbände wie beispielsweise die in der DDR operierende "Kampfgruppe gegen Unmenschlich-

H. Stein (ed.), American Civil-Military Decisions, University of Alabama Press 1963; J. L. Richardson, Deutschland und die NATO, Köln und Opladen 1967, bes. S. 17 ff.; sowie besonders E. Willenz, Early Discussions Regarding a Defense Contribution in Germany (1948-1950), RAND-Memo. RM-698, Santa Monica/Cal. 1952.

(69) Vgl. dazu die Angaben bei Wettig, op. cit. S. 300 f.

(70) "Technischer Dienst" und BDJ (Bund Deutscher Jugend), in: Feinde der Demokratie, Hrsg. Landesbezirk Nordrhein/Westfalen des DGB, 1953, Nr. 2, S. 7.

(71) In dieser Funktion hat Hammacher seit Beginn der 60er Jahre mehrfach in der Zeitschrift "Ziviler Luftschutz" (später "Zivilschutz") über Werkschutzfragen publiziert. Vgl. auch: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 5.

(72) Vgl. beispielsweise den folgenden Artikel, den H. Sczesny der Wirtschaftszeitung "Blick durch die Wirtschaft" geschrieben hat: Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, wiederabgedruckt in dem Sammelband: Wie schütze ich meinen Betrieb, hrsg. v. J. Jeske, Düsseldorf-Wien 1973, S. 15 ff.

keit" (73), deren Sabotagechef Baitz heute den Werkschutz der Chemischen Werke Marl leitet (74), eine bedeutende Rolle gespielt. Im Hintergrund des BDJ operierte gleichzeitig ein "Technischer Dienst", bestehend aus mehreren tausend ehemaligen SS-Offizieren, der sich unter Anleitung des US-amerikanischen CIC insgeheim auf den "Fall X", nämlich die Bekämpfung von großen Arbeiterunruhen und auf Massenliquidierungen von SPD-, Gewerkschafts- und KPD-Funktionären im Fall militärischer Auseinandersetzungen vorbereitete. (75) Anläßlich der Aufdeckung des "Technischen Dienstes" im Herbst 1952 in Hessen wurde bekannt, daß es mindestens 15 weitere solcher Geheimorganisationen gab, deren Mitglieder - fast ausschließlich ehemalige Gestapo- und SS-Leute - sich auf den großen Sprung in die politischen Zentren der von Westalliierten, Unternehmern und Bundesregierung projektierten neuen Unterdrückungsinstitutionen vorbereiteten. Was dabei den Werkschutz betrifft, scheint dessen Übernahme in alleinige Unternehmerregie schon 1951 mit der Gründung der "Gesellschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft (GSW)" abgeschlossen gewesen zu sein. Denn hier brauchten bei den großen Konzernen die alten Kader nur geringfügig verstärkt und modernisiert zu werden, als sie 1950/51 den Status von Hilfstruppen der westalliierten Militärpolizei verloren. So war das Unternehmerkommando voll restauriert, nachdem es sechs Jahre lang mit der Autorität des westzonalen Besatzungsregements über die Klippen der Nachkriegsära gerettet worden war. Auch auf gesellschaftlicher Ebene sollte die große präventiv-konterrevolutionäre Mobilisierung, so wie sie Adenauer anläßlich der Neugründung der "Technischen Nothilfe" - jetzt unter dem Namen "Technisches Hilfswerk" 1951 als Schritt zum "Aufbau der inneren Front" gefeiert hatte, der die äußere Linie des kalten Kriegs wirkungsvoll ergänzte (76), nicht ohne Wirkung sein. Der bankrotte Arbeiterreformismus hatte sich mit seinen Mitbestimmungskampagnen auf eine Defensivbewegung beschränkt, die die Arbeiterbedürfnisse nicht tangierte und deshalb eine ohnmächtige Geste blieb. Und da die Arbeiter auch nicht bereit waren, den grenzenlosen Zynismus der KPD-Wiederaufbauparolen in den alles entscheidenden Nachkriegsmonaten genauso wie die Abwiegelungstaktik der Kommunisten bei den Hungerrevolten von 1947 (77) zu vergessen, blieb auch die KPD bei ihrer verzweifelten Wiedervereinigungskampagne von 1952, bei der sie mit ihrem Programm für den

(73) Vgl. dazu K. H. Roth, Die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit": Fünfte Kolonne des Kalten Krieges, in: ders. Invasionsziel DDR, Hamburg 1971, S. 85 ff.

(74) Vgl. dazu U. Sander, Menschenleben spielten keine Rolle. Die seltsame Karriere des Gerd Baitz, in: Tatsachen v. 8. 3. 1969; Das ist der Terror der Betriebs-Gestapo! in: elan-express, Dortmund, März 1971 S. 1.

(75) Vgl. dazu ausführlich: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 10 f.

(76) Zit. nach: Fünf Jahre BDI. Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes, Hrsg. BDI, Bergisch Gladbach 1954, S. 91.

(77) Über das Zurückweichen der KPD vor der Massenbewegung im Frühjahr 1947 vgl. U. Schmidt, T. Fichter, op. cit. S. 41 f.

Sturz des Adenauerregimes immerhin die Illegalisierung riskierte (78), ohne Massenbasis. Die Arbeiter waren vollständig eingekreist in das Nachkriegscontainment und sahen keine Möglichkeiten für eine autonome Entwicklung ihrer Bedürfnisse. Und so sahen auch die Unternehmer bald keinen Anlaß mehr, eine zu Beginn der fünfziger Jahre erfolgreich perpetuierte Ausbeutungsorganisation durch überproportional scharfe Angriffe gegen die Arbeiter zu forcieren. Für sie entwickelte sich die Fortsetzung des 1941/42 auf die Spitze getriebenen Mechanismus der Klassenspaltung als wirksamstes Mittel einer reibungslosen Disziplinierung. Die Ersetzung der ausländischen Zwangsarbeiter durch die Millionenmassen der freiwillig aus Osteuropa und Ostdeutschland abgewanderten Arbeiter war längst in Gang gekommen. Der Werkschutz, das "Technische Hilfswerk" und ein hinlänglich funktionierendes System schwarzer Listen reichten vorerst aus, um das, was an proletarischer Aufsässigkeit sich gegen den Rekonstruktionsboom wandte, auf eigene Unternehmerrechnung zu kriminalisieren.

(78) Dieses Programm, von dem sich die KPD übrigens nach 1956 öffentlich distanzierte, wurde von der Klassenjustiz tatsächlich als Hauptargument für die Illegalisierung benutzt. Vgl. dazu G. Pfeiffer, H.-G. Strickert, KPD-Prozeß, Bd. 1-3, Karlsruhe 1955-1956, bes. Bd. 2, S. 33 ff., 399 ff.; Bd. 3, S. 51 ff. und 581 ff., Die Entscheidung des Gerichts.

2. Der Boom

Zu Beginn der fünfziger Jahre war das Wirtschaftssystem auf allen wichtigen Ebenen des inneren Klassenwiderspruchs endgültig reorganisiert. Es war erstaunlich, mit welcher Flexibilität und Kaltschnäuzigkeit der Unternehmerstaat jetzt den lange vor dem Zusammenbruch des NS-Systems geplanten Kurswechsel auch in der internationalen Strategie vollzog und sich in die neue weltwirtschaftliche Dynamik mit all ihren begrenzten Kriegen und ihren begrenzten kontinentalen Wirtschaftsbündnissen integrierte. (79) Trotzdem war die "soziale Marktwirtschaft", jetzt fest im westlichen Bündnis eingekeilt, in vielen wesentlichen Aspekten der Klassenherrschaft kaum von der voraufgegangenen Periode zu unterscheiden. Die Modifikationen sind klar, etwa, wenn wir bedenken, daß das auf eine neue Expansion umschaltende Wirtschaftssystem mit dem Klassenantagonismus sehr viel differenzierter als vorher umgesprungen ist - und das, obwohl der Arbeiterreformismus zunächst einmal genauso ausgeschaltet blieb wie in der Zeit nach 1933. Wie war es möglich, daß ein um ein Drittel seines Potentials reduziertes Wirtschaftssystem zehn Jahre nach Kriegsschluß über eine politisch-ökonomi-

(79) Dazu zusammenfassend A. Piettre, L'économie allemande contemporaine 1945-1952, Paris o.J.; K. W. Roskamp, Capital Formation in West Germany, Detroit 1964; H. C. Wallich, Mainsprings of German Revival, New Haven 1955.

sche Macht verfügen konnte, die es ihm jetzt gestattete, die Träume von 1940 und 1941, die Träume von einer Vormachtstellung in einem Versailles endgültig über den Haufen werfenden und vereinigten europäischen Wirtschaftssystem, Wirklichkeit werden zu lassen? Und wie konnte es dazu kommen, obwohl sich das Unternehmerkommando wohlweislich davor hütete, die düsteren nazistischen Exzesse bei der Mehrwertstimulation zu wiederholen? Tatsächlich konnten viele, für die der NS-Planstaat nur eine Inkarnation von Sadismus und Barbarei gewesen war, die Kontinuität in allen wesentlichen Zusammenhängen der Klassenherrschaft, die sich da kundtat, nicht mehr begreifen. Zentrale Bedingung des Booms war die ungebrochene Handhabung eines gespaltenen Arbeitsmarktes. Bis zu Beginn der fünfziger Jahre waren 9 Millionen Flüchtlinge und Umsiedler aus den Gebieten jenseits der Elbe und jenseits von Oder und Neiße in den westdeutschen Separatstaat gekommen; sie wurden im Verlauf der fünfziger Jahre um weitere drei Millionen ergänzt. Von diesen 12 Millionen Flüchtlingen waren 7 Millionen Arbeiter. (80) Somit verfügte der westdeutsche Kapitalismus insgesamt über sieben Millionen, teilweise hochqualifizierte, zusätzliche Verkäufer von Arbeitskraft, die durch eine radikale Konfrontationspolitik des Adenauerregimes gegen Osteuropa und nicht zuletzt durch die mehr oder weniger offene Annexionspropaganda vor allem gegenüber der DDR (81) jahrelang von einer Integration in den allgemeinen und "freien" Arbeitsmarkt abgehalten werden konnten. Hierin liegt die materielle Basis für die gesamte Politik des Adenauerregimes; ihr ganzer Zynismus wird deutlich, wenn wir uns klarmachen, daß der jahrelange Gebrauch der Flüchtlinge als besonders mobiler subproletarischer Teil des Gesamtarbeiters den Verlust der Zwangsarbeitssklaven der späten NS-Ära voll zu kompensieren vermochte. (82) Verglichen mit den Verhältnissen zwischen 1941/42 und 1945 war die systematische Spaltung des Arbeitsmarkts in den fünfziger Jahren sogar noch effektiver; diesmal handelte es sich um freiwillige Arbeitsemigranten, bei denen zumindest in den ersten Emigrationsjahren der Haß auf das sowjetisierte Wirtschaftssy-

(80) Genauere Angaben über die wachstumsstimulierende Rolle des weiter gespaltenen Arbeitsmarkts macht Kinleberger, Europe's Postwar Growth. The Role of Labor Supply, Cambridge/Mass. 1967, S. 30 ff.

(81) Daß diese Propaganda tatsächlich bis tief in die fünfziger Jahre ernstgemeint war, kann heute von niemand mehr bestritten werden. Die Reintegration der DDR-Ökonomie in das westdeutsche Wirtschaftssystem war miutiös vorbereitet. Vgl. beispielsweise K. H. Roth, Der "Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands", Planungszentrale für die Annexion der DDR, in: ders., Invasionsziel DDR, op. cit. S. 15 ff., vor allem die Dokumente S. 52 ff.

(82) Über die materiellen Grundlagen der damaligen Klassenspaltung hat J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7a, S. 224 ff., einige wichtige Daten zusammengetragen. Kindleberger, op. cit. S. 30 ff., kommt zu demselben Ergebnis, wenn auch in einer anderen Terminologie.

stem in Osteuropa mit all seinen kapitalistischen Rückständigkeiten (83) eine hinlängliche Arbeitsmoral zustandebrachte. Die sieben Millionen über den staatlichen Sektor des Arbeitsmarkts den wichtigsten Industriezweigen zugeteilten Flüchtlings-Proletarier sind zum Kristallisationspunkt für die Intensivierung der Ausbeutung über den Stand von 1943/44 hinaus geworden. Sie wurden jahrelang durch weitere subproletarische Randschichten, vor allem durch Frauen und sozial entwurzelte Jungarbeiter (84), ergänzt. Dies war der entscheidende Mechanismus, durch den die westdeutschen Unternehmer, gestützt auf die systematisch betriebene Spaltung Deutschlands und eine ultrakonservative innere Politik, die Fassade des Wirtschaftswunders errichten konnten.

Auch die Produktionsstruktur wurde in den fünfziger Jahren Schritt für Schritt an die optimalen Bedingungen des Potentials an Arbeitskräften angepaßt. Seit der brutalen Liquidierung der im NS-deficitspending gemachten Milliardenschulden gegenüber den Massen im Jahr 1948 (Währungsreform) (85) war ein ungeheuer modernisiertes Produktionssystem wieder angekurbelt worden. Die militärischen Auseinandersetzungen, die alliierten Flächenbombardements und die nachfolgenden Demontagen hatten zwar die materielle Basis für eine antagonistische Klassenidentität bei den Arbeitern zerstört, sie hatten aber die Maschinenaggregate des Kapitals so gut wie ungeschoren gelassen. Der westdeutsche Werkzeugmaschinenpark gehörte zu Beginn der fünfziger Jahre noch zu den modernsten der Welt. (86) Und die 1942 einsetzen-

(83) Über die Rückständigkeit beispielsweise des sowjetischen Wirtschaftssystems hat Rita di Leo in ihrem Buch "Die Arbeiter und das sowjetische System", Trikont-Verlag, München 1973, eine interessante Erklärungshypothese vorgelegt. Problematisch ist nur, daß die Autorin dabei von der Tatsache abstrahiert, daß die Nazi-Armee bis 1944 zwei Drittel der sowjetischen Wirtschaft zerstört hatte.

(84) Eine systematische Untersuchung über die subproletarischen Schichten der Arbeiterklasse in der BRD der fünfziger Jahre gibt es noch nicht. Dabei ist selbst die Statistik eindeutig: der Anteil der Frauen, die Akkordempfänger sind, ist insgesamt etwa doppelt so hoch wie bei den Männern (September 1949), die Bruttowochenverdienste schwanken pro Wirtschaftszweig zwischen 45 und maximal 76 Prozent bezogen auf die Männerverdienste. Vgl. Wirtschaft und Statistik, NF, 2. Jg. 1950, H. 2, S. 40, H. 6. Bezüglich der Lage der Jugendlichen sei verwiesen auf: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Jugend in Westdeutschland, Hrsg. Deutsches Wirtschaftsinstitut, Berlin 1951. Auch die Gewerkschaften waren über die geringe Arbeitsmoral der Nachkriegsjugend beunruhigt und forderten integrationistische Abhilfe. Vgl. DGB-Bundesvorstand, Hauptabt. Jugend: Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Bd. I/II, Köln 1952.

(85) Über den genauen Mechanismus der Währungsumstellung vgl. V. Agartz, Wirtschafts- und Steuerpolitik, in: Referat zum DGB-Kongreß in Frankfurt/M. 1954, Sonderdruck; A. Piettre, L'économie allemande contemporaine, op. cit. S. 205 ff.

(86) Vgl. dazu ausführlich R. Katzenstein, Zur Einwirkung des zweiten Weltkriegs auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, dargestellt am Bei-

de "totale Rationalisierung" hatte die Produktionsstruktur der deutschen Industrie endgültig in eine intensive Periode der Massenproduktion und der Mechanisierung hineingebracht. Das zahlte sich jetzt aus, wenn es auch zutrifft, daß die deutschen Unternehmer in den ersten Nachkriegsjahren kurzfristig von den neuesten Umwälzungen in Chemie, Elektrotechnik und Energiewirtschaft ausgeschlossen gewesen waren. Alles in allem waren die Bedingungen jedoch optimal, um auf der Basis des Investitionszyklus von 1942-1944 die massenhafte Aneignung von unbezahlter Arbeitszeit fortzusetzen. Die Unternehmer absolvierten bis gegen Ende der fünfziger Jahre eine Periode der "Rationalisierung der Ausbeutung mit möglichst geringem Kapitalaufwand". Die Produktionsabläufe wurden weiter zerlegt, und zwar fast immer nach dem Prinzip, bei minimalem Investitionsaufwand den Sektor der mechanisierten Massenproduktion auszuweiten und gleichzeitig seitens des Gesamtarbeiters eine möglichst effektive "Leistungshergabe" zu erreichen. (87) Aufgrund der aktuellen Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse schienen im Gegensatz zum letzten Reproduktionszyklus der NS-Ära die letzten Hemmnisse für eine Intensivierung der Arbeitsleistung wegzufallen. Der Maschinenpark wurde nur insoweit ergänzt, als es erforderlich schien, um mit griffesparenden Folgesteuerungen, selbstgängigen Vorschub- und Zustellbewegungen das Maschinentempo zu steigern; jedenfalls wurden technisch längst mögliche Eingriffe zur Homogenisierung der Produktionsketten (Kopierverfahren) nur selten ausgenutzt. Das Fließband, bislang weitgehend auf die Endmontage in Elektrotechnik und Autoindustrie beschränkt, erfuhr eine massive Ausweitung innerhalb der verschiedensten Industriezweige (z.B. Lebensmittelindustrie, Versandhauskonzerne etc.); noch typischer aber war, daß in den klassischen Fließbandindustrien selber ständig neue Abteilungen an die Hauptbänder der Endmontage angeschlossen wurden (Zylinderblockmontage in der Autoindustrie). (88) Alles in allem war die Produktionsentwicklung durch das Bestreben der Unternehmer gekennzeichnet, die in der Kriegswirtschaft stabilisierten Ansätze zur Untergliederung der Arbeitsope-

spiel des Werkzeugmaschinenbaus in Deutschland bzw. Westdeutschland, in: Konjunktur und Krise, 5. Jg. 1961, H. 2, S. 113 ff.

(87) Zur Rationalisierungsbewegung der frühen fünfziger Jahre vgl. vor allem ADB-REFA-AWF (Hrsg.), Rationalisierung - 100 Beispiele aus den Betrieben, München 1955; Bordag-Wettengel, Bürgerliche Legenden vom Wesen der kapitalistischen Rationalisierung in Westdeutschland, in: JWG, 1963, T. I, S. 61 ff.; L. Brandt, G. Frenz, Industrielle Rationalisierung, Dortmund 1953; R. Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967 (enthält trotz des abschreckenden Titels wichtige Informationen); C. A. Ross, Wege und Ziele deutscher Rationalisierung, Dortmund 1955.

(88) Zur Ausdifferenzierung des Fließbandsystems in der Autoindustrie vgl. die ausgezeichnete Studie von Hammer, Vergleichende Morphologie der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie: Die Entwicklung zur Automation, Basel-Tübingen 1959.

rationen zu konsolidieren und zu verbreitern. Unter diesen Bedingungen konnte die gespaltene Handhabung des Arbeitsmarkts zur Quelle einer intensiven Spaltung und Desorientierung des Gesamtarbeiters in allen wichtigen Sektoren werden.

Nicht weniger entscheidend war der systematische produktivitätsstimulierende Gebrauch des traditionellen Arbeiterreformismus gegen die Arbeiterklasse. Die politische Arbeiterbewegung befand sich in einer desolaten Situation. Ihre institutionelle Struktur, einzige Basis jener Strategie, die Arbeiterklasse durch eine starke Einheitsgewerkschaft in einen demokratischen Planstaat hineinzunehmen, war je nach dem Primat einer äußeren West- oder Ostorientierung aufgesplittert; sie hatte mit dem Einsetzen der Verfolgungsjagden gegen interne KPD-Kader jegliche Stoßkraft verloren. Sobald die Westalliierten den Unternehmern die Bestimmung über die Strategie der Mehrwertproduktion - selbstverständlich nur im Rahmen des festgeschriebenen internationalen wirtschaftspolitischen Kontexts - wieder überlassen hatten, gingen diese kompromißlos gegen die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterinstitutionen vor. Besonders leichtes Spiel hatten sie dabei mit jenem Flügel, der durch seine zynische Beteiligung an der Westlösung und der Spaltung Deutschlands jegliche Initiative verloren hatte, um die Massenbedürfnisse in sein Modell der wirtschaftsdemokratischen Entwicklung umzuleiten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie waren bis zu Beginn der fünfziger Jahre zu einem kolossalen Monstrum degeneriert, das sowohl gegenüber den Massen wie auch gegenüber dem sich abzeichnenden Boom - der große Unterschied zu 1918! - jegliche Existenzberechtigung verloren hatte. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als jeden Brosamen, der von den Tischen der wirtschaftlichen Expansion abfiel, dankbar anzunehmen und Wartestellung zu beziehen. Gegen Ende der Weltwirtschaftskrise war ihre wirtschaftspolitische Doktrin bis an das Niveau eines Keynes herangekommen, als sie sich entschlossen, sich der Reichswehrgeneralität und danach den Nazis als Garanten der Hereinnahme der Arbeiter in einen neuen Entwicklungszyklus anzudienen: Überwindung der Krise durch öffentliche Produktion, Stimulierung der Nachfrage durch Reallohnanstieg und nachträgliche Reorganisation der Profitabilität des privaten Kapitals durch Produktivitätssteigerung und Arbeitsintensivierung - das waren damals ihre Parolen. Davon waren die einheitsgewerkschaftlichen Tagträumereien von 1945 bis 1947 in nichts zu unterscheiden gewesen; da dabei von den Reformisten außer acht gelassen wurde, daß sie ihr politisches come back nicht auf dem Rücken der Arbeiterklasse, sondern auf den Schultern der Antihitler-Armeen organisierten, war dem Hoffen auf eine gesamtdeutsch-plankapitalistische Rekonstruktion in einem wahren Staat der Arbeit ein rasches Ende beschieden gewesen. Die Konsequenz war einfach. Gewerkschaften und Sozialdemokratie gaben sich mit dem zufrieden, womit sie den Unternehmern vorerst nützlich waren: mit der Teilnahme an der Stimulierung der Arbeitsproduktivität. (89) Bald war auch nur

(89) Vgl. dazu: Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft. Entwurf einer gewerk-

die Erörterung des zentralen Bestandteils der "wirtschaftsdemokratischen" Integration der Arbeiter, des Reallohns, verpönt. Es gehörte offensichtlich zu den Intentionen des Marshallplans, daß im entstehenden westeuropäischen Bollwerk der US-Weltwirtschaft die Löhne weit unter dem US-amerikanischen (25 Prozent) und dem westeuropäischen Standard (15 bis 20 Prozent mit der größten Differenz gegenüber England) blieben. (90) Der westdeutsche Brosamen-Reformismus kalkulierte seither in diesen Dimensionen mit (91) - Dimensionen, die die übrigen herrschenden Klassen Westeuropas zehn Jahre nach ihrer Europäisierung durch die Nazi-Stiefel auf sehr viel reellere Weise ins Schlepptau der Unternehmer des westdeutschen Rumpfstaats geraten ließen. (92) Daran wurde auch von den Nachfolgern der Böckler und Schumacher nicht mehr gerüttelt. Sie begannen, auf ihre Weise die ihnen von oben zudiktierte Rolle einer Nachfolge der Halb-Einheitsgewerkschaft DAF anzutreten: keine aktive Lohnpolitik, absolutes Tolerieren der Klassenspaltung und ihrer Voraussetzung in der Zirkulationssphäre, des gespaltenen Arbeitsmarkts, vorrangige Orientierung an der Effektivierung der Ausbeutung der Arbeiter, lediglich pro-"atlantische" Kompensation und Versachlichung der NS-Arbeitsideologie. (93) Im Jahr 1950 war das "Rationa-

schaftlichen Stellungnahme, Köln 1950; sowie die diversen Rechenschaftsberichte des RKW seit Anfang der fünfziger Jahre (abgedruckt in der RKW-Zeitschrift: Rationalisierung, München 1950 ff.), in denen konstant von einer außerordentlich "rationalisierungsfreundlichen" Haltung der westdeutschen Gewerkschaften die Rede ist.

(90) Dieses Ziel wurde seit der Währungsumstellung mit aller Härte verwirklicht: "Zwar war der Preisstop mit der Währungsreform aufgehoben, doch der Lohnstop sollte noch auf Monate durch die westalliierte Administration und den Frankfurter Wirtschaftsrat aufrechterhalten bleiben. Bei einem Preisauftrieb bis zu 20 % verschlechterte sich die materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung weiter." Kritik der Mitbestimmung, op. cit. S. 92. Zur Entwicklung der Löhne vgl. J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7a, S. 205 ff., 383 ff.

(91) Allerdings wurden sie wegen der bis etwa 1954 fortdauernden innergewerkschaftlichen Flügelkämpfe in dieser Zeit noch offen diskutiert. Zu diesem Komplex wären die wichtigsten Gewerkschaftszeitschriften: Der Gewerkschafter, Jg. 1952 ff.; Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1952 ff., heranzuziehen.

(92) Dieser Zustand war praktisch seit der offiziellen Sanktionierung der Marshallplan-Strategie durch die Gewerkschaften hergestellt und seither unverändert. In den meisten kritischen Gewerkschaftsanalysen wird dies konstatiert, jedoch fast nie auf den springenden Punkt - die aktive Beteiligung an der Effektivierung der Ausbeutungsraten mittels einer neuaufgelegten "Rationalisierungsbewegung" - bezogen.

(93) Hierbei waren bezeichnenderweise Autoren und Funktionäre wie Walther Pahl in der vordersten Linie, die sich schon immer an den stärksten Bataillonen, darunter auch der nazistischen "Regierung der nationalen Erhebung", orientiert und in den Gewerkschaftszeitschriften entsprechende Propaganda betrieben hatten. Vgl. W. Pahl, Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft, in: Gewerkschaftszeitung, Nr. 17 v. 29. 4. 1933, S. 259 ff. Pahl hat bis Anfang der fünfziger Jahre ungestört in den "Gewerkschaftlichen Mo-

lisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft", die 1948 wiedergegründete Nachfolgeorganisation des "Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit" (94), zur westdeutschen "Produktivitätszentrale" der Marshallplanbehörden und der Produktivitätsorganisation OEEC der reorganisierten Weltwirtschaft weiterentwickelt worden. Der DGB und die großen Einzelgewerkschaften hatten sich daran anstandslos beteiligt, genauso, wie sie den Wiederaufbau der übrigen arbeitswissenschaftlichen Institutionen wie beispielsweise des REFA mitbetrieben hatten. (95) Mit Geldern der Bundesregierung und des Europäischen Wiederaufbau-Fonds wurden die gerade durch Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsdesaster dupierten unteren und mittleren Verwaltungskader der Gewerkschaften in Einheiten zur Stimulierung der Arbeitsleistung umgewandelt. (96) Die Zahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Ortsverwaltungsfunktionäre, die jährlich für die Teilnahme an der Arbeitsintensivierung geschult wurde, stieg bis 1956 auf immerhin 4000 an. (97) So blieb der Brosamen-Reformismus auch jetzt seiner großen historischen Linie treu, sich in ein Moment der unmittelbaren gesellschaftskapitalistischen Stimulierung des relativen Mehrwerts zu verwandeln, und das selbst dann, wenn die einkommenspolitische Integration der Arbeiter in die expandierende Kapitalbildung institutionell noch in weiter Ferne lag. Mit ungleich härteren Bandagen gingen die Unternehmer freilich gegen die KPD-Arbeiter vor. Hier gab es keine Möglichkeit, die ganze dahinterstehende Institution auf eine Wartestellung abzudrängen. Die KPD-Kader waren bis zuletzt - in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Strategie - für ein plankapitalistisches, von den Industriegewerkschaften mitgetragenes und außerhalb der Machtblöcke rekonstruiertes Gesamtdeutschland eingetreten; gerade der vereinheitlichte Arbeiterreformismus galt hier als entscheidende Neutralitätsgarantie. Wie wir schon andeuteten, hatte sich auch der KPD-Flügel der Ar-

natsheften" und anderen Gewerkschaftszeitungen für die - wieder einmal - neue Gewerkschaftslinie schreiben können.

(94) Zur Neuentstehung des RKW vgl. dessen offizielle Selbstdarstellung: Entwicklung der Rationalisierung und des RKW, in: Rationalisierung, 22. Jg. 1971, H. 5, S. 148 ff.

(95) Die Gewerkschaften waren von Anfang an mit mehreren Arbeitsdirektoren in den Institutionen des RKW vertreten (vgl. dazu Anm. 94); siehe auch: Methoden und Auswirkungen der Rationalisierung in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 11. Jg. 1960, Nr. 13, S. 21.

(96) Darüber schreibt der damalige RKW-Hauptgeschäftsführer Heinz Lübeck im RKW-Bericht 1957/58 recht offenherzig: "Ein weiterer Beweis für die große Aufgeschlossenheit gegenüber den Erfordernissen der Rationalisierung ist die positive Einstellung der maßgebenden Gewerkschaftskreise und die im Rahmen der Produktivitäts-Zuschußprogramme der Bundesregierung mit ausgezeichnetem Erfolg abgewickelten und noch in Gang befindlichen Ausbildungsprogramme der Gewerkschaften." Zit. nach: Rationalisierung, München 1958, H. 4., S. 99.

(97) Vgl.: Rationalisierung 1955/56. Rechenschaftsbericht des RKW, Frankfurt 1956, S. 43 ff.

beiterbewegung nach 1945 mit dieser Strategie zunächst konsequent vom professionellen Arbeitertypus abgewandt und seine Bereitschaft bekräftigt, den Restrukturierungsprozeß der Arbeitskraft als Grundbedingung für eine planstaatliche Konsolidierung anzuerkennen. Die Entwicklung der DDR lag denn auch ganz auf dieser Linie. (98) Aber hinsichtlich der Bundesrepublik widersprach dieses Programm den Intentionen des internationalen Kapitals; es ist klar, daß durch einen stabilisierten gesamtdeutschen Plankapitalismus mit neutralistischer Volksfronttendenz die Unterdrückung des proletarischen Kampfzyklus, wie er nach 1944/45 in ganz Europa ablief, außerordentlich erschwert worden wäre. Der KPD-Reformismus geriet notwendig in eine harte Konfrontationslinie mit der Unternehmeralternative: mit der "sozialen Marktwirtschaft", die für die Unternehmer die Fortsetzung der entscheidenden Neuerungen in der Wirtschaftspolitik der NS-Ära garantierte. Und das hatte wiederum zur Folge, daß sich konträr zur politischen Doktrin die traditionell-politischen Facharbeitergruppen erneut an der KPD zu orientieren begannen. Die Tragödie des deutschen Facharbeiters, in der NS-Ära durch 10 Millionen Arbeitsskalven gerade noch einmal verschleiert, lief erst in den fünfziger Jahren in ihrer ganzen Härte ab. Und so wie 1933 der lautlose Untergang des Millionenkolosses KPD nur einen Prozeß abschloß, der seine materielle Grundlage in der schrittweisen Eliminierung des professionellen Arbeiters aus den Produktionszentren hatte, so war auch in den fünfziger Jahren die KPD von jeglicher ernsthaften politischen Initiative entfernt. Erneut setzte eine Periode ein, wo die Facharbeiter Schritt für Schritt vor der kapitalistischen Initiative zurückwichen, die Zentren der rationalisierten Massenproduktion verließen, um in den technologisch rückständigsten Industriezweigen sowie in der Mittel- und Kleinindustrie den status quo zwischen Ausbeutungsrealität und berufsorientierter Arbeitsidentität wiederzugewinnen. Im Prozeß der Verbreiterung des Rationalisierungsbooms wurden sie dabei mehr denn je in die Ecke gedrängt. Es ist bezeichnend, daß die Unternehmer gerade in jenen Industriezweigen, wo die KPD-Arbeiter in den ersten Nachkriegsjahren stärkere Positionen errungen hatten - in der Montanindustrie -, mit Hilfe des Staats und der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" einen Investitionszyklus durchsetzten, der den Reproduktionszyklus der übrigen Sektoren weit in den Schatten stellte. (99) Im Gegensatz zur metallverarbeiten-

(98) Das schloß allerdings nicht aus, daß auch die DDR-Arbeiterklasse erst einmal eine Phase der brutalen Imitation des sowjetischen Stachanovismus durchlaufen mußte, dessen DDR-Surrogat die sogenannte Adolf-Hennecke-Bewegung war. In der Karl Liebknecht-Grube bei Ölsnitz hatte der 45-jährige A. H. im Oktober 1948 387 % des Tagessolls an Steinkohle gefördert. Der FDGB der DDR versuchte danach, ein verschärftes Arbeitstempo im gesamten Bergbau durchzusetzen. Vgl. J. Klein, Vereint sind sie alles?, op. cit. S. 394, S. 396.

(99) Über die Bedeutung des "Investitionshilfegesetzes" von 1952 für die Montanindustrie vgl. Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, op. cit.

den und Elektroindustrie war die Eliminierung des Facharbeiters im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie mit massiven technologischen Umwälzungen verbunden; Voraussetzung war die Einführung teilautomatisierter Fließprozesse und mechanisierter Abbauverfahren, um hier einen neuen, von der Maschinerie beherrschten und "entpolitisierten" Arbeitertypus durchzusetzen. (100) Und nur dieser Umwälzungsprozeß wurde durch eine selektiv bestimmte politische Repression ergänzt. Während die Klassenkonstellation allmählich ihre offen gewaltsamen Auseinandersetzungsmomente verlor, sorgte der restaurierte Unterdrückungsapparat des Unternehmerstaats dafür, daß die Umschichtung und Entprofessionalisierung der proletarischen Klassenzusammensetzung in der Montanindustrie durch zentralisierte schwarze Listen sowie durch FDJ- und KPD-Verbot massiv beschleunigt wurde. (101) So wurde die Tragödie des Facharbeiters zu einem Politikum, das die Strategie der "sozialen Marktwirtschaft" der fünfziger Jahre entscheidend bestimmte, ohne sie in ihren allgemeinen klassenpolitischen Zielen entscheidend zu modifizieren. Die Arbeiter befanden sich überall auf dem Rückzug, und da die Unternehmer keinen Anlaß sahen, einen neuen status quo vorzubereiten oder sich aufzwingen zu lassen, gingen sie überall dort, wo die Arbeiterdefensive Widerstandsformen artikulierte, mit überdurchschnittlicher Härte vor. Ein nüchternes Resümee der Klassenkonstellation der fünfziger Jahre macht klar: die oberflächlich so plump wirkende wirtschaftspolitische Strategie des Adenauerregimes war an Raffinesse nicht zu überbieten. Das Ergebnis war

S. 126 f., sowie über den Zusammenhang von Investitionsstimulierung und Reorganisation des Montankapitals H. Hennig, Entflechtung. Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen, Bern 1952.

(100) Allerdings beschränkte sich in den Stahlwerken die Teilautomatisierung auf die Begichtungsvorgänge und die Teilsteuerung des Schmelzprozesses. In den Walzwerken wurden dagegen erstmals ganze Walzenstraßen mit einer Reihe nachgeschalteter Gerüste eingeführt, die so miteinander verbunden waren, daß am Ende der Walzstraße das fertige Produkt herauskam. Zu einzelnen Beispielen vgl. F. Pollock, Automation, neubearb. Aufl. Frankfurt 1964, S. 361 f.

(101) Zur Situation und zur Unterdrückung der KPD-Organisationen in der BRD wären vor allem heranzuziehen: Die KPD lebt und kämpft. Dokumente ... 1956-1962, Berlin 1963; Dokumente der KPD 1945-1956, Berlin 1965; Freies Volk, Zentralorgan der KPD, Jg. 1949-1956, illegale Ausgabe 1956 ff.; R. Herrmann, Die Sondergerichte Westdeutschlands in Aktion, Berlin o.J.; Pfeiffer, Strickert, KDP-Prozeß, Bd. I-III, op. cit.; C. Möcklinghoff: Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP, in: Probleme des Klassenkampfs, 1972, Nr. 4. S. 113 ff.; Pfannenschwarz, Schneider, Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland, Berlin 1965; M. Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946-1963, Berlin 1963; M. Uhlemann, Der Anteil der westdeutschen Arbeiterjugendbewegung im Kampf gegen die Pariser Verträge und den Aufbau der aggressiven Bundeswehr (1954-1957), Habil. schrift Potsdam 1969; Unser Weg, Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, Hrsg. PV der KPD, 1951-1956; Vier Jahre KPD. Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Bonn o. J.

frappierend. Indem sie die internationale Nachkriegskonstellation optimal nutzten, verschafften sich die Unternehmer durch die Spaltung Deutschlands die Option auf einen jahrzehntelang gespaltenen deutschen Arbeitsmarkt à la 1941/42 bis 1944. Der Spaltungsmechanismus war derart effektiv, daß es gelang, im Rahmen einer international bestimmten Korrektur des nazistischen Va Banque die Ausbeutungsstrategie der voraufgegangenen Ära - planstaatliche Expansion ohne Hereinnahme der Klasse in die Entwicklung mittels des Reallohns - fortzusetzen. (102) Der Arbeiterreformismus wurde gleichzeitig für ein weiteres Jahrzehnt auf Wartepositionen abgedrängt und, soweit er die Ausbeutungsintensivierung zu sabotieren drohte, unterdrückt. Die mechanisierte Massenproduktion wurde weiter ausgeweitet, der Investitionszyklus jedoch nur in der Schwerindustrie gezielt als Instrument der Neuzusammensetzung der Klasse eingesetzt. Der Mechanismus der Neuzusammensetzung funktionierte relativ reibungslos. Die Millionenmassen von Flüchtlingsarbeitern lösten die ausländischen Arbeitssklaven der frühen vierziger Jahre ab; sie waren am ehesten bereit, die forcierte Arbeitsqual, den stagnierenden Reallohn und eine weitgehende Ausklammerung von den sozialpolitischen Segnungen des Planstaats kampflos zu ertragen, weil ihnen das System eine politische Alternative anbot - das roll back gegen Osteuropa -, die ihre doppelt erfahrene Deklassierung auf dem imperialistischen Lösungsweg rückgängig machen würde. Währenddessen setzten sich die Arbeiter des "freien" Arbeitsmarkts, die nach 1945 zunächst ebenfalls in alle Industriezweige zurückgekehrt waren - vor allem die Facharbeiter, die die 1939/40 neuerlich einsetzende Umwälzung der Produktionsverfahren nicht mehr miterlebt hatten, weil sie Wehrmachtssoldaten waren - aus den am weitesten durchrationalisierten Produktionszweigen ab. Dieser Desintegrationsprozeß ist wirtschaftspolitisch wie repressiv überall dort, wo er nicht zügig genug vonstatten ging, von den Unternehmern systematisch beschleunigt worden. Er führte zu einer tiefgreifenden Klassenspaltung, welche die Ausweitung der Defensivkämpfe der Facharbeiter beispielsweise in der Automobilindustrie oder auf den Werften, die unmittelbar gegen die Rationalisierung gerichtet waren, blockierte. (103) Für die Arbeiterinnen, die Jungarbeiter und die Flüchtlingsproletarier in der Massenproduktion, die allein dem System durch gezielte Kampfaktionen innerhalb der Entwicklung hätten gefährlich werden können, war die Arbeiterbewegung endgültig und für alle Zeiten diskreditiert: die Brosamen - Gewerkschaften und Sozialdemokraten -, weil sie sich anschickten, als reines Hilfsinstrument des Unternehmerkommandos zu reussieren; der KPD-Reformismus, weil sich dessen professionelle Basis den radikalisierten Ausbeutungsbedingungen in ständig neuen Fluchtbewegungen

(102) Vgl. dazu die einleitenden Bemerkungen im vorherigen Abschnitt.

(103) Vgl. dazu die Berichterstattung in der Zeitschrift "Arbeiterpolitik", Hrsg. Gruppe Arbeiterpolitik, Jg. 1951 ff.; sowie Proletarische Front (Hrsg.), Rationalisierung und Massenarbeiter, Trikont-Verlag, München 1973.

entzog, während die Flüchtlingsarbeiter, für die es vorerst kein Entrinnen von den Fließbändern gab, ihn gleichzeitig mit allen seinen propagierten Segnungen des alternativen Arbeiterstaats in der ostdeutschen Realität einer nicht weniger forcierten Ausbeutung der Klasse erlebt hatten. Die traditionelle Arbeiterbewegung war endgültig tot, und folgerichtig "entpolitisierten" sich die am meisten an den Boom geketteten Schichten der Arbeiterklasse. Freilich brachten gerade sie in Keimform jene Kampfformen wieder hervor, mit denen sich eine neu strukturierte Klasse in den Zyklen von 1926-30, 1937-39 und 1942-44 gegen das modernisierte Unternehmerkommando zu konstituieren begonnen hatte. Während die defensiven Massenkämpfe seit Mitte der fünfziger Jahre vollends abflauten, nahmen die informellen Abteilungsaktionen gegen die Arbeit - Krankfeiern, alle möglichen Varianten des Absentismus, Angriffe auf die untere Betriebshierarchie - an Intensität zu. (104) Daraus entstanden allerdings nirgends relevante Ansätze von Arbeiterautonomie - das System der "sozialen Marktwirtschaft" zögerte nicht, auf diskrete Weise die ganze in der NS-Ära entwickelte Unterdrückungsstrategie gegen die erneut aufkommenden Kampfmethoden innerhalb des Entwicklungssprungs des Kapitals ins Feld zu führen.
Mit der Übernahme der westalliierten "Industriepolizei" im Jahr 1951 hatten die Unternehmer unter Beweis gestellt, daß sie es langfristig sehr wohl für nötig hielten, den ökonomisch-repressiven Zerstörungsprozeß des politischen Facharbeiters mit Maßnahmen gegen die aus den letzten Kampfzyklen bekannte "Arbeitsscheu" der Massenarbeiterschichten zu kombinieren. Gerade während der Stabilisierung der Ausbeutungsbeziehungen nach 1950/51 waren die Werkssicherheitsdienste der Konzerne reorganisiert und erweitert worden. Die Unternehmer hatten eine panische Angst davor, die professionellen KPD-Arbeiter könnten eines Tages ihren langen Marsch aus der Massenproduktion abbrechen und zu Kristallisationspunkten von Kämpfen innerhalb der wichtigsten Expansionsindustrien werden - eine Angst, die sich weitgehend als ungerechtfertigt erwies. Die KPD-Betriebszeitungen wurden sorgfältig registriert. (105) Auf das KPD-Verbot wurde nicht zuletzt deshalb hingearbeitet, weil die Unternehmer die freiwillige und oft genug repressiv erzwungene Mobilität der professionellen KPD-Basis lückenlos erfassen und nach den ihnen genehmen Kriterien bestimmen wollten. Die stabilsten Arbeiterkader der KPD in den norddeutschen Werft- und Hafenplätzen wurden nicht nur von

(104) Vgl. dazu die verschiedenen Aufsätze über die Problematik der neuen proletarischen Kampfformen in: Arbeit und Leistung. Zentralblatt für Arbeitswissenschaft und soziale Betriebspraxis, Frechen bei Köln, Jg. 1956 ff.; sowie Sozial-Archiv, Dokumente sozialwirtschaftlicher Betriebsgestaltung, Essen 1957 ff.

(105) Exemplarisch dafür ist eine Veröffentlichung des Deutschen Industrie-Instituts, in der sämtliche KPD-Betriebszeitungen registriert und analysiert wurden: Kommunistische Betriebszeitungen. Stand und Taktik der kommunistischen Betriebszeitungsarbeit und die rechtlichen Möglichkeiten ihrer Abwehr, Köln 1956.

den Werksicherheitsdiensten, sondern von den Geheimdiensten bis hin zur "Organisation Gehlen" unterwandert; verschiedene Sabotageaktionen gegen Kriegsschiffe hatten den Verdacht aufkommen lassen, hier könnte auf der Basis einer intakten organisatorischen Struktur eine avantgardistische Artikulation der aus der NS-Ära gut bekannten neuen Kampfformen des dequalifizierten Arbeitersklaven zustandekommen. (106) Beim rigorosen Vorgehen gegen die KPD-Arbeiter hat darüberhinaus der 1953/54 relativ breit einsetzende Wiederaufbau der Rüstungsindustrien eine wichtige Alibi-Rolle gespielt. 1954 beschloß das Präsidium des "Bundesverbands der Deutschen Industrie" (BDI), die bisherigen zentralen Initiativen in Sachen Werkssicherheit besser zu koordinieren; das neu anstehende Problem der "Abwehrangelegenheiten" in der Rüstungsindustrie wurde dabei als willkommener Anlaß benutzt. Gegenüber den staatlichen Instanzen argumentierte der BDI damit, "daß eine Einschaltung staatlicher Stellen in Abwehrangelegenheiten der Betriebe, wie sie vor und während des vergangenen Krieges gehandhabt wurde, als erheblich störend empfunden werden" müsse. (107) Er habe deshalb am 11. März 1954 beschlossen, "daß 1. die Industrie den in Verbindung mit geheimzuhaltenden Fertigungen von den Auftraggebern geforderten Geheimschutz in den Betrieben in Eigenverantwortlichkeit übernimmt, 2. in die Durchführung dieser Aufgabe in der Mittelinstanz zweckmäßigerweise die Beratungsstelle für Betriebsschutz einzuschalten ist" (108). Mit dieser Beratungsstelle, der fortan der ehemalige Wehrmachtsmajor Berendsen, Prokurist im Klöckner-Konzern und CDU-Bundestagsabgeordneter (109), vorstand, war erstmals wieder ein Pool für die verschiedenen Sicherheitsaktivitäten der Wirtschaftsverbände geschaffen; die Informationsstelle der BDA, die seit 1953/54 einen "Industriewarndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit" herausgab, verfügte seither genauso wie die von allen Unternehmerverbänden getragene "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" und die "Abteilung In-

(106) Vgl. dazu die Andeutungen bei Zolling, Höhne, Pullach intern, op. cit. S. 154 ff., S. 221, wo die Aktionen dem DDR-Geheimdienst unter Wollweber zugesprochen werden.

(107) Rundschreiben des BDI v. 20. 3. 1956, streng vertraulich, Az.: Rü I/14/56/sv., zit. nach: Feinde der Demokratie, Hrsg. Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des DGB, Nr. 1, 1957, S. 3.

(108) Ebd. S. 3.

(109) Berendsen machte Ende der fünfziger Jahre noch einmal bei der Bundeswehr Karriere: 1959 wurde er zeitweilig aktiver Bundeswehroffizier. "Als Brigadegeneral und zuletzt Generalmajor war er bis zum März 1964 stellvertretender Kommandeur der 2. Panzergrenadierdivision und Stellvertreter des Chefs des Stabes für Logistik bei der NATO-Armeegruppe Mitte. Nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr zog Berendsen 1965 wieder als CDU-Abgeordneter in den Bundestag ein, wo er die Interessen des Klöckner-Konzerns wahrnimmt." (A. Charisius, J. Mader, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin 1969, S. 272). Berendsen übte dann noch einmal sein altes Metier aus, indem er in die "GSW" überwechselte.

dustrieschutz" des BDI in den "Abwehrbeauftragten" der Rüstungsunternehmen über zuverlässige Kommunikations- und Meldeposten. (110) Wie aus der Satzung der "Beratungsstelle für Betriebsschutz" hervorgeht, wurde deren Geschäftsführung das Recht zugestanden, "zur Wahrung ihrer Aufgaben in den Ländern der Bundesrepublik Landesberatungsstellen am Sitz der einzelnen Länderregierungen einzurichten" (111). Nachdem bis 1956 die Zentralisierung der Arbeiterunterdrückung in der Fabrik unter reinem Unternehmerkommando abgeschlossen war, wurde im Bundeswirtschaftsministerium ein Sonderreferat "ZS" (Zentrale Sicherheit) zur Koordinierung der Werksicherheitsorganisation der Unternehmer mit den staatlichen Geheimdiensten aufgebaut. (112)

Daß sich das Kapital beim Vorgriff auf die Abwehr- und Geheimhaltungsorganisation der Rüstungsindustrie nur eines Kniffs bediente, um den Angriff gegen die Arbeiter in alleiniger Regie zu führen und etwaige planstaatliche Abschwächungstendenzen auszuschließen, geht aus einem kurz nach der Konstituierung von der BFB herausgebrachten "Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Sabotage und Spionage in den Betrieben der Privatwirtschaft" hervor. Das Dokument belegt, daß die Unternehmer eine Homogenisierung des politischen Verhaltens der KPD-Kader mit den neuen Kampfformen der Arbeiter in der Massenproduktion befürchteten, daß ihnen also der Mechanismus der Klassenspaltung trotz aller Anfangserfolge noch lange nicht sicher genug erschien. Zunächst einmal wurde die Notwendigkeit betont, die Tätigkeit der BFB keinesfalls nur auf das Alibi Rüstungsproduktion, sondern "auf sämtliche gefährdet erscheinenden Betriebe der Privatwirtschaft im Bundesgebiet" (113) zu richten: dabei rangierten Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie sowie chemische Industrie an der Spitze der Prioritätsliste, also genau jene Zweige, in denen eine Verbindung der

(110) Allerdings sind diese "Abwehrbeauftragten" erst gegen Ende der sechziger Jahre zu den entscheidenden Säulen des kapitalistischen Arbeiterbekämpfungssystems geworden. Dazu noch weiter unten.

(111) Vgl. Auszug aus der Satzung der "Beratungsstelle für Betriebsschutz", in: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 5, § 13: "Landesberatungsstellen".

(112) Mitteilung eines höheren Angestellten der Rüstungsindustrie an d. Verf. Diese Information wird durch das geheime BDI-Rundschreiben vom 20. 3. 1956 bestätigt (vgl. Anm. 107), wo es u. a. heißt: "In der Zwischenzeit ist die Frage der Federführung auf dem Gebiet des Geheimschutzes in der Wirtschaft dahingehend gelöst worden, daß sie dem Bundeswirtschaftsministerium übertragen worden ist. Wir begrüßen diese Lösung, da vom Bundeswirtschaftsministerium als der in wirtschaftlichen Belangen fachkundigen Behörde auch in den Fragen des Geheimschutzes eine verständnisvolle Behandlung zu erwarten sein wird. Das Bundeswirtschaftsministerium ist im Einvernehmen mit den anderen Behörden mit einer Einschaltung der Beratungsstelle für Betriebsschutz (BFB) (...) einverstanden." (Ebd. S. 9).

(113) Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Sabotage und Spionage in den Betrieben der Privatwirtschaft, auszugsweise abgedruckt in: Feinde der Demokratie, op. cit., S. 6.

professionellen Defensivaktionen mit den neuen antagonistischen Kampfformen am ehesten zu befürchten war. Gerade hier kämen immer wieder Sabotageakte vor:
"1. Einzelfälle aus Gründen der persönlichen Verärgerung, denen keine besondere politische Bedeutung beizumessen ist, 2. Vorsätzliche Beschädigung aus weltanschaulicher Haltung, 3. Vorsätzliche Beschädigung, die von außen gelenkt wird." (114) Hier wurde also die Motivationsstruktur der Arbeiter für Attacken gegen die Arbeitsorganisation verwischt; gegen jede Art von Aufsässigkeit war gleichermaßen vorzugehen, hinsichtlich der Klassenzusammensetzung gab es keine Differenzierung. Den Unternehmern erschien in dieser Zeit der aufkommende neue Arbeiterradikalismus wieder einmal "kommunistisch" gesteuert, womit die Sache für sie zunächst erledigt war: "Die sich immer mehr steigernde kommunistische Parteitätigkeit, insbesondere die Schwerpunktverlagerung der Parteiarbeit in die Betriebe der Privatwirtschaft, wie sie in der Bildung von Angriffs-Büros, Sabotage-Trupps und Aktivtruppen in Erscheinung tritt, läßt es erforderlich erscheinen, daß die bedrohten Betriebe zur Unterstützung der mit den Abwehrmaßnahmen beauftragten Behörden selbst mit in die Bekämpfung der kommunistischen Bestrebungen eingreifen. Zu diesem Zweck ist die Beratungsstelle für Betriebsschutz (BFB) geschaffen worden." (115) Für jeden, der die wirkliche politische Struktur der KPD-Kader kennt, wirken diese Sätze wie eine ideologische Verteufelung; es ist bekannt, daß sich gerade die kommunistischen Kader wegen ihres Arbeitsstolzes und ihrer hohen Arbeitsmoral bei vielen Unternehmern großer Beliebtheit erfreuten - und daß diese Kader nach der Illegalisierung der Partei in vielen mittleren - und technologisch auf professionelle Arbeiter angewiesenen - Unternehmen auf der Basis richtiger gentleman-agreements untergekommen sind. (116) Und doch hat es seit Mitte der fünfziger Jahre Arbeitergruppen gegeben, die nach dem totalen Bankrott des traditionellen Reformismus in der Tat zu subversiven "Aktivtruppen" wurden. Nur hatte das alles mit dem Angriff auf den politisch-professionellen Hauptfeind nichts mehr zu tun; hier entwickelte sich ein neuer Zyklus der proletarischen Widerstandsgeschichte. Offensichtlich haben dies auch die Akteure und Agenten der BFB nach einiger Zeit begriffen, nachdem sie ihr Informationsnetz in den industriellen Ballungszentren verankert und die Werkssicherheitsdienste der Unternehmen, die Verbände des Technischen Hilfswerks, die Gewerbeaufsichtsbehörden, die Berufsgenossenschaften und die regionalen Geheimpolizeien kurzgeschlossen hatten. Ihnen schien allmählich klar zu werden, daß der Strauß mit der defensiven professionellen Ar-

(114) Ebd. S. 7.
(115) Ebd. S. 6.
(116) So berichtet ein alter Hamburger KPD-Arbeiter, daß vom Werftindustriellen Schliecker Ende der fünfziger Jahre kommunistische Arbeiter "wegen ihrer guten Leistungen" bevorzugt eingestellt worden seien. Vgl. Proletarische Front, Archiv, Protokolle von Arbeiterbefragungen der Werftindustrie.

beiterbewegung endgültig ausgefochten, aber bei den subproletarischen Pariaschichten der Fließbandsektoren und Montageabteilungen der stoffumwandelnden und stoffverformenden Industrien ein neuer antagonistischer Kristallisationspunkt im Entstehen war. Jedenfalls wurden in einer von der BFB später veröffentlichten "Sonderanweisung" zur Sabotagebekämpfung wortwörtlich die Begriffsbestimmungen aus der Anweisung von 1940 übernommen. Ein exakter Katalog jener Kampfformen, mittels welcher sich die "asozialen" Massenarbeiter der verschärften Arbeitsqual zu entziehen suchen, wird hier unter dem Begriff "Sabotage" zusammengefaßt:
"Hierzu gehören absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Belegschaft durch Flüsterpropaganda, Aufwiegelung, Aufforderung zum illegalen Streik, d.h. zu einem nicht von der befugten Organisation beschlossenen Streik usw." (117)
Lediglich der Begriff "Gefolgschaft" war durch "Belegschaft" ersetzt und damit den Zeitläufen etwas angepaßt. Sonst hatte sich nichts geändert - die Akteure der betrieblichen Repression sind gezwungen, Definitionen, die seinerzeit den ausländischen Zwangsarbeitern galten, auf die deutsche Pariaschicht der Klasse, die Frauen, Jungarbeiter und Flüchtlinge, innerhalb der Zentren der Ausbeutung anzuwenden. Inwieweit war diese Anweisung nur "vorsorglich", und inwieweit reflektierte sie eine Entwicklung, die seit Mitte der fünfziger Jahre schon eine verschwiegene Massenbasis hatte? Resultierte sie vielleicht nur aus der Bequemlichkeit der Filialleitungen des unternehmenseigenen Sicherheitsdienstes, in denen nachweislich die alten Experten der militärischen Abwehr und der Ausländerabteilung des Reichssicherheits-Hauptamts wieder Fuß gefaßt (118), die also einfach ihre alten Dienstanweisungen abgeschrieben hatten?
Solange wir nur über die reformistischen Interpretationen des Arbeiterkampfs und über einige wenige Arbeiterbefragungen und Streikanalysen aus dieser Zeit verfügen, kann diese Frage nur anhand des Materials der Unternehmerseite beantwortet werden. Hierzu mögen vor allem ein knappes Dutzend - recht schäbiger, aber informativer - juristischer Dissertationen, einige interne Unterlagen von Unternehmerseite und eine systematische Zeitungsauswertung über das Problem der sogenannten Betriebskriminalität dienen. Aus ihnen geht zunächst einmal hervor, daß seit 1950/51 in praktisch allen Großbetrieben der westdeutschen Industrie Werkschutzeinrichtungen mit enormem finanziellem Aufwand weiterentwickelt und über die "Abwehrbeauftragten" - meistens Spitzenmanager der Personalabteilung - an die "Beratungsstelle

(117) Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen (...), op. cit. S. 7 f.; vgl. Dokumentarischer Anhang, VI.

(118) Vgl.: Feinde der Demokratie, ebd. S. 9.

für Betriebsschutz" angeschlossen wurden. Sie erreichten von einer Betriebsgröße ab 500 Beschäftigten durchschnittlich ein Prozent der gesamten Belegschaftsstärke. Auf einer Jahrestagung der westdeutschen Polizeipräsidenten wurde darauf hingewiesen, daß es für den staatlichen Polizeiapparat gute Gründe gebe, sich voll mit einem derart potenten Werkschutz zu arrangieren: "er leidet teilweise nicht unter dem gleichen Personalmangel wie die staatliche Polizei; er ist auch oft in materiell-technischer Hinsicht besser ausgestattet." (119) Die Angaben, die der Referent über den Aufbau eines typischen Werkschutzapparats machte, werden durch die Daten in den erwähnten Dissertationen (120) voll bestätigt: "So ist beispielsweise in einem Großbetrieb der chemischen Industrie im Rheinland mit 36 000 Belegschaftsangehörigen folgende Werkschutzorganisation anzutreffen: Insgesamt umfaßt der Werkschutz, der einem Abteilungsleiter untersteht, rund 200 Personen. In der allgemeinen Verwaltung wird etwa ein Dutzend Kräfte beschäftigt. Es bestehen zwei Hauptabteilungen: Ordnungsdienst - ihm gehören 75 Prozent des Werkschutzpersonals an - und Ermittlungsdienst. Der Ordnungsdienst umfaßt fünf Unterabteilungen: Pförtnerdienst, Streifendienst, Verkehrsüberwachungsdienst, Werkslotsen und Waagenwärterdienst sowie Parkplatzwächterdienst. Der Ermittlungsdienst gliedert sich ebenfalls in fünf Unterabteilungen für allgemeine Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Jugend- und Frauenkriminalität, Ausweis- und Passierscheinerteilung, Wareneingangs- und -ausgangskontrolle. Nach ähnlichem Schema ist auch der Werkschutz zahlreicher anderer Großbetriebe aufgebaut." (121) Immer wieder wird auf die ungebrochenen nazistischen Traditionen der Werkschutzeinheiten hingewiesen. Die Dienstreglements stammen teilweise wörtlich aus der Zeit um 1933/34. (122) Die Ausrüstung mit Faustfeuerwaffen gilt als selbstverständlich. (123) Frappierend war - und ist -, mit welcher Unverfrorenheit die Prioritäten bei der Bekämpfung der Arbeiter gesetzt wurden. Die Identifikation politisch aktiver Gruppen, werksinterner Agitatoren, Flugblattverteiler usw. stand auch während der fünfziger Jahre in der Rangliste ganz oben; dafür hatten die Ermittlungsdienste zusammen mit einem ihm zugeordneten geheimen

(119) C. Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, op. cit. S. 50.

(120) Vgl. dazu (Auswahl) G. Beyer, Die Kriminalität in Betrieben der Schwerindustrie 1954 bis 1960, Diss. jur. Bonn 1963; D. Goos, Die Kriminalität in Betrieben der Elektroindustrie (in den Jahren 1955-1960), Diss. jur. Bonn 1963; D. Lisiecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, Diss. jur. Hamburg 1965; J. Schmitz, Die Kriminalität in Betrieben der eisenschaffenden Industrie (in den Jahren 1951-1957), Diss. jur. Bonn 1959; N. Servatius, Ursachen und Bekämpfung der Kriminalität in einem Industriebetrieb, Diss. jur. Hamburg 1964.

(121) Amelunxen, op. cit. S. 14 f.

(122) Dargestellt für die Werftindustrie bei D. Lisiecki, op. cit. S. 179.

(123) Auf ihre Existenz wird in allen erwähnten Dissertationen hingewiesen.

V-Leute-Netz zu sorgen (124), und die sofortige Entlassung der ertappten "politischen Kriminellen" war oberstes Gebot. Dasselbe galt auch für alle tätlichen Angriffe der Arbeiter gegen die untere Hierarchie sowie für alle Angriffe gegen die Arbeitsorganisation, deren tendenzieller Massencharakter so systematisch unter Kontrolle gehalten werden sollte. (125) Auch gegenüber solchen Arbeitern, die für ihre abwesenden Genossen die Stempelkarten bedienten oder an den Kontrollinstrumenten, Arbeitszeitschreibern usw. drehten, gab es grundsätzlich keinen Pardon. (126) Das Bestreben war deutlich, aus der seit Mitte der fünfziger Jahre enorm ansteigenden Insubordination gegen die Ausbeutungsbedingungen all jene Fälle, die in sich den Keim zu Abteilungsrevolten gegen die Arbeitsorganisation trugen, von der alltäglichen "kleinen" Betriebskriminalität auszugrenzen.
Wir werden am Ende dieser Arbeit das System betrieblicher Repression darstellen, so wie es der Arbeiter tagtäglich unmittelbar erlebt. Deshalb mögen hier diese wenigen Hinweise genügen, um zu zeigen, wie weit schon in den fünfziger Jahren die Organisation der kapitalistischen Werkssicherheit gediehen war. Es war schon damals derart perfekt, daß es allein durch seine Existenz die intensiven Bemühungen der Unternehmer, durch "human relations", Werkszeitungen und nicht zuletzt durch einen im Gegensatz zur KdF-Ära durchaus auch materiell abgesicherten Klimbim betrieblicher Sozialleistungen und Sozialpartnerschaft ein qualitativ neues "Kruppianertum" zu fördern (127), zur Fiktion erstarren ließ.
Was wurde aber mit jener "kleinen" Betriebskriminalität, die der Werkschutz unentwegt zutage förderte, mit den Arbeitern, die sich ein Werkstück oder ein Stück Buntmetall organisierten, um ihren Lohn aufzubessern, die zu oft krankfeierten, die ihren Urlaub auf eigene Faust verlängerten, und die über-

(124) Die "Vertrauenspersonen" als verlängerter Spitzelarm des Werkschutzes werden in vielen Arbeiten oder Darstellungen über den Werkschutz erwähnt. Sie sind meistens dem "Ermittlungsdienst" zugeordnet. Darüber heißt es beispielsweise in einem weit verbreiteten "Betriebsleiter-Handbuch": "Der Abwehrdienst muß über genaueste Kenntnisse des Personals (einschließlich der familiären Verhältnisse), zuverlässige Vertrauensleute und einen über das Werk hinausreichenden Ermittlungs- und Beobachtungsdienst verfügen. Seine Arbeit soll unbeachtet bleiben. Am besten ist es, wenn niemand im Werk weiß, wer im Abwehrdienst und für den Abwehrdienst tätig ist. Vollzugsaufgaben sind nicht Sache des Abwehrdienstes. Hier ist der Ordnungs- und Ermittlungsdienst zuständig." Betriebsleiter-Handbuch, Verlag Moderne Industrie, München 1963, S. 820.
(125) Über gewaltsame Angriffe seitens der Arbeiter gegen Betriebshierarchie und Werkschutz vgl. D. Beyer, op. cit. S. 90, 109 f., N. Servatius, op. cit. S. 17; es gibt viele weitere Beispiele in der in Anm. 120 aufgeführten Literatur.
(126) Dazu Einzelheiten bei D. Goos, op. cit., und J. Schmitz, op. cit. S. 23 ff.
(127) Eine ausgezeichnete Studie zum Verhältnis von Unternehmer-Werkszeitungen und "human relations" stammt von Kauders, Westdeutsche Werkszeitungen und ihre Rolle als Instrument zur Verbreitung der "human relations" in den Monopolbetrieben nach 1945, in: JWG, 1960 T. II, Berlin 1961, S. 9 ff.

haupt die Arbeit satt hatten, gemacht? Gegen sie wurden exakt die in der NS-Ära entwickelten Methoden, abzüglich natürlich der "Vernichtung durch Arbeit" in den Arbeitserziehungslagern und der Gestapo-Keller, angewandt. Legitimiert wurden sie durch die "Arbeitsordnungen", die genauso wie die Werkschutzreglements, um einige Passagen des Betriebsverfassungsgesetzes angereichert, in vielen Fällen aus der NS-Ära stammen. Die "kleine Betriebskriminalität" wurde, einmal aufgedeckt, vom Werkschutz als quasi staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsbehörde vor die "Betriebsgerichte" gebracht. In praktisch allen Großunternehmen wurde die anno 1934 im "Gesetz über die Ordnung der nationalen Arbeit" legalisierte Betriebsjustiz wieder eingeführt. (128) Die personelle Zusammensetzung hatte freilich gewechselt: dem "Gericht", dem im Fall der Montanmitbestimmung meist der Arbeitsdirektor vorsitzt, gehören paritätisch Mitglieder der Unternehmensleitung und des Betriebsrats an. Ihre Funktion war, die überhandnehmende "kleine Betriebskriminalität" des neuen, entprofessionalisierten Arbeitertyps betriebsintern zu ahnden, dessen "asoziale Grundströmung" in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wieder derart anwuchs, daß bei einer grundsätzlichen Einschaltung des staatlichen Justizapparats die Werkshallen ziemlich bald leer gewesen wären. (129) Hier konnten denn auch die auf allen gesellschaftlichen Ebenen abgehalfterten Gewerkschaften bei der Strafzumessung - von der Verwarnung über die Geldbuße bis zur fristlosen Entlassung - (130) wieder zum Zuge kommen. Im Hüttenwerk Oberhausen (Hoag) beispielsweise war das Werksgericht vor allem durch die Initiative des ersten westdeutschen gewerkschaftlichen Arbeitsdirektor, Strohmenger, eingerichtet worden. Das war, Strohmenger zufolge, notwendig geworden, weil die durch die Mechanisierung des Produktionsflusses ihrer traditionellen Antreiberautorität entkleideten Werkmeister und -Obermeister mit den "Verfehlungen" des neuen Arbeitertyps nicht mehr fertig werden konnten. Seither arbeiteten unter "Strohmengers Vorsitz (...) im Oberhausener Disziplinarausschuß sechs Vertreter der Werksleitung und des Betriebsrats Hand in Hand. Ein Sachbearbeiter der Personalabteilung vertritt nach dem Muster ordentlicher Gerichte die Anklage, während Betriebsratsvorsitzender Heinrich ('Hein') Verhoeven, 51, und zwei weitere Betriebsräte die Angeklagten verteidigen." (131)

(128) Vgl. dazu: Proletarische Front, Archiv, 2.4.3. - Betriebsgerichte, Betriebsstrafen usw.; sowie W. Harbeck, Probleme der Betriebsgerichtsbarkeit, Hamburg 1969; Herschel, Betriebsbußen. Ihre Voraussetzungen und Grenzen, Köln-Berlin-Bonn-München 1967.

(129) So die offizielle Begründung von Unternehmerseite, mit der im allgemeinen die Institution des "Betriebsgerichts" begründet wird!

(130) Über die "Strafmaße" vgl. Harbeck, op. cit. S. 76 ff.; Herschel, op. cit. S. 56 ff.

(131) Zit. nach: Betriebsjustiz - Das Werksgericht, in: Der Spiegel, 1959, H. 1, S. 24.

Wie diese Verteidigung aussah, daß sie sich ebenfalls als Teil im großen Räderwerk der Arbeiterdisziplinierung begriff, daraus machte der Betriebsratsvorsitzende kein Geheimnis: "Der Betriebsrat sieht die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses ein. Wir wollen im Werk nur anständige, pflichtbewußte und fleißige Kollegen beschäftigen. Für faule Köppe ist auch der Betriebsrat nicht zu haben." (132) In diesen zynischen Sätzen deutet sich erstmals die große spätere kapitalistisch-gewerkschaftliche Einheitsfront gegen den Massenarbeiter an. Sie beschränkte sich zunächst auf die rein betriebliche Ebene; die Institution der Betriebsjustiz war bis Ende der fünfziger Jahre auf praktisch alle westdeutschen Großbetriebe ausgeweitet. Aber sie war immerhin schon akzentuiert genug, um die allmähliche Schwerpunktverlagerung im kapitalistischen Gegenangriff gegen die Arbeiter ahnen zu lassen. Der Zusammenbruch des gespaltenen Arbeitsmarkts, die zunehmende soziale Integration eines Teils der repetitiven Bandarbeiter, der osteuropäischen Flüchtlinge, war nicht mehr aufzuhalten. Von der Arbeiterseite her schien der Boom gegen Ende der fünziger Jahre seine Grenze erreicht zu haben. Schon lange dachten die Kapitalisten wieder an eine Verbreiterung ihrer innerbetrieblichen Unterdrückungsbasis. Die Zeit schien reif, um die seit 1952/53 in Expertenkreisen geführten Diskussionen über eine Erweiterung des Werkschutzes und über die Einbeziehung der gesamten unteren Betriebshierarchie in das Werkssicherheitssystem aufzugreifen. Allenthalben holten die einschlägigen Experten ihre Erfahrungsbericht über das Zusammenspiel von "Werkschutz" und "erweitertem Werkschutz" bzw. "Werkluftschutz" aus den Schubladen hervor. (133)

(132) Ebd.

(133) Vgl. beispielsweise: Erfahrungen im Werkluftschutz. 1. Wie es war und wie es sein soll, in: Ziviler Luftschutz, 1953, H. 6, S. 131 ff.; 4. Folgerungen für den Aufbau eines Industrie-Luftschutzes, ebd. H. 12, S. 286 ff.; H. Kreis, Erfahrungen im Werkluftschutz, ebd. Jg. 1953, H. 1, S. 8 ff.; H. 2, S. 35 ff.; H. 3, S. 67 ff.; H. 4, S. 87 ff.; H. 5, S. 112 ff.; ders., Eingreifreserven für den Werkluftschutz? ebd. Jg. 1954, H. 10, S. 231 ff.; W. Meendsen-Bohlken (Admiral a. D.), Grundfragen über die Durchführung eines Industrieluftschutzes, ebd. Jg. 1954, H. 11, S. 255 ff.; H. J. Hütten (Polizeioberstleutnant i. R.), Erfahrungen im Werkluftschutz. Der Werkluftschutzplan, ebd. Jg. 1956, H. 5, S. 154 ff.; Schmidle (Major der Schutzpolizei a. D.), Werkluftschutz aus der Schau der Dienststelle eines Befehlshabers der Ordnungspolizei, ebd. Jg. 1957, H. 11, S. 296 ff.

3. Die präventive Einkreisung der Arbeiterautonomie in den sechziger Jahren

Dessen ungeachtet sollte sich die wirtschaftliche Expansion vorerst weiter beschleunigen. Der zweite große Investitionszyklus der Nachkriegsära, Ende der fünfziger Jahre mit voller Wucht einsetzend, hatte eine radikal veränderte Ausgangsbasis. So komplex dieser Mechanismus bei oberflächlicher Analyse wirken mag, so eindeutig ist trotzdem sein zentraler Ausgangspunkt. Er bestand in dem Versuch, durch die Forcierung der bislang auf die Montanindustrie beschränkten wirtschaftspolitisch-europäischen Blockbildung - natürlich innerhalb der atlantischen Grenzen von Bretton Woods - den Zusammenhang von gespaltenem Arbeitsmarkt und Spaltung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß um praktisch jeden Preis aufrechtzuerhalten.
In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre waren sich die meisten Kapitalisten klar geworden, daß es nur noch eine Frage der Zeit war, wann die auf der Spaltung Deutschlands begründete Handhabung eines staatlich gelenkten Markts an Flüchtlingsarbeitern gegen den Markt der "freien" Arbeiterklasse ihre Funktion vollends verlieren würde. Es war schon lange nicht mehr möglich, die ostdeutschen und osteuropäischen Emigranten konfliktlos zu getthoisieren, an die schlechtesten und monotonsten Arbeitsplätze zu stekken und unter dem durchschnittlichen Reproduktionsniveau zu halten. Die Flüchtlinge, die anfänglich ohne Zweifel sich durch die Hoffnung auf das große roll back hatten hinlänglich disziplinieren lassen, hatten längst begonnen, sich in den westdeutschen Arbeiteralltag zu integrieren - für den Unterneh-

merstaat ein durchaus alarmierendes Ereignis. Gerade weil sie mit dem traditionellen Arbeiterreformismus nichts mehr verband, revoltierten sie gegen Arbeitsplätze und Arbeitsrhythmen, die von der Durchschnittsarbeitskraft zwar ein paar Jahre ertragen, aber keinesfalls als jahrzehntelange Existenzbedingung hingenommen werden können. Vor allem die Flüchtlingsarbeiter unterminierten gegen Ende der fünfziger Jahre die Sozialleistungspolitik der Konzerne auf geradezu spektakuläre Weise, indem sie deren reallohnsteigernde Effekte jetzt auch für sich reklamierten; sie waren die erste Schicht der Klasse, die sich weigerte, den integrationistischen Effekt, der in der Kluft zwischen Tariflöhnen und betriebsspezifischen Effektivverdiensten angelegt ist, anzuerkennen. Seither begann sich der Widerstand der Arbeiter wieder zu homogenisieren. Wie die schleswig-hosteinischen Metallarbeiterstreiks von 1956/57 drastisch demonstrierten - das Ziel der Arbeiter war vor allem Legalisierung des sich verstärkenden Absentismus (134) -, war knapp zehn Jahre nach der Einleitung des Booms dessen zugrundeliegende Ausbeutungsbasis gründlich ins Wanken gekommen.
Die westdeutschen Unternehmer hatten also einigen Anlaß, die Mitte der fünfziger Jahre in Gang gekommenen Verhandlungen über eine west- und mitteleuropäische Wirtschaftsintegration voranzutreiben. Lange vor der offiziellen Sanktionierung der Existenz zweier deutscher Staaten und damit der Unmöglichkeit, den Boom weiter durch den Raubbau an ostdeutscher Arbeitskraft zu speisen, wurden die Weichen gestellt, um den bruchlos über die NS-Ära hinübergeretteten gespaltenen Arbeitsmarkt erneut auf einer supranationalen Basis zu reorganisieren. Die Entwicklungsstrategie der süd- und südosteuropäischen Peripherieländer wurde an die Dispositionen der mitteleuropäischen Kapitalzentren gekettet - ein Prozeß, dessen stabilisierenden Effekt auf die Profitrate in den reifen kapitalistischen EWG-Ländern (forcierter Kapitaltransfer zwischen den Zentren, Unterordnung der Kapitalbildung der Peripherie an die Exportstrategie der Zentren und totale Ausplünderung des Arbeitsmarkts der Peripherie zugunsten der Zentren) wir an dieser Stelle sicherlich nicht erst zu beweisen haben. (135) Wir brauchen uns genauso-

(134) Bei den Metallarbeiterstreiks von 1956/67 ging es vor allem um die Beseitigung der "Karenztage", d.h. der ersten drei Tage nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, für die es kein Krankengeld gab. Zum Verlauf der Streikbewegung vgl. H. Berger, Neue Methoden im Schleswig-Holstein-Streik, in: Die Quelle, 8. Jg. 1957, H. 1; S. Braun, Kampf um den Status der Arbeiter, in: Sozialistische Politik, 3.-4. Jg. 1956/57, Nr. 12/1; Der Streik der Arbeiter um einen neuen sozialen Status, ebd. Jg. 1957, Nr. 3, S. 2; Der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, in: Dokumentation der Zeit, Berlin 1957, Nr. 136, 137, 139; R. H. Kalbitz, Biographie über den Streik der IG Metall in Schleswig-Holstein 1956/57. Unveröff. Dipl. arbeit Bochum 1969. Zur damaligen Unternehmerstrategie gegen den Absentismus vgl. G. E. Stammitz, Was kann der Betrieb gegen die Scheinkranken unternehmen? in: Mensch und Arbeit, 1959, H. 4.

(135) Wir verweisen lediglich auf eine kürzlich erschienene Arbeit, die sich mit

wenig darüber auszulassen, daß bis heute im Rahmen der EWG in der Tat nur ein wirtschaftspolitischer Hebel wirklich voll funktionierte, nämlich die Rekrutierung der an die EWG "assoziierten" Arbeiterklasse der Peripherieländer zugunsten der gespaltenen Arbeitsmärkte in den Schaltzentren des am weitesten entwickelten europäischen Kapitals. (136) Schließlich wäre daran zu erinnern, daß selbst die nichtprofitable Sphäre des deutschen gemischten Wirtschaftssystems seit 1956/57 sich als ganz bewußt gehandhabtes Instrument zur Regulierung des gespaltenen Arbeitsmarkts entpuppte, sobald der Ausbau der westdeutschen NATO-Armee in allen seinen Phasen an die Effektivität der Neuzusammensetzung der Klasse angebunden worden war. (137) Somit war vom westdeutschen Unternehmerstaat lange vor dem spektakulären Berliner Mauerbau vom August 1961, der die alten Mechanismen des Booms weithin sichtbar blockierte, ein neuer Reproduktionszyklus eingeleitet. Die ostdeutschen und osteuropäischen Flüchtlingsarbeiter wurden durch süd- und südosteuropäische Arbeitsemigranten ersetzt. Noch vor dem Mauerbau 1961 hatte ihre Zahl schon die Millionengrenze überschritten. (138) Zuerst wurden die Lücken, die der Rückzug jetzt auch der Flüchtlingsarbeiter von den Fließbändern der mechanisierten Massenproduktion in Auto-, Elektro- und Lebensmittelindustrie sowie in den traditionellen Schwerarbeit-Sektoren Bergbau, Gießereien und Tiefbau geschaffen hatte, durch die qualifizierte Schicht arbeitsloser Metallarbeiter aus Italien und Spanien gestopft. (139) Aber es zeigte sich bald, daß in den arbeitsintensivsten Sektoren der Endmontage bei weiterer Zerlegung der Arbeitsoperationen und der Einführung neuer Lohnanreizsysteme auch die völlig unqualifizierte industriell-agrarproletarische Reservearmee des europäischen Südens ausgebeutet

dem Verhältnis von Arbeitsemigration und EWG-Entwicklung auseinandersetzt: M. Nikolinakos, Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus, Reinbek 1973.

(136) Vgl. in diesem Zusammenhang die Untersuchungen in dem von J. Cuisenier und R. Aron hrsg. Buch: Problèmes du développement économique dans les pays méditerranéens, Paris-Le Haye 1963; sowie G. Kade, G. Schiller, Gastarbeiterwanderungen - ein neues Element in der Wirtschaftspolitik der Mittelmeerländer, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1969, Bd. 102/I, S. 333 ff.; M. Nikolinakos, Die systemstabilisierende Funktion der Auswanderung in den Emigrationsländern, in: links, Offenbach 1972, Nr. 36, S. 9 ff.

(137) Zu den damaligen kapitalinternen Diskussionen über den Zusammenhang von Remilitarisierung und Arbeitsmarkt vgl. vor allem G. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik. Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft 21, Witten und Berlin 1966, S. 127 ff., 161 ff.

(138) Und zwar war ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr (1959) im Jahr 1960 um 69,2 Prozent angestiegen. Vgl.: Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1961, Beilage zu Nr. 4/1962 der ANBA, S. 7.

(139) Vgl. die Angaben über die Ausländerquoten in den einzelnen Industriesektoren in: Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer. Jahresberichte 1967, S. 10; 1969, S. 12, 1970, S. 9.

werden konnte. (140) Die neuerliche Umstrukturierung der Klasse gerade in den arbeitsintensivsten Zweigen der Massenproduktion hatte weitreichende Konsequenzen. Ihre ausgeklügelte Isolierung von den übrigen Schichten des Gesamtarbeiters, die sich bis hin zu einer die NS-Methoden verfeinernden Ausländergesetzgebung niederschlug (141), war für die Unternehmer eine entscheidende Garantie, um im zweiten großen Expansionszyklus die gesamte industrielle Zweigstruktur umzuwälzen. Denn sie war nichts anderes als eine Option auf die optimale Steigerung des relativen Mehrwerts in einem stetig wachsenden Sektor des Produktionspotentials, dessen technologische Struktur seit der Rationalisierungsperiode der zwanziger Jahre zwar im Sinn der Steigerung der Ausbeutungsraten und der Reorganisation der Arbeitsplätze mit vormechanisierter Handarbeit effektiviert, aber keinesfalls durch kapitalintensive Innovationen umgewälzt worden war. Bei AEG, Daimler Benz, Ford, Opel, Siemens usw. liefen die Fließbänder unverändert seit über 30 Jahren. Kapitalintensive Neuerungen gab es nur insoweit, als sie - das Paradebeispiel sind die seit den fünfziger Jahren eingeführten Transferstraßen - unumgänglich waren, um immer neue Abteilungen wie beispielsweise die Zylinderblockmontage in der Autoindustrie an die Hauptmontagebänder anzuschließen und das Fließbandprinzip in Bereiche vor der Endmontage zurückzuverlagern. Wertmäßig ausgedrückt unterblieb also ein nennenswerter Zuwachs in der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Im Gegenteil: es gelang den Unternehmern, durch die systematische Ausschaltung aller Poren des Arbeiteralltags - mittels der berüchtigten Kleinstzeitverfahren und deren Kopplung mit einer ausgeklügelten Lohnhierarchie - (142) sich ein ständig steigendes Quantum unbezahlter Arbeitzeit anzueignen - und das in einer Konstellation, wo in der Endmontage gleichzeitig jeder abträgliche Effekt im Verhältnis von konstantem und variablem Kapital auf die Mehrwertrate ausgeblieben war! Das Resultat war eindeutig. Die zweite Phase des Booms wurde gespeist von der systematischen Überausbeutung einer stetig wachsenden Pariaschicht der Arbeiterklasse in den Montagesektoren der Massenproduktion. Die südosteuropäischen Arbeitsemigranten, genauso wie

(140) Vgl. beispielsweise W. Scholten, Die Beschäftigungsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD, Diss. Bochum 1968; allgemein auch: S. Geiselberger (Hrsg.), Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter, Frankfurt 1972, S. 62 ff.

(141) Zur Handhabung der Ausländergesetzgebung vgl. F. Franz, Die Rechtsstellung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: E. Klee, Gastarbeiter. Analysen und Berichte, Frankfurt 1972, S. 36 ff.; D. Peters, Ausländische Arbeiter in der BRD, Stuttgart 1970; G. Weißmann, Kommentar zum Ausländergesetz, Berlin 1966.

(142) Vgl. dazu: Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD, in: Probleme des Klassenkampfs, Berlin 1974, H. 4 und 5; sowie: Neue Methoden zur Steigerung der Arbeitsintensität in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 1965, Nr. 15.

die deutschen Arbeiterinnen und ein erheblicher Anteil dequalifizierter deutscher Handwerker, Bergleute usw., durch einen ungeheuer differenzierten Mechanismus der Klassenspaltung von den übrigen Schichten der Klasse isoliert, haben mit ihrer Arbeitskraft die Bedingungen für eine in ihrer Gesamtheit ungeheuer kapitalintensive Reorganisation der industriellen Zweigstruktur geschaffen. (143)
Seit Ende der fünfziger Jahre nahm der Umwälzungsprozeß des Gesamtkapitals gigantische Ausmaße an; er wurde von den Profiten der mechanisierten Massenproduktion gespeist. Die ungeheuer angestiegenen Mehrwertmassen der mechanisierten Endstufen des Gesamtproduktionsprozesses wurden dazu benutzt, um in den stoffgewinnenden und stoffumwandelnden Grundstoffindustrien eine äußerst kapitalintensive Restrukturierung der Arbeitsorganisation durchzusetzen. In der chemischen Grundstoffindustrie, der Mineralölindustrie und in der Eisen- und Stahlindustrie wurden jetzt in voller Breite teilautomatisierte und verfahrenstechnisch geschlossene Produktionsverfahren eingeführt. Es handelte sich um einen Prozeß, der schließlich auch die klassischen Investitionsgüterindustrien angefangen vom Maschinenbau bis zum neuen Computersektor des Elektrokapitals entscheidend revolutionierte. (144) Selbst in solchen Industriezweigen, deren Produktionskette arbeitsintensive Montageprozesse im Sinn des Fließbandprinzips nicht zuließ, wie z.B. in Teilen der Textilindustrie, in der Druckereibranche und in vielen Zweigen der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie, wurde die lebendige Arbeit als unmittelbar mit dem Maschinensystem verbundene Produktionsbedingung Zug um Zug beseitigt. Sie hatte den Produktionsfluß nur noch zu überwachen, Instandhaltungsfunktionen zu verrichten oder an numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen beschränkte Zubringerdienste zu leisten. Indem der kapitalistische Gebrauch der Maschinerie in den neuen Sektoren die manuelle Produktionsarbeit eliminierte und die Vergegenständlichung von lebendiger Arbeit auf Überwachungs- und Reparaturtätigkeiten in Ausnahmefällen degradierte, setzte ein sehr widersprüchlicher Sprung im Verhältnis von Kapital und Arbeit ein, der im Vergleich zur Rationalisierungsperiode

(143) Hierzu gibt es eine unübersehbar gewordene Literatur. Wegen ihrer konkreten Informationen seien empfohlen: Automatisierung. Stand und Auswirkung in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom RKW, München 1957; R. Katzenstein, S. Liebe, Zu einigen Entwicklungstendenzen der volkswirtschaftlichen Strukturen in Westdeutschland und anderen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern, in: Konjunktur und Krise, 1968, H. 2; Methoden und Auswirkungen der Rationalisierung in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 1960, Nr. 13.

(144) Dieser Prozeß wird in folgenden Arbeiten systematisiert: F. Pollock, Automation, op. cit. Praktische Beispiele zur Automatisierung aus der Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich und Italien, Hrsg. RKW, München 1959; H. W. Zimmermann (Hrsg.), Aspekte der Automation, Basel-Tübingen 1959.

seit den zwanziger Jahren gedrängt und konzentriert verlief. (145) Einerseits wurden im Verlauf dieser Umwälzung die meisten professionellen Arbeiterschichten, die sich bislang erfolgreich aus den wachsenden Sektoren der mechanisierten Massenproduktion abgesetzt hatten, unter das Kommando einer weitgehend geschlossenen Arbeitsorganisation gebracht, welche jetzt auch ihnen Arbeitstempo und Arbeitsverhalten bis in die letzten Details zudiktierte; langfristig gesehen war es mit dem zäh verteidigten status quo zwischen kapitalistisch gehandhabtem Maschinensystem und dem bewußten Gebrauch der Arbeitskraft durch den qualifizierten Arbeiter vorbei. Andererseits waren die Unternehmer in den teilautomatisierten Industriezweigen wegen der hohen Störanfälligkeit der Aggregate und der enormen Höhe der in ihnen fixierten Kapitalwerte auf ein diszipliniertes, produktionsbewußtes Arbeiterverhalten angewiesen - ein Tatbestand, der sich rasch in der Anwendung entsprechend orientierter Entlohnungskategorien niedergeschlagen hat. (146) So wurden die teilautomatisierten Grundstoffindustrien und die stoffumformenden Industriezweige in den sechziger Jahren zu einem neuen Experimentierfeld für einen differenzierten status quo, der den deutschen Arbeitern und den enorm anwachsenden technischen Kadern zunächst erhebliche Konzessionen machte - trotz analytischer Arbeitsplatzbewertung und neuer Prämienlohnsysteme verfügte die Hoffnung auf ein neuerliches "upgrading" der traditionell qualifizierten deutschen Arbeiterschichten zunächst über eine gewisse materielle Basis. (147) Das gilt ganz besonders für die Wartungs- und Reparaturhandwerker, bei denen ein produktionsorientiertes und "pflichtbewußtes" Verhalten gegenüber der Maschinerie wieder zur essentiellen Vorbedingung für die Kontinuität der Produktionsabläufe wurde, ohne daß sich eine entscheidende inhaltliche Requalifizierung in den Arbeitsinhalten erkennen ließ.
Wir können zusammenfassend feststellen, daß die Arbeiterklasse mehr noch

(145) Vgl. die Auseinandersetzung über die "downgrading"- und "upgrading"-Theorien in der Automationsliteratur bei Pollock, op. cit.

(146) Und zwar in der Einführung von Prämienlöhnen. Vgl. dazu vor allem: F. Bösherz, Die Praxis der Prämienentlohnung, Baden-Baden und Bad Homburg 1968; W. Braun, Grenzen traditioneller und Bedingungen moderner Leistungsentlohnung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 36. Jg. 1966; H. Schönefeld, Beitrag zu Grundsatzfragen der Leistungsentlohnung vorzugsweise bei mechanisierter und teilweise automatisierter Fertigung, Diss. TH Aachen 1963; sowie als neue Untersuchung G. A. Koch und andere, Veränderung der Produktions- und Instandhaltungstätigkeiten in der industriellen Produktion. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6, Hrsg. RKW, Frankfurt 1971, S. 132 ff.: Auswirkungen technischer Veränderungen auf Arbeitsbewertung und Entlohnung.

(147) Und das erklärt auch die kontroversen Auseinandersetzungen über dieses Problem in den sechziger Jahren: vgl. Anm. 145. Heute sind die Fronten eindeutig geklärt.

als in den fünfziger Jahren im vergangenen Jahrzehnt entlang einer Trennungslinie, die bruchlos vom neuerlich gespaltenen Arbeitsmarkt bis in die Fabrikhallen reichte, aufgesplittert war. In den technologisch stagnierenden und arbeitsintensiven Montage- und Verpackungssektoren der Massenproduktion wurde der in seiner sozialen Zusammensetzung zweimal umgeschichtete Massenarbeiteranteil am Gesamtarbeiter schrittweise zu beidhändig tätigen Arbeitsaffen degradiert; die Sektoren, in denen die Mehrwertraten absolut und relativ stiegen, wurden ständig ausgeweitet - exemplarisch hierfür ist die Entwicklung in der Werftindustrie. Das hatte zur Folge, daß in den letzten verarbeitenden Zweigen des gesamten Produktionsflusses bei steigender Arbeitsintensität die organische Zusammensetzung des Kapitals mindestens stagnierte, wenn nicht überhaupt bis etwa 1961/62 zurückging.(148) Und das war der Grund, warum die Unternehmer in den vorgelagerten Produktionsphasen massive Investitionen für einen neuerlichen Entwicklungssprung tätigen konnten, welche den Anteil an lebendiger Arbeit zu einem Anhängsel der Verfahrenstechniken reduzierten und einen neuen status quo mit wichtigen Schichten der an die Wand gedrängten deutschen professionellen Arbeiter herbeiführen sollten. Die Unternehmer blieben ihrer mehr als dreißig Jahre alten Klassenstrategie gegenüber dem Gesamtarbeiter treu: eine flexibel gehandhabte und ständig umgeschichtete Pariaschicht der Arbeiterklasse wurde rigoros und kompromißlos ausgebeutet, wobei es egal war, ob es sich um weibliche Arbeiter - die berühmten "Zehnjahresmädchen" der Leichtlohngruppen -, um ausländische Arbeiter oder um dequalifizierte ältere deutsche Arbeitergruppen handelte. Das gesamte wirtschaftspolitische Repertoire auch der späten Adenauer-Ära war darauf ausgerichtet, diese Schicht kompromißlos zu unterdrücken, ihre Reproduktionskosten so niedrig wie möglich zu erhalten und jede Tendenz zur Stimulierung der Produktivität durch "aktive Lohnpolitik" weiter zu desavouieren. Auf dem Rücken dieser Pariaschicht wurde sodann der status quo mit den übrigen Schichten der Klasse so flexibel wie möglich gehandhabt, um jeden Ansatz zur geschlossenen Klassenkonfrontation unmöglich zu machen. Allerdings wurde gerade in dieser Phase bei den traditionellen deutschen Facharbeiterschichten genauso wie bei den neuen technischen Angestelltengruppen jegliche langfristige Widerstandslinie endgültig untergraben. Daß der konsequente unternehmerische Gebrauch der teilautomatisierten Produktionssysteme im Bedarfsfall ebenfalls das Arbeitstempo bei den Kontroll-, Steuer- und Mehrstellentätigkeiten enorm zu steigern vermag, sollte sich erst in der Periode nach der Krise von 1966/67 erweisen.

(148) Dies ist eine Hypothese, die sich auf die wichtigsten Arbeiten stützt, welche über die wirtschaftliche Expansion in der BRD geschrieben worden sind. Es gibt aber keine exakte Analyse, die etwa der Untersuchung von Kuznets über die US-Ökonomie ebenbürtig wäre. Vgl. Kuznets, Capital in the American Economy, New York 1961.

Es ist bezeichnend genug, daß sich der auf Wartepositionen abgedrängte Arbeiterreformismus erneut konfliktlos mit den hier skizzierten neuen Strukturen des Unternehmerkommandos zu arrangieren verstand. Während die IG Metall ihren anläßlich der baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks von 1963 gestarteten Versuch, den Reallohn endgültig zum reformistischen Stachel der Kapitalbildung zu machen und somit dem gemischten Wirtschaftsystem seinen letzten Schliff zu geben, rasch wieder aufgab (149), kündigte sie gleichzeitig mit einer Serie von Automationskonferenzen ihre Anwartschaft auf eine angemessene Beteiligung bei der Revolutionierung der Ausbeutungsstrukturen an. (150) Sie setzte voll auf das "upgrading" der Arbeiterklasse beim Übergang zur Automation - selbstverständlich nur hinsichtlich der professionellen Restgruppen bei den deutschen Arbeitern. (151) In der Tat war die endgültige Transformation der Arbeitsbedingungen der professionellen Arbeiterschichten ein delikates Thema. Denn es bedurfte nicht erst einiger "kulturpessimistischer" Analysen in Sachen Automation, um zu begreifen, daß die von den Unternehmern aus Gründen der Produktivitätssicherung so dringend benötigte Ideologie des "upgrading" der deutschen Instandhalter-, Reparatur- und Mehrstellenarbeiter eine Fata Morgana war. (152) Umso verständlicher, daß sich die Gewerkschaften, die seit den sechziger Jahren nur noch in diesen Arbeiterschichten verankert waren (153), für eine entsprechende materielle Basis dieser Ideologie starkmachen würden - im andern Fall würde die Klassenspaltung unterhöhlt und die Folgen unabsehbar. Mit der stillschweigenden Beteiligung an der Stimulierung der Produktivität via RKW war es nicht mehr getan. Nur stießen die Gewerkschaften vorerst weiter auf taube Ohren. Ihre Initiative schien trotz vielfältiger Lobes-

(149) Vgl. dazu die informative, wenn auch institutionssoziologisch kopflastige Arbeit von D. Noé, Gebändigter Klassenkampf. Tarifautonomie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Konflikt zwischen Gesamtmetall und IG Metall vom Frühjahr 1963, Berlin 1970.

(150) Vgl. dazu die bislang erschienenen Protokollbände: G. Friedrichs (Red.), Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA, Frankfurt 1963; ders.: Automation, Risiko und Chance, Bd. I/II, Frankfurt 1965; ders.: Computer und Angestellte, Bd. I/II, Frankfurt 1971.

(151) Vgl. dazu die Referate von IG Metall-Funktionären in den verschiedenen Protokollbänden; sie sprechen eine deutliche Sprache.

(152) Das geht unzweideutig aus den Publikationen in den einschlägigen Fachzeitschriften über diese Frage hervor: wo kein materieller "Aufstieg" mehr winkt, werden stattdessen die Register der Sozial- und Organisationssoziologie gezogen. Vgl.: Arbeit und Leistung, Jg. 1967 ff.; Mensch und Arbeit, Jg. 1967 ff.; Rationalisierung, Jg. 1967 ff.

(153) Belegbar ist dies durch die enormen Unterschiede in der Gewerkschaftszugehörigkeit je nach Industriesektoren. Vgl. darüberhinaus R. Schmidt, E. Becker, Reaktionen auf politische Vorgänge, Frankfurt 1967, II: Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, S. 67 ff., wo nur die professionellen Arbeiterschichten sich mit der Politik der IG Metall bei den Streiks von 1963 auseinandersetzen. Das "Desinteresse" des Massenarbeiters wird natürlich entsprechend denunziert.

hymnen auf ihre prinzipielle "Rationalisierungsfreundlichkeit" (154) verfrüht. Zwar hatte es seit Ende der fünfziger Jahre einen nur notdürftig verschleierten Zyklus von Abteilungskämpfen gegeben, der in teilweise heftige Konfrontationen mit den Werkschutz- und Polizeieinheiten der Länder ausgeartet war. Zwar waren die individuellen Kampfformen - Krankfeiern und Absentismus, kleine Betriebs"kriminalität" usw. - in einem für die Unternehmer erschreckenden Ausmaß angestiegen. (155) Zwar wußte der Manager einer norddeutschen Werft zu konstatieren, daß sich an der Bereitschaft der Hafen- und Werftarbeiter, zu klauen, was nicht niet- und nagelfest war, nichts geändert hatte - die Entschlossenheit zur notfalls handgreiflichen Auseinandersetzung mit der Meisterhierarchie und den Werkschutzleuten war eindeutig gestiegen. (156) Aber trotzdem hatten die Unternehmer Anlaß genug, sich bis auf weiteres gelassen zu geben. Sie hatten auf die zunehmende Kampfbereitschaft in den Montageabteilungen ihrer diversifizierten Konzerne mit der Neuzusammensetzung des Gesamtarbeiters geantwortet, und der Effekt war nicht ausgeblieben. 1959/60 hatte es einige bedrohlich zugespitzte Arbeiteraktionen gegeben - so bei VW in Hannover, wo die deutschen Bandarbeiter nach einer offenen Revolte gegen das Fließband zu Hunderten ihren Arbeitsplätzen den Rücken gekehrt hatten. (157) Und gerade bei VW hatte sich dieser Kampfzyklus in einer für die Unternehmer vorteilhaften Weise wiederholt: die italienischen Arbeiter, die sich jetzt - 1962 - gegen die Bänder auflehnten, blieben von den deutschen Arbeitern isoliert, ihre "Rädelsführer" wurden kurzerhand verhaftet und abgeschoben. (158) Dergleichen war in Dut-

(154) Vgl. beispielsweise die laudatio auf den früheren DGB-Vorsitzenden Rosenberg in der RKW-Zeitschrift "Rationalisierung": "Die Herauslösung der Rationalisierungsarbeit aus der Sphäre der gefühlsbetonten Ablehnung durch die Arbeitnehmer ist nicht zuletzt ein Verdienst von Ludwig Rosenberg. In seinen modernen und gewiß undoktrinären Anschauungen von der Wirtschaftspolitik bedeutet Rationalisierung sehr viel mehr als technische oder organisatorische Maßnahmen in den Einzelbetrieben (...). Diesen modernen Geist der deutschen Gewerkschaften verkörpert Ludwig Rosenberg in hohem Maße." Persönliches: Ludwig Rosenberg zum 60. Geburtstag, in: Rationalisierung, 14. Jg. 1963, H. 6, S. 148.

(155) Vgl. dazu die Artikel in den einschlägigen Zeitschriften "Arbeit und Leistung" und "Mensch und Arbeit" bis Anfang der 60er Jahre!

(156) So sagte ein Werft-Manager zu einem Werkschutz-Doktoranden während eines Interviews: "Werft- und Hafenarbeiter können alles gebrauchen, sie klauen alles; sie würden auch die Schiffe mitnehmen, wenn diese nicht zu groß und zu schwer wären. Das größte Verbrechervolk treibt sich im Hafen herum. Das Unternehmen und auch der Staat sind dagegen machtlos." D. Lisiecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, op. cit. S. 141.

(157) Vgl. die Berichterstattung über die Hannoveraner VW-Streiks in der Regionalpresse Hannovers, September 1959; sowie PF-Archiv, Kämpfe der westdeutschen Automobilarbeiter.

(158) Dazu L. Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland, Berlin 1970, S. 183 ff.

zenden anderer Betriebe passiert - jegliche Ausweitung der Kämpfe unterblieb, die Nationalität der Emigranten wurde etwas genauer zur Spaltung eingesetzt, unqualifizierte Bauern-Proletarier aus Südosteuropa und der Türkei wurden nachgeschoben. Aber abgesehen davon hatte der reorganisierte Spaltungsmechanismus ausgezeichnet funktioniert. Die deutschen professionellen Arbeiterschichten waren froh, der Monotonie der Bänder entronnen zu sein, und gaben sich vorerst mit der kapitalintensiv reorganisierten eigenen Ausbeutungssituation zufrieden, soweit sie nicht überhaupt die Chance wahrnahmen, auf Kosten der Arbeitsemigranten in der Betriebshierarchie aufzusteigen und Sonderprämien für besonders scharfe Geschwindigkeiten an den Bändern zu kassieren. Alles in allem fühlten sich die Unternehmer noch souverän genug, um jeden Ansatz von Arbeiterautonomie ohne größere gewerkschaftspolitische Beteiligung einzukreisen und zugrundezurichten.
Anfang der sechziger Jahre setzte bei der herrschenden Klasse eine neue Diskussion über die strategischen Grundlinien ihres Kommandos über die Arbeiter ein. Sie wurde auf praktisch allen Ebenen, von der Generalität der restaurierten Armee über Geheimdienste und Polizeiapparat bis hin zu den unternehmeseigenen Industrieschutzzentralen, mit einer bemerkenswerten Intensität geführt. (159) Bei allen Beteiligten stand die Frage im Vordergrund, welche unmittelbaren wie langfristigen Konsequenzen sich aus dem beschleunigten wirtschaftlichen Wandel und der rapiden sozialen wie geographischen Umstrukturierung der Arbeiterklasse für die Kontinuität und Effizienzerhaltung der Herrschaftsmaschinerie des vergesellschafteten Kapitals ergeben würden. Einige entscheidende Bezugspunkte zur damaligen Konstellation des "atlantischen" Systems führten dazu, daß diese Auseinandersetzung zu einem bemerkenswert homogenen und rasch verwirklichten Reorganisationsprojekt des Klassenkommandos führten.
Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand eine im allgemeinen überraschend realistische Analyse des mit ungeheurer Vehemenz ablaufenden sozialen Umwälzungsprozesses. Es wurde konstatiert, daß die soziale Konzentration der ausgebeuteten Klassen weiter fortgeschritten war. Die Zentren der mechanisierten Massenproduktion waren mit den Zentren der multinationalen Neuzusammensetzung der Klasse weitgehend identisch: in einer den US-amerikanischen "stripe cities" analogen Zuordnung von Produktion, Reproduktionssphäre und Transporttangenten reichten sie von Braunschweig/-Salzgitter/Wolfsburg über Hannover, Ostwestfalen, Ruhrgebiet, Niederrhein, Rhein-Maingebiet, Rhein-Neckargebiet und Stuttgart sowie Göppingen bis nach München. Hier waren die ausländischen Arbeiter seither am stärksten konzentriert, mit einer Fluktuationsrate von ca. 30 Prozent äußerst mobil, gleich-

(159) Vgl. dazu: BDI-Jahresberichte, 1960/61, 1961/62, 1962/63; BDI-Mitteilungen 1960-1963; DIHT (Hrsg.): Notstandsvorsorge als Aufgabe der Wirtschaft, Bonn 1962; Wehrkunde, Jg. 1960 ff.; Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1960 ff.; Ziviler Luftschutz (später: Zivilschutz), Jg. 1960 ff.

zeitig optimal ghettoisierbar und somit je nach den Expansionsrichtungen der mechanisierten Massenproduktion leicht zu verschieben. Dadurch wurde die noch 1960 wirksame Tendenz, die Fließbandproduktion in Gebiete mit besonders hoher struktureller deutscher Arbeitslosigkeit zu verschieben (z.B. Opel-Zweigwerk in Bochum, VW-Zweigwerk in Emden), entscheidend abgeschwächt. (160) Von großer Bedeutung war in diesem Zusammenhang, daß der Expansionsprozeß der neuen teilautomatisierten grundstoff-und stoffumwandelnden Industrien und somit der über die Mechanisierung hinaus strukturierten deutschen Arbeiter- und Technikerschichten sich um die genannten Produktionszentren derart gruppierte, daß diese durch das produktionstechnisch bestimmte Übergewicht der Transporttangenten und der Energieversorgung stärker als in den Jahrzehnten zuvor ineinander übergingen. Es steht außer Zweifel, daß diese strukturell-geographische Zusammenballung der neu zusammengesetzten Arbeiterklasse auf der Kapitalseite den optimalen Verwertungskriterien eines von wenigen diversifizierten Unternehmensgruppen beherrschten Produktionsflusses vom Grundstoff bis zum Endprodukt entsprach. Aber hinter vorgehaltener Hand wurde von den Unternehmern gleichzeitig über immense neue Probleme der Kontrolle über die Gesamtarbeitskraft gemunkelt. Von einer politischen Arbeiteropposition, die sich traditionellen Strategien gemäß organisierte, war nirgends mehr, auch in der Montanindustrie nicht, etwas zu spüren. Das klassische "politische" Arbeiterbewußtsein, das sich an einer klaren gesellschaftlichen Strategie orientierte, war atomisiert und im aktuellen Porzeß der Neuzusammensetzung untergegangen- die Unternehmer ließen sich dies in dieser Zeit von allen Seiten attestieren. (161) Dafür hatten sich die neuen Probleme des unmittelbar am Widerstand gegen die Arbeitsorganisation ansetzenden Arbeiterverhaltens erheblich zugespitzt. Während die deutschen professionellen Arbeiter der teilautomatisierten Industrien den Kampf um den neuen status quo aufnahmen oder im Verlauf der Zunahme der ausländischen Arbeiter endgültig zu Vorarbeiter- und overlookposten avancierten, kamen die mobilen Massenarbeiterschichten der mechanisierten Massenproduktion auch nach der Niederschlagung ihrer Kampfansätze zu Beginn der sechziger Jahre nicht mehr zur Ruhe. Die Untersuchungen darüber, daß die jüngsten, am wenigsten qualifizierten und ständig fluktuierenden Massenarbeiter eine sich stetig verschlech-

(160) Zur regionalen Wirtschaftsstruktur und Klassenzusammensetzung der BRD mit ihren Folgen für die Stabilität der Klassenherrschaft vgl. vor allem E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme unserer Verteidigung, in: Zivilschutz, 1964, H. 6; Düren, Wirtschaftliche Aspekte der Verteidigung, in: Wehrkunde, 1964, H. 5; K. Seemann, Gedanken zur Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1963, H. 11.

(161) Am repräsentivsten ist die im Rahmen des RKW-Projekts "Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland" von H. Kern und M. Schumann verfaßte Studie: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I/II, Frankfurt 1970.

ternde Arbeitsmoral aufwiesen, sind in den sechziger Jahren Legion. (162) Die Gefahr war groß, daß sich dieses Verhalten auf die um ihren Status kämpfenden Stammarbeiter der Konzerne ausweiten würde, die gerade auf breiter Ebene zu Reparatur-, Instandhaltungs- und Mehrstellenarbeitern umqualifiziert wurden. Auf jeden Fall waren neue Eindämmungsmaßnahmen nötig, die über das bislang Übliche hinausgingen, es war einfach "ein Unterschied, ob es sich um eine Stammbelegschaft mit gesunden und politisch unbedenklichen Auffassungen handelt oder um eine Belegschaft, die infolge hoher Fluktuation keine innere Bindung zum Werk hat und deshalb illegalen politischen Tendenzen zugänglicher ist" (163). Und da es Betriebe mit "unbedenklichen" Stammbelegschaften kaum mehr gab und stattdessen die Zusammensetzung des Gesamtarbeiters sich mehr als bisher an den unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Produktion innerhalb der Unternehmen festmachte, war eine derart simple Trennung der Arbeiter in gut und böse nicht mehr ohne weiteres möglich. Es wurde damals in vielen Betrieben üblich, krankfeiernde Arbeiter durch Werkschutzleute kontrollieren zu lassen. (164) Der Werkschutz ging dazu über, auf die ansteigende Betriebs-"Kriminalität" härter denn je zu reagieren. Die Handhabung der Stempeluhren, der Akkordzettel usw. wurde in vielen Betrieben reorganisiert. Der betriebsinterne Pförtner-, Ordnungs- und Streifendienst wurde ausgeweitet, um jegliche Kommunikation der Arbeiter untereinander und jedes auch nur kurzfristige Verlassen der Arbeitsplätze zu unterbinden.
Schon in Verdachtsfällen wurde es üblich, selbst bei deutschen Arbeitern Haussuchungen durchzuführen. (165) Die ausländischen Emigrationsarbeiter wurden auch auf gesellschaftlicher Ebene von ihren deutschen Klassengenossen isoliert, in den Wohnheimghettos wurde eine neue Aufseher- und Kaposchicht herangezüchtet, die unmittelbar an die Werkschutzeinheiten angeschlossen war, jede minimale Tendenz zur Aufsässigkeit unter Kontrolle hielt und stillschweigend denunzierte. Die Ermittlungsdienste des Werkschutzes expandierten, ihre Funktion war klar und unzweideutig festgelegt: mittels eines kriminaltechnisch perfektionierten Überwachungssystems von der Einstellung bis zur Entlassung die Kollektivierung der neuen Kampfformen zu unterbinden. Im Oktober 1964 hielt die "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" eine zweite Informationstagung ab, bei der Referate über "moderne Methoden der Sabotage", über den "illegalen Streik, Mißbrauch und Abwehr", sowie "die Abwehr verdeckter Kampfmethoden im Betrieb in

(162) Vgl. dazu die Jahrgänge 1962-1965 von "Arbeit und Leistung" sowie "Mensch und Arbeit".
(163) Zit. nach GSW (Hrsg.), Werkschutz. Aufbau und Aufgaben, Körbecke-Möhnsee o. J., S. 10.
(164) Vgl.: Deutsches Institut für Betriebswirtschaft (Hrsg.), Fehlzeiten im Betrieb, Düsseldorf-Wien 1962, S. 88.
(165) Dies berichten alle Autoren der Werkschutz-Dissertationen in ihren Untersuchungen (vgl. hier Anm. 120).

politischen Spannungszeiten" im Zentrum der Diskussionen standen. (166) Im Zusammenhang damit wurde von der GSW ein überarbeiteter "Einsatzplan für den Fall eines wilden Streiks" herausgebracht, eine unmittelbare Antwort auf die fortschwelenden Abteilungskämpfe, deren Stoßrichtung grundlegend für die Unterdrückungstaktik in den späteren Jahren war. Dieser Plan sah die Besetzung aller neuralgischen Betriebspunkte durch Werkschutzeinheiten im Fall sich ausweitender Abteilungsaktionen vor, die Kommandoverhältnisse wurden reorganisiert und erste Ansätze zu einer gewaltsamen Bekämpfungsstrategie schon auf Abteilungsebene festgelegt. "Führungskräfte" sollten fortan "in ihren Abteilungen bleiben". Die "Sicherheitsbeauftragten" sollten sofort Kontakt mit der politischen Polizei und den Landesämtern für Verfassungsschutz aufnehmen, um "bei Feststellung von Schreihälsen und Rädelsführern sofortiges Eingreifen der Betriebsleitung" vorzubereiten: "Hinweis auf Verstoß gegen Arbeitsordnung, gegebenenfalls Heranziehung des Werkschutzes", und, last not least: "Verbindungsaufnahme mit IG Metall, Gewerkschaftsvertreter auffordern, eindeutige Stellungnahme gegen die wilden Streiks herbeizuführen" (167). Es ist bezeichnend, daß diese Richtlinien, die sich von den Anweisungen der fünfziger Jahre durch ihre Präzision deutlich unterschieden, in modifizierter Form in den Streikbekämpfungsrichtlinien der größten Branchenverbände der Unternehmer wiederzufinden sind. (168)

Die Reorganisation des Werkschutzes in diesen Jahren war somit alles andere als Routine. Der Kampf gegen die proletarische "Sabotage" der Arbeitsorganisation war kein Programmpunkt mehr, sondern alltägliche Realität geworden. Und dabei wurden wieder einmal die ausländischen Arbeiter als kritische Punkte der Arbeitsmoral lokalisiert; das war nichts anderes als der Versuch, die Abhängigkeit des zweiten Investitionsbooms von den Mehrwertmassen, die in steigendem Umfang dem multinationalen Massenarbeiter der mechanisierten Massenproduktion abgepreßt wurden, repressiv zu stabilisieren. In allen Diskussionen der Unternehmer geriet das Problem des Kommandos über die Emigrationsarbeiter in den Vordergrund. Der Autor eines Pamphlets über die präventive Unterdrückung eines proletarischen Partisanenkriegs in der BRD wollte sie allein als "Minderheiten, die in bezug auf

(166) Vgl. Protokoll über die zweite Informationstagung der GSW am 6. und 7. 10. 7. 10. 1964 in Essen, abgedruckt in: G. Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen, Köln 1969, S. 221 f.

(167) Abgedruckt als Anlage zu: GSW-Mitteilungen, Essen/III. Hagen 31, Postfach 615, 1964.

(168) Vgl. beispielsweise: Merkblatt für die aktive betriebliche Streikabwehr, hrsg. vom Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie, o. O. 1963, mit Anlage: Einsatzplan im Streikfalle; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Rundschreiben Nr. 70/1964: Verbandssolidarität und wilde Streiks. Aufgaben der Arbeitgeberverbände; Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände; Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V., Arbeitskampfrichtlinien, 1963.

verdeckte Kämpfe diesen Namen verdienen", gelten lassen. "Unter ihnen befinden sich ohnehin zahlreiche Kommunisten, und am Wohlstand nehmen sie hier wegen des nach Haus geschickten Geldes nur zur Hälfte teil (...). Außerdem haben zahlreiche Griechen und Spanier unter ihnen mehr Erfahrung im verdeckten Kämpfen - allerdings auch in deren Abwehr - als die ganze illegale KPD zusammengenommen." (169) Ein anderer Autor wies darauf hin, daß trotz rigoroser Selektionsmaßnahmen seitens der westdeutschen staatlichen Anwerbungsbüros in den Emigrationsländern in einer "Warnkartei",der "Zentralkartei für nichtdeutsche Arbeitnehmer in München",allein "50 000 Personen registriert" würden, "von denen Vorstrafen oder politische Unzuverlässigkeit bekanntgeworden sind" (170). Aber auch von den Sicherheitszentralen der Unternehmer wurde immer wieder auf die Notwendigkeit einer lückenlosen Überwachung durch den Werkschutz hingewiesen, um "abgesehen von der bedenklichen ideologischen Beeinflussung" der Emigranten "im Sinne des kommunistischen Klassenkampfes (...) Unruhestiftung, Panikmache, Ausspähung und Sabotage im Betrieb" anzugreifen. (171) Schließlich konfrontierten die Unternehmer auch den militärischen Planungsapparat mit der Frage, welche strategischen Ziele gegen die Arbeitsemigranten im Fall zugespitzter innerer Unruhen - massenhafte Abschiebungsaktionen oder zwangsweise Internierung - zu formulieren seien. (172)
Die Arbeitsemigranten waren so seit den sechziger Jahren - zusammen mit ihren "asozialen" deutschen Klassengenossen - in der Massenproduktion Hauptfeind Nummer eins geworden. Schon 1964 wurden gegen sie 60 000 Werkschutzleute, straff reorganisiert, mit automatischen Handfeuerwaffen ausgerüstet und technisch höher qualifiziert als die staatliche politische Polizei, mobilisiert. (173) Auch in vielen mittleren und kleineren Betrieben waren die Zeiten, wo dequalifizierte ältere Arbeiter in die Werksicherheitsdienste abgeschoben wurden, allmählich vorbei. Dessenungeachtet müssen wir konstatieren, daß eine sehr viel weitergehende Energie und ein enormer materieller wie personeller Aufwand zwecks äußerer Einkreisung des latent "empfindlichen Punkts" in der gewandelten Klassenzusammensetzung aufgeboten wurden. Seit den sechziger Jahren nahmen die seit langem diskutierten Pläne Gestalt an, in Modifikation der seit 1941/42 gehandhabten Praxis einen

(169) E. Grimmel, Partisanen im Schwarzwald? Bremen 1964, S. 18.
(170) L. Heinrichs, Ratgeber für den Werkschutz, Dreieck-Verlag, Wiesbaden o. J., S. 72.
(171) GSW: Werkschutz, Aufbau und Aufgaben, op. cit. S. 36.
(172) Offensichtlich wurde darüber bis heute kein klarer Standpunkt erreicht. Vgl. H. Wagner, Gastarbeiter im Konfliktfall. Keiner geht ran, in: Dialog, Jg. 1972, S. 58 ff.
(173) "In aller Stille hat die westdeutsche Industrie in den letzten Jahren eine straff organisierte 'Privatarmee' aufgebaut, die heute rund 60 000 gut ausgebildete, zum Teil mit automatischen Waffen ausgerüstete und oft sogar kriminalpolizeilich geschulte Männer umfaßt." Kallenbach, Die Privatarmee der bundesdeutschen Industrie, in: Frankfurter Rundschau Nr. 198 v. 27. 8. 1964.

unternehmerloyalen Teil der deutschen Arbeiterschichten an der Umklammerung der neuerlich aufkeimenden Aufsässigkeit in der mechanisierten Massenproduktion zu beteiligen. (174) Vor allem in den "kritischen" industriellen Ballungszentren wurde dieser Prozeß enorm forciert. Er stellte den Versuch dar, die deutschen Instandhaltungs- und Reparaturarbeiter sowie die Vorarbeiter und Arbeitssicherheitsorgane der mechanisierten Massenproduktion in einer Art Neuauflage des "erweiterten Werkschutzes" von 1943/44 als Hilfstruppen der Werkschutz-"Elite" zu rekrutieren. Auf eine effektive Tarnung - sie beschränkte sich allenfalls auf die Verschleierung als "Industrieluftschutz" seit 1961/62 als "Werkselbstschutz" (175) - wurde bemerkenswert wenig Wert gelegt. Der "Werkselbstschutz", von dem "Gastarbeiter" unbedingt fernzuhalten waren (176), ist in den 1963/64 herausgegebenen "Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft" des Industrieschutz-Ausschusses des BDI (177) in aller Offenheit als erweiterte Hilfsorganisation des Werkschutzes aufgeführt. (178) Das genaue Studium dieser Pläne wie auch der Ablauf verschiedener Übungseinsätze in Konzernen des Ruhrgebiets gegen Mitte der sechziger Jahre (179) lassen keinen Zweifel an der Stoßrich-

(174) Sie kristallisierten sich um das Projekt, zur Ergänzung des "Werkschutzes" eine Hilfstruppe aus unternehmerloyalen Arbeitern, den "Werkselbstschutz", aufzubauen, von der alle renitenten und vor allem ausländischen Arbeiter ferngehalten werden sollten. Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag, Jahresbericht 1962, zusammengefaßt in dem Artikel: Verteidigungswirtschaftliche Fragen im Tätigkeitsbericht des DIHT für 1962, in: Zivilschutz, 1963, H. 4, S. 127 ff. Vgl. auch Kohnert, Werkselbstschutzmaßnahmen in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Gedankliche Grundlagen der BDI-Druckschriften, in: Zivilschutz, 1964, H. 10, S. 333 ff.

(175) Die Planung zur Reorganisation des "erweiterten Werkschutzes" in Westdeutschland hat eine lange Vorgeschichte. Vgl. dazu K. H. Roth, Gewerkschaften und Werkselbstschutz, in: Atomzeitalter, Frankfurt, Jg. 1966, S. 415 ff.; ders.: Vom "Industrieluftschutz" zum "Werkselbstschutz". Zur Methodik der "Gleichschaltung" der Arbeiterklasse seit 1933, Hrsg. SDS-Landesverband Hamburg in Zusammenarbeit mit dem RSB Hamburg, Hamburg 1968.

(176) So explizit gefordert in: Arbeitskreis des Bundesverbands der Deutschen Industrie (Hrsg.), Vorschläge für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzkräften gemäß § 24 des Entwurfs zum Selbstschutzgesetz. Zweite Empfehlungen, Drucksache Nr. 72, Juni 1964, S. 10.

(177) Entfällt.

(178) Vgl. ebd.; vgl. auch die "ersten" und "dritten" Empfehlungen: BDI, Ausschuß Industrieschutz (Hrsg.), Erste Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft, BDI-Drucksache Nr. 64; Arbeitskreis des BDI, Anleitung für eine Werkbeschreibung. Dritte Empfehlungen, Drucksache Nr. 73, 1964. Über den Zusammenhang von Werkschutz und Werkselbstschutz äußert sich auch N. Hammacher, Gedanken und Anregungen für den Aufbau einer Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben, in: Zivilschutz, 1963, H. 5, S. 159 ff.

(179) Vgl. K. Kullmann, Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen

tung des Projekts: über die Hierarchie der Unteroffiziere der Produktion hinaus eine breitere Schicht der deutschen Arbeiter für die Unterdrückung des multinationalen Massenarbeiters zu mobilisieren. Gleichzeitig sollten dadurch die Reparatur-, Instandhaltungs- und Steuerungsarbeiter der außerordentlich störanfälligen teilautomatisierten Industriekomplexe über den Umweg "Werkselbstschutz" wieder mit dem Produktionsziel identifiziert werden. Die expandierenden Strukturen des repressiven Unternehmerkommandos waren in allen wesentlichen Aspekten auf die Akzentuierung des Spaltungsmechanismus der Arbeiterklasse angelegt. Das war der ökonomisch-politische Inhalt der damals ausufernden Selbstschutz- und Katastrophenschutzpläne, während die aufkommende neue Linke sich viel zu sehr auf die Kritik der institutionellen Strukturen konzentrierte. (180)
Mehr noch als die präzisierte Rekonstruktion des Unternehmerkalküls gegen die Arbeiter à la 1942/43 stand in den sechziger Jahren die äußere Einkreisung der aufkeimenden Arbeiterautonomie im Vordergrund. Es ist wahr, daß die Unternehmer wie nie zuvor die "Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben" (181) forcierten, daß sie eine erweiterte Reproduktion der Kampfformen der Arbeiter in der Schlußphase des Nationalsozialismus präventiv blockieren wollten. Das Geschütz, das sie auffuhren, war in der Tat schweren Kalibers. Der "Diebeskummer", die Furcht, die neuen Kampfformen könnten außer Kontrolle geraten, ging um, je größer die ausländischen Arbeiterkontingente wurden. Die Forderungen, die beispielsweise eine Zeitschrift der Rüstungsindustrie aufstellte: "1. Dem industriellen Werkschutz könnten polizeiliche, auf das betriebliche Areal begrenzte Befugnisse und Rechtspflichten zugewiesen werden (...). 4. Suspendierung des Streikrechtes sowie tariflicher Arbeitszeit- und Kündigungsregelungen für Werkschutzangehörige wäre unerläßlich. 5. Erwähnung verdienen ferner ein allgemein verbindliches Disziplinarrecht (...). 6. Schließlich wäre noch an die Rekrutierung von Hilfskräften in Analogie zu den Helfern des freiwilligen Selbstschutzes zu denken" (182) - waren alles andere als papierene Parolen. Sie demonstrierten eine politische Linie gegen die Arbeiter, die deren reformistische Integration in das Wirtschafts-

Objektschutzes als Teil der "Inneren Verteidigung" in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Jg. 1969, S. 1068 ff.

(180) Vgl. beispielsweise K. Kullmann, "Selbstschutz in Betrieben" und Arbeitnehmer. Analyse des dritten Abschnittes des Selbstschutzgesetzes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 1967, H. 5, S. 466 ff. Auch im damaligen SDS ist eine materialistische Auseinandersetzung nicht möglich gewesen; er bewegte sich in dieser Frage - gegen den Widerstand des Verf., der damals Referent im SDS-Bundesvorstand war - auf einer von der IG Metall finanzierten institutionenkritischen Linie.

(181) Vgl. den Aufsatz des Mannesmann-Werkschutzleiters N. Hammacher, Gedanken und Anregungen ..., op. cit.

(182) Zit. nach: Schwächen der industriellen Notstandsplanung, in: Wehr und Wirtschaft, 1963, H. 4, S. 135.

wachstum negierte und bis auf weiteres ausschließlich auf den Mechanismus der Klassenspaltung setzte. Aber dieser Mechanismus wurde zusätzlich durch die systematische Ausweitung der Fabrikdespotie auf die Gesellschaft ergänzt. Schon Ende der fünfziger Jahre hatten die Unternehmer bei der Generalität der wiederaufgebauten Armee und den Spitzen des inneren Polizeiapparats darauf gedrängt, die im Rahmen der NATO zudiktierte "überkommene Konzeption vom Krieg in Form eines bewaffneten Konflikts zu revidieren" und sich stärker als bisher an der Möglichkeit "einer untergründigen Bedrohung der Verteidigungsbereitschaft" zu orientieren. (183) Sie hatten ohnedies immer die der Bundeswehr zudiktierte Rolle eines "Stolperdrahts", des Indikators für einen präventiven US-amerikanischen Atomschlag gegen etwa vormarschierende sowjetische Truppen, als unrealistisch und der wirtschaftlichen Expansionsstrategie abträglich angegriffen und schon 1955/56 einer oppositionellen "Wehrkoalition" mit F.J.Strauß an der Spitze zum Durchbruch verholfen. (184) Aber erst im Zusammenhang mit der Etablierung der Kennedy-Regierung in den USA und deren Entscheidung, für den Fall eines europäischen Kriegs das militärische Potential im Sinn "flexibler" militärischer Kampfmethoden umzugruppieren und "begrenzte Kriege" unterhalb der "nuklearen Schwelle" einzukalkulieren (185), war die Einbeziehung des westdeutschen Militär- und Polizeipotentials in die äußere Einkreisung der Arbeiterautonomie voll praktizierbar geworden. Das "Kriegsbild" hieß fortan "Vorwärtsverteidigung", die Planung des militärischen Potentials war nicht mehr festgelegt auf die Preisgabe der BRD als Operationsfeld des Nuklearkriegs und die Verteidigung der Rheinlinie; die Operationen sollten im Fall begrenzter Kriege an der DDR-Grenze beginnen, die BRD sollte als Hinterland einer militärischen Offensive gegen Osteuropa stabilisiert werden.(186)

(183) Ebd. S. 134. Diese Auseinandersetzungen liefen zunächst auf internen Ebenen. Klartext wurde erst 1968 gesprochen: "Eine vorbeugende Abwehr gegen subversive Kräfte aller Art ist für die Erhaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung lebenswichtig. Weil es nicht möglich sein wird, einen ausreichenden äußeren Objektschutz (...) aufzubauen, und weil die zunehmende Verfeinerung der Technik unter gleichzeitiger Personalverminderung ein Anwachsen der Stör- und Lähmungsempfindlichkeit der technischen und baulichen Objekte mit sich bringt, gewinnt der innere Objektschutz ständig an Bedeutung." DIHT-Jahresbericht 1968, S. 158.

(184) Vgl. dazu G. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, op. cit. S. 184 ff.; J. L. Richardson, Deutschland und die NATO, Köln und Opladen 1967, S. 41 ff.

(185) Vgl. dazu F. Frassati, Die NATO auf der Suche nach einer Strategie. Rohübersetzung eines in "Critica Marxista", Jg. 1968, erschienenen Artikels, im Bes. d. Verf.

(186) Diese strategische Hypothese liegt einer Untersuchung des damaligen Generalmajors de Maizière zugrunde, die die Umwälzungen der seinerzeitigen militärpolitischen Planung konzentriert zusammenfaßt: de Maizière, Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung, Hamburg-Berlin 1964.

Damit waren die Voraussetzungen für die Orientierung großer Teile des staatlichen Militär- und Polizeipotentials am aktuellen Klassenwiderspruch gegeben. Es war jetzt nur noch erforderlich, einen genau definierten Zusammenhang zwischen der effektivierten Arbeiterunterdrückung auf Fabrikebene und in der Gesellschaft herzustellen. Gefragt war eine Strategie, die fähig war, eine etwaige soziale Ausweitung der latenten Arbeiterautonomie präventiv vorwegzunehmen. Das Ergebnis war vom Unternehmerstandpunkt gesehen klar und eindeutig - es war die Konzeption des "verdeckten Kriegs". (187) Die Theoretiker des "verdeckten Kriegs" versuchten im allgemeinen, die Klassenkampferfahrungen des Systems aus den frühen zwanziger Jahren, der NS-Ära nach 1941/42 und einige Reminiszenzen der Gegen-Insurrektion aus den drei Kontinenten mit jenen zentralen Problemen, die sich aus der aktuellen Klassenkonstellation ergaben, zu verbinden. (188) Ihre Diskussionen mündeten schon 1963/64 in einen Konsens hinsichtlich der vorbeugenden Einkreisung der "empfindlichen Punkte" zukünftiger Klassenauseinandersetzungen ein. Es waren dies die reorganisierten industriellen Ballungszentren; sie kehrten bei allen taktischen Differenzen in Einzelpunkten in den meisten Analysen als Kernproblem der präventiven Gegen-Insurrektion wieder. (189) Als "in besonderem Maße anfällig" "gegen staatsfeindliche Einwirkungen" wurden "industrielle Großunternehmen und Ballungszentren, wie beispielsweise das Ruhrgebiet" festgestellt (190); auf deren Kontrolle vor und nach einem Tag X seien alle Anstrengungen auszurichten, weil "durch Anzettelung wilder Streiks oder gewaltsame Beschädigung von Produktionsmitteln (...) verteidigungs- und lebensnotwendige Betriebe der gewerblichen Wirtschaft sowie Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen mühelos längere Zeit zum Stillstand gebracht werden" könnten (191), ohne daß dabei eine offene militärische Auseinandersetzung im Sinn des bisherigen kalten Kriegs

(187) Zur Theorie des "verdeckten Kriegs" in der BRD vgl. vor allem: Truppenpraxis, Jg. 1962 ff.; Wehrkunde, Jg. 1962 ff.; Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1962 ff.; sowie K. V. R. Wolf, R. W. Günther, G. Moritz, Der verdeckte Kampf, Bonn o. J.; H. v. Zitzewitz, Innere Verteidigung. Gemeinsame Abwehraufgaben für Militär und Zivil in der Landesverteidigung der NATO-Mächte, in: Wehrkunde, 1962, S. 81 ff. - ein Artikel, der besonders intensiv diskutiert worden ist.

(188) Exemplarisch dafür: Der verdeckte Kampf, op. cit.; H. K. Günther, Der Kampf gegen die Partisanen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1968, H. 12; W. Hahlweg, Kriegserfahrungen in Vietnam und ihre Anwendbarkeit auf Europa, ebd. H. 3.

(189) Dazu vor allem: E. Beyer, Raumordnung und Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1965, H. 1; Düren, Wirtschaftliche Aspekte der Verteidigung, in: Wehrkunde, 1964, H. 5; H. Walitschek, Probleme des modernen Kriegsbildes, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1964, H. 4; K. Seemann, Landesverteidigung und Wirtschaft, ebd. H. 3.

(190) Schwächen der industriellen Notstandsplanung, in: Wehr und Wirtschaft, 1963, H. 4, S. 135.

(191) Zit. nach ebd.

mit Sowjet- oder DDR-Truppen nötig sei. Die "verdeckte Kampfführung" wurde verstanden als möglicher Versuch radikalisierter Arbeitergruppen, durch Streiks, Sabotage, Massendemonstrationen und "Banden"-Aktivitäten die Zentren der mechanisierten Massenproduktion "subversiv" zu zersetzen und schließlich gänzlich der Kontrolle des Wirtschaftssystems zu entziehen. Das aber war Anlaß genug, um sich auf ein Versagen des - gleichwohl massiv forcierten - Spaltungsautomatismus innerhalb der Klasse einzurichten. Wie der seither beschleunigte Aufbau einer "Zivilverteidigung" zur Ergänzung der "nationalen" Operationsplanung der Bundeswehr ("Territorialverteidigung") dokumentiert (192), wurden die Zentren der Ausbeutung des multinationalen Massenarbeiters durch eine Kombination von militärischer Dislozierung und infrastruktuerellen Maßnahmen eingekreist. (193) Das Produktionspotential - vor allem die Raffineriekapazitäten - und das Verkehrssystem wurden weiter diversifiziert, um über den ökonomischen Kalkül des Wirtschaftssystems hinaus die Arbeitermassen von Industriezentrum zu Industriezentrum im Fall größerer Unruhen gegeneinander abzuschließen. Die "praktischen Vorbereitungen der Landesverteidigung" wurden systematisch "auf die unteren regionalen Stellen verlagert", so daß unzählige Kontaktflächen" entstanden, "die sich zu einer gewaltigen Kapazität" addierten (194) Für die beiden wichtigsten Varianten des neuen "Kriegsbilds", den reinen Klassenwiderstand der Arbeiter im Sinn der "verdeckten Kampfführung" wie auch für den "begrenzten Krieg", in welchem sich befristete militärische Auseinandersetzungen zwischen der BRD und etwa der DDR mit Arbeiteraufständen addierten, waren "Insellagen" nötig: jeder Regierungsbezirk, in dem es wichtige industrielle Produktionszentren gab, sollte fähig werden, auch im Fall längerdauernder Verluste wichtiger Regionen an aufständische Arbeiter oder feindliche Truppen unter Unternehmerkommando weiterzuexistieren. (195) Diesem Ziel wurde schließlich die gesamte Strukturpolitik des Wirtschaftssystems subsumiert. Im "Ersten Raumordnungsbericht" von 1963 heißt es lakonisch: "Bei den gesamten Raumordnungsmaßnahmen sollte sowohl im Interesse der militärischen und zivilen Verteidigung als auch zum besseren Schutz gegen Katastrophen darauf hingewirkt werden, daß bei einer vorübergehenden Unterbrechung des gebietlichen Zusammenhangs der Bun-

(192) Dazu de Maizière, op. cit.; E. Beyer, Das Zusammenwirken der Kräfte in der Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1962, H. 2; H. J. Trieglaff, Die Bonner Territorialverteidigung im System der von den westdeutschen Militaristen geplanten Notstandsdiktatur, in: Militärwesen, Berlin, 1964, H. 4.

(193) Vgl. E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme unserer Verteidigung, in: Zivilschutz, 1964, H. 6; G. Brehmer, Wirtschaftliche Landesverteidigung heute und morgen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1965, H. 1.

(194) E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme ..., op. cit. S. 189.

(195) Dafür wurde ein besonderer Begriff geschaffen: "regional geschlossene Teilverteidigungswirtschaft". Vgl. K. Seemann, Landesverteidigung und Wirtschaft, op. cit. S. 150.

desrepublik oder regionaler Versorgungsbereiche im Notstandsfall das Überleben der Bevölkerung und die Erfüllung der dringendsten Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in den einzelnen Teilräumen gewährleistet werden." (196) In diesem Sinn wurde eine gigantisch perfektionierte Maschinerie zur Vervollständigung des Kommandos über die Arbeitermassen in den neuralgischen industriellen Zentren etabliert. Eine geheime Schubladen-Gesetzgebung (197) zeigte detailliert die entscheidende Stoßrichtung an: Präzisierung des Mechanismus der Klassenspaltung in der Fabrik und präventiver Belagerungszustand gegen die Arbeiter auf gesellschaftlich-territorialer Ebene, um jegliche Ausweitung von Kämpfen, die lokal außer Kontrolle gerieten, auszuschalten. Die gesamte Strategie mutet wie eine modernisierte und dem seit der Spätphase der NS-Zeit umgewälzten Klassenverhältnissen angepaßte Neuauflage der Aufstandsbekämpfungspläne der Reichswehr in den frühen zwanziger Jahren an, denn auch jetzt begannen sich "die Überlegungen derjenigen, die heute über die Landesverteidigung nachdenken (...) auf die schwach besiedelten Gebiete und auf die Umlandzonen der großen Ballungsräume" (198) zu konzentrieren. Das geschah wohlgemerkt in einer Situation, wo im Vergleich zu 1920/21 die Zersplitterung der Klasse in den Betrieben und Abteilungen auf die Spitze getrieben war! Gemessen an dieser bombastischen Entwicklung der Fabrik zur Gesellschaft mutete die antagonistische Tendenz auf Arbeiterseite hingegen wie eine gerade erfaßbare Randstörung äußerst stabiler Verhältnisse an. Vielleicht hatten die Unternehmer und der Staatsapparat tatsächlich den Signalcharakter der erneut aufkommenden proletarischen Kampfformen erfaßt und deshalb so hektisch reagiert. Gleichwohl war er nicht dazu angetan, um für die Ausgestaltung von Bürgerkriegsmanövern gegen die Massen auszureichen. In der Stabsrahmenübung "Fallex 66", an der sich auch eine BDI-Delegation beteiligte (199), wurde deshalb nicht die "verdeckte" Insurrektion der Arbeiter allein, sondern ein "begrenzter Krieg" mit starker revolutionärer Arbeiterbeteiligung geübt. Das Manöver fing mit Arbeiterunruhen bei VW in Wolfsburg an - im Gegensatz zur westdeutschen Linken hatte das westdeutsche Wirtschaftssystem die Tragweite der VW-Kämpfe von 1959 und 1962 also nicht übersehen. (200) Am vierten Manövertag hatten sich die "wilden Streiks" massiv ausgeweitet, in den Industriezentren taten sich Agitatoren für einen Generalstreik hervor. Dann setzte eine große Sabotage-Welle, nicht von den multinationalen Massenar-

(196) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/1492: Erster Raumordnungsbericht v. 1.10.1963, S. 42.

(197) Ein Teil dieser Schubladengesetzgebung wurde 1967/68 bekannt und von der außerparlamentarischen Opposotion veröffentlicht. Die erste Publikation war: Schubladentexte, eingeleitet von H. Hannover, Frankfurt und Berlin 1966.

(198) Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Düsseldorf v. 22.3.1958.

(199) Vgl. Mitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 14. Jg. 1966, Nr. 11, S. 8.

(200) Zum Fallex-Manöver vgl.: Der Spiegel Nr. 46 v. 6.11.1967, S. 33 ff.

beitern in der BRD, sondern von bewaffneten Banden des militärischen Feinds "Orange" angezettelt, ein. "Wilde" Streiks und Sabotageaktionen auch gegen militärische Einrichtungen skizzierten also die Manöverlage, ohne daß eine revolutionäre und bewaffnete Arbeiterorganisation vorhanden war, die den Spaltungsmechanismus der Klasse auf Fabrikebene durchbrochen hätte. Um den Realismus zu wahren, kam die Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeiterautonomie und bewaffneter Arbeitermacht noch von außen, sie kam von "Orange". (201) Würde es in Zukunft bei den beschränkten Kampfformen der Arbeiter und bei einer davon unabhängigen bewaffneten Subversion, aus osteuropäischer Richtung kunstvoll gesteuert, auf den Manövertheatern der gesellschaftskapitalistischen Bürgerkriegsmaschine bleiben? Und wie war die Perspektive der Konfrontation auf dem realen Klassentheater?

(201) Also einem fiktiven äußeren militärischen Gegner.